

KIRCHE, KLERUS und CHRISTEN

ANPASSUNG oder

WIDERSTAND



Eine Broschüre der Kirchenkommission des KOMMUNISTISCHEN BUNDES
zu folgenden Themen:

Wer war Jesus wirklich?

in Treue zu den Herren: Berufsverbote in der Kirche

immer auf der rechten Seite: Kirche und Faschismus

kirchliche Entwicklungshilfe - Hilfe für wen?

immer für das Leben? - Kirche und Atomkraftwerke

Klerus gegen ESG: mit der Polizei gegen die 'Brüder'

wieviele Päpste braucht der Mensch?

Inhaltsverzeichnis

Wer war Jesus wirklich?	4
Ein Christ muß Kommunist sein	
Jesus ein Revolutionär?	
Wie geht's weiter mit der Jesus Debatte?	
Kirche und Faschismus	12
Kirchlicher Widerstand im 3. Reich	
Zu den Verbrechen von einst noch die Lüge von heute	
Juden und Kirche im 3. Reich	
Kirche und Atomkraftwerke	17
Kirche und Entwicklungshilfe	21
Kirche in Südafrika und die EKD	
EKD - Rechtsaußen im Weltkirchenrat	
Südafrika - Hoffnung um welchen Preis?	
Anfang vom Ende des Antirassismusfonds	
Kirche und ESG	26
Kirchenleitung setzt Polizei gegen ESG ein	
Offener Brief der ESG	
Polizeikirche gegen ESG	
Kirche und Berufsverbote	29
EKD segnet Radikalenerlaß ab	
Vormarsch der Reaktion in der EKD	
Ketzerprozesse gegen kritische Theologie-Professoren	
Pastor suspendiert	
Rauhes Haus: Studierverbot für Kommunisten?	
Pfarrer wegen Beerdigungspredigt vor Gericht	
Gefängnispfarrer gefeuert	
Disziplinarverfahren gegen Pastoren wegen Besetzung der St. Petri Kirche/Hamburg	
Katholische Kirche	35
kath. Kirche: 'Homosexuelle und Perverse'	
Schwarzes Bayern	
Katholikentag in Freiburg	
Kirchenaustritte	
Wieviel Päpste braucht der Mensch?	
Jeder Papst eine neue Überraschung!	
der neue Papst: Politik unter dem Banner des Glaubens	
'Adveniat'-Gelder für Diktaturen in Lateinamerika	
Bischofskonferenz in Lateinamerika	

Vorwort

Im November 1976 gingen die Bilder durch Presse und Fernsehen: Bei den Demonstrationen gegen das geplante AKW Brokdorf standen Pfarrer in Talar in den Reihen der Demonstranten. Auch für viele Linke (einschließlich der KB-Genossen/innen) ein ungewohntes Bild und eine neue Erfahrung. Ein Jahr später, im Herbst 1977, als viele in die Duck- und Distanzhaltung gingen, dann die Beobachtung, daß Kirchenleute und Christen den aufrechten Gang wagten und gegen Volksverhetzung und Staatsterror Stellung bezogen.

In zahlreichen Aktionseinheiten und Bürgerinitiativen vor Ort sind Menschen, die sich als Christen verstehen, aktive Mitkämpfer. Aber auch umgekehrt machen Christen die Erfahrung, daß man bei Linken oft glaubwürdigere Bündnispartner findet als in der eigenen kirchlichen Institution.

Denn Kirchenführungen und die Masse der kirchlichen Funktionäre verhalten sich wie gewohnt: immer an der Seite und im Dienst der Bourgeoisie.

Ein deutliches, aber nicht einzigartiges Beispiel für das Bündnis zwischen Thron und Altar: Ein "Wink" aus dem Krisenstab der Bundesregierung veranlaßte die Fürsten der katholischen und evangelischen Kirchen, für den Vorabend der GSG 9 - Aktion gegen das vollbesetzte, entführte Flugzeug in Mogadischu überall in der BRD zu Bitt- bzw. Dankgottesdiensten aufzurufen.

Ebenso in der Auseinandersetzung um die Atomenergie kennt der Klerus seine Aufgabe: Im Zusammenhang seiner Befürwortung "sicherer" AKWs propagiert er mit großem Aufwand eine Einschränkung der Lebensbedingungen. Was bei der Regierung unter der Parole "Den Gürtel enger schnallen" läuft, nennen Kirchen-Führer charmant "Änderung des Lebensstils".

In dieser Broschüre veröffentlichen wir eine Zusammenstellung von Texten - zum größten Teil Nachdrucke aus dem ARBEITERKAMPF -, die zweierlei dokumentieren: Die Politik des internationalen Klerus ebenso wie den Widerstand fortschrittlicher Christen. Insbesondere weisen wir hin auf die 'Jesus-Debatte', die aus der Frage nach den weltanschaulichen und theologischen Hintergründen unserer christlichen Bündnispartner entstand. Der kontroverse Charakter dieser Auseinandersetzung soll die Leser ermutigen, sich daran zu beteiligen.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Kirchenkommission des KB

Impressum:

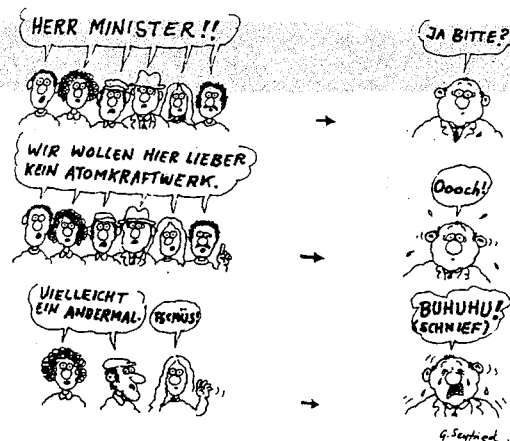
Herausgeber: Kirchenkommission des
KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Verlag und Vertrieb über
Verlag J. Reents
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg - 50
Telefon: 435306
V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsadresse

Auflage: 1500
Preis: 2,50
erscheint im Juni 79



DIE HERAUSGEBER, UND WIE SIE SICH DEMOKRATIE VORSTELLEN:





Ein Christ muß Kommunist sein!

Helmut Gollwitzer, Professor für evangelische Theologie und Mitglied des westdeutschen Beirates zum Russell-Tribunal, hat in der FR vom 12.6.78 zum Buch des Kommunisten Bahro "Die Alternative" Stellung genommen. Er tut das in Abgrenzung zu W. Abendroth, dem er vorwirft, "das Wichtigste an Bahros Buch so wenig herausgestellt und diskutiert" zu haben, "wie in den meisten Anzeigen und Kritiken... Eben darin liegt also derjenige Wert des Buches, den sich auch diejenigen, die seiner Kritik verfallen ... nicht entgehen lassen sollten, wenn sie denn überhaupt noch an einer Weiterentwicklung des realen Sozialismus interessiert sind und das kommunistische Ziel nicht in die Traumwelt abgeschoben haben. Denn genau darum, dieses Ziel wieder in die konkrete Denkbarkeit herunterzuholen, geht es in diesem Buch".

Wie kommt Gollwitzer zu dieser positiven Beurteilung des Festhaltens von Bahro am "kommunistischen Ziel"? Wer nicht die Behauptung aufstellen möchte, hier habe ein "Professor für evangelisches Opium" eine ganz passable politische Meinung - beides habe aber miteinander nichts zu tun - muß sich die Frage stellen, was denn evangelische Theologie mit dem "Festhalten am kommunistischen Ziel" zu tun hat.

Gollwitzer gehört zu denjenigen Christen, die sich im Widerstand im 3. Reich und in der demokratischen Opposition in der Kirche nach dem 2. Weltkrieg (Wiederbewaffnung, Studentenbewegung, Notstandsgesetze, Vietnamkrieg) engagiert haben. Seine "theologischen Väter" standen schon während der Weimarer Zeit im Klischee mit dem konservativen Klerus und ihrer kleinbürgerlichen Kirchenreligion: "Für dieses Opium werden sich auch die Kleinbürger, die heute noch den Trost der Pastoren bilden, eines Tages bedanken" (Karl Barth, Theologieprofessor, 1928).

Ausgangspunkt dieser Kritik: die Organisation der Religion in den Kirchen ist die "Verschwörung" (Barth) gegen den christlichen Glauben. Diese prinzipielle Unterscheidung zwischen Glaube und Religion ist charakteristisch für Teile der kirchlichen Opposition (Barth, Gollwitzer, der franz. Theologe Casalis). Aus ihr ergibt sich ihre Kirchenkritik und ihr sozialistisches Engagement:

Der Christ sei in seinem Reden und in seinem Tun der "Anzeiger,

der der Welt in Jesus Christus widerfahrenen revolutionären Veränderung ihrer ganzen Wirklichkeit"; das unterscheide den Glauben von der "harmlosen Gestalt tolerabler christlicher Religion". Die Revolution stellt Jesus von Nazareth deshalb dar, weil in seiner Person innerhalb der Weltgeschichte eine neue menschliche Qualität Wirklichkeit wurde: die bedingungslose Liebe: "Jesus Christus ist die ein für allemal gesetzte Wirklichkeit der Liebe, die nimmer aufhört" (Barth).

Indem er diese konkrete Wirklichkeit war, ist er zugleich die reale Erfüllung aller echten menschlichen Hoffnungen auf eine befreite und solidarische Welt (theologisch: Reich Gottes, Reich der Liebe). Die Wirklichkeit der bedingungslosen Liebe ist - weil in ihm menschlich und geschichtlich real geworden - damit auch für uns eine Wirklichkeit, an der wir unter allen Bedingungen als realisierbar und denkbar festhalten müssen: "Die Hoffnung der großen Revolution, der wirklich durchgreifenden, läßt sich nicht an Menschen festmachen ... sie ist aus Jesus entstanden", erklärt dazu Gollwitzer. Deshalb sei für den christlichen Glauben das Entscheidende die revolutionäre Zielperspektive, die konkrete Denkbarkeit des kommunistischen Zieles. "Das Wesen dieses Lebens (im Glauben an die neue Wirklichkeit in Jesus Christus) liegt eben in seiner Zukunftsperspektive, in seiner der neuen Welt zugesandten Zielstrebigkeit, und ohne diese Perspektive ist alles sogenannte Gottvertrauen eitel heidnischer Schicksalsglaube" (Barth).

Entsprechend steht der Christ radikal kritisch auch zu den mit Hilfe von Religion stabilisierten kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen: "Die Religion wird erwünscht (von den Herrschenden). In der Folterkammer gibt es auch das Kreuzifix. Der Glaube dagegen wird gefürchtet und disqualifiziert als Ausdruck und mögliche Stärkung der kritischen Persönlichkeit" (Casalis auf der Veranstaltung "Christen müssen radikaler sein als andere", Hamburg-Wandsbek, Jan. 78, vgl. Broschüre "Christen rufen zum Widerstand", s. AK 129).

Casalis weiter: "Die Religion soll im Rahmen der Ideologie der Nationalen Sicherheit ideologisch absichern, was ... politisch geboten erscheint. In dieser Funktion steht Religion

dem Glauben entgegen ...". Casalis fordert deswegen die Christen dazu auf, die Staatsreligion zu „profavisieren“ (= zu zerstören).

Für den glaubenden Christen ist Religion Opium für das Volk. Ein Christ muß Kommunist sein. Ein Kommunist kann Christ sein.

Ein Pastor

Die Artikel „Jesus – ein Revolutionär?“ eines Genossen aus der AK-Redaktion und „Ein Christ muß Kommunist sein“ eines Pastoren-Genossen aus der Kirchenkommission haben zu erregten Debatten um die Rolle Jesus, Religion und Glauben und das Verhältnis von Kommunismus und Christentum geführt. Hier die erste Stellungnahme eines weiteren Pastoren-Genossen aus der Kirchenkommission dazu und eine Antwort des AK-Genossen.

Jesus – ein Revo- lutionär?

Ein Leserbrief

Im ARBEITERKAMPF 132 sind zwei Artikel abgedruckt, die sich mit dem Christentum auseinandersetzen. Beide fußen nicht auf dem Boden der Tatsachen und interpretieren die Geschichte idealistisch.

Die These »ein Christ muß Kommunist sein« unter der Berufung auf »eine neue menschliche Qualität«, die mit der Person Jesus »Wirklichkeit wurde«, ist weder historisch an der Gestalt Jesus noch an der Geschichte des Christentums ausgewiesen. Zum einen bleibt offen, worin die neue Qualität in der damaligen Zeit bestanden hat und woher diese Qualität rührte. Zum anderen kann die Tatsache, daß die christliche Religion in der Geschichte von fast 2.000 Jahren menschenfeindliche Herrschaftsordnungen und blutrünstige kriegerische Auseinandersetzungen legitimiert oder begründet hat, nicht mit der schlichten Unterscheidung von Religion und Glauben beiseite geschoben werden.

Gerade wegen der notwendigen Schärfe der Religionskritik darf aber auch nicht übersehen werden, daß fortschrittliche Bewegungen und Aufstände unterdrückter Klassen in verschiedenen historischen Epochen im Namen eines »richtig« verstandenen Christentums unterstützt bzw. angeführt wurden. Die Radikalisierung von Christen bis hin zur politischen

und militärischen Unterstützung von Befreiungsbewegungen in Lateinamerika und Afrika ist zweifellos ein wichtiger Faktor für den Kampf dieser Organisationen.

Die radikaldemokratischen Positionen von den Theologen Gollwitzer, Niemöller, Casalis u.a. sind bedeutsam, um den scheinbar naturwüchsigen Antikommunismus der christlichen Religion anzugreifen, aufzubrechen und so die demokratische und kommunistische Bewegung mit zu tragen. Sie befinden sich allerdings keineswegs so eindeutig auf der Seite der Kommunisten, wie es »ein Pastor« im AK 132 darstellt.

Bei diesen fortschrittlichen Christen ist eher das Bemühen um Aktionseinheit in der demokratischen Bewegung und um fruchtbare Auseinandersetzung mit den Kommunisten festzustellen.

Das Suchen nach »wissenschaftlicher Wahrheit« in dieser Auseinandersetzung fördert der Artikel »Jesus — ein Revolutionär?« des Genossen aus der AK-Redaktion im AK 132 nicht.

Zunächst einmal ist es unzulässig, Klassengesellschaft des Kapitalismus und dessen politischer und ökonomischer Analyse verstehen, auf eine andere historische Epoche unreflektiert zu übertragen; denn damit wird man nicht anleiten, die Situation des Klassenkampfes und das Jahr 30 nach unserer Zeitrechnung zu verstehen.

Ebenso unzulässig ist es, mit dem Verweis, linke Christen würden sich auf den »Geist des Christentums« berufen, nicht aber auf den »geschriebenen Text der Bibel«, die Bibel selbst derart unkritisch als historische Darstellung zu benutzen. Willkürliche Auswahl und amputierte Wiedergabe von Texten gehört nicht zu der wissenschaftlichen Methode von Materialisten. Streben nach »wissenschaftlicher Wahrheit« dient nicht zum krampfhaften Beweis von Binsenwahrheiten — daß Jesus kein Kommunist war —, sondern zur Erkenntnis über eine historische Situation und deren Auswirkungen für unsere Gegenwart und Zukunft.

Die Schriften der Bibel werden heute von keinem ernstzunehmenden Theologen als historisch zuverlässige Dokumente verstanden. In vieler Kleinarbeit hat man herausgefunden, daß die einheitlich aussehenden Schriften, Sammlungen und Zusammenstückelungen mündlicher und schriftlicher Überlieferungen aus den Jahren zwischen 30 und 200 Jahren nach dem Tod von Jesus sind. Entsprechend enthalten sie die verschiedensten weltanschaulichen Einflüsse der Regionen, aus denen sie entstammen. Es läßt sich aus der Bibel also kein historisch genaues Bild der damaligen Klassenkämpfe rekonstruieren. Der Frage aber, ob die Berichte über das Auftreten von Jesus Aspekte der Klassenkämpfe dieser Zeit vermitteln können, muß nachgegangen werden.

Die Herausarbeitung des klassenmäßigen Hauptwiderspruchs und die Erarbeitung einer revolutionären Theorie und Praxis ist erst mit dem Ent-

stehen des Kapitalismus möglich geworden. Deswegen ist es vermessen, eine historische Figur an ihrer Profilierung in einem Widerspruch der antiken Welt (jüdisches Volk und römische Besatzungsmacht) zu messen. Die Beweisführung, die Karl Kautsky (Ursprung des Christentums) anstellt, um Jesus zum führenden Rebellen gegen die römische Besatzungsmacht zu stilisieren, ist ebenso konstruiert, wie die Argumentation, mit der Jesus im AK 132 zum Kollaborateur und Hochstapler qualifiziert wird.

Da der AK-Redakteur letzteres zu beweisen für »wissenschaftliche Wahrheit« hält, muß er zwangsläufig unsauber arbeiten und Texte vergewaltigen. Dabei bleibt eben völlig unberücksichtigt, daß die Texte des Neuen Testaments von der Auseinandersetzung mit den führenden Ideologen der herrschenden Klasse der Juden (also der Widerspruch zwischen der jüdischen Bevölkerung und der herrschenden jüdischen Klasse), die ihrerseits mit der römischen Besatzungsmacht kollaborierte, handeln.

Durch viele Beispiele und Gegenbeispielen Sprüchen gegen die Reichen deutlich wird (u.a. »eher kommt ein Kamel durchs Nadelöhr, als ein Reicher in das Reich Gottes«). Jesus ist offensichtlich gegen die ideologische Verbrämung der Existenz von Armut, Krankheit, Asozialität etc. aufgetreten. Die Geschichten über Krankenheilungen beleuchten besonders diesen Aspekt. Krankheit wurde nach der herrschenden jüdischen Religion als Strafe für Verfehlungen (Sünde) gegen einen fernen Gott verstanden. Gegen dieses mörderische Welt- und Gottesbild setzte er, daß der Mensch die dem fernen Gott übertragenen Aufgaben selbst übernehmen müßte und sagte z. B. zu den Kranken, daß die Sünden vergeben sind und sie deswegen auch gesund werden könnten. Er kämpfte entschlossen gegen die kultische Glorifizierung des jüdischen Gesetzes, dessen Einhaltung nur den Reichen möglich war, weil damit Armut, Hunger etc. bei der breiten Bevölkerung als gottgefugte Ordnung für unüberwindbar erklärt wurden. Die Auseinandersetzung mit dem jüdischen Gesetz ist komprimiert in der recht bekannten Bergpredigt (Matth. 5 — 7) zu erkennen. Hier wird an einzelnen Gesetzesvorschriften entwickelt, daß die Gesetze eine grundsätzlich andere Bedeutung erhalten, wenn das Leben der Menschen im Mittelpunkt der Überlegungen steht und nicht eine zu erhaltende Herrschaftsordnung. Provokierend gegen die herrschende Ideologie wird an vielen Stellen des Neuen Testaments formuliert, daß nicht die Menschen für das Gesetz da seien, sondern die Gesetze für den Menschen.

Ausführliche Überlegungen zu diesem Thema sind bei dem Theoretiker Paulus zu finden, der beständig betont, daß derjenige, der seine Freiheit und sein Leben durch das strikte Einhalten von Gesetzen gewinnen will, immer scheitern muß.

Um der »wissenschaftlichen Wahrheit« willen kann auch der Materialist nicht davon absehen, die religiöse

Sprache, die einzig zur Interpretation der Geschichte damals diente, zu analysieren. Gängige Begriffe, Bilder, Metaphern, etc., wie Gott, Reich Gottes, Ewigkeit u.a.m. sind nach den Berichten der Bibel von Jesus nicht als außerweltliche Projektionen von Träumen und Wünschen verstanden, sondern dienen zum damals provokanten Aufruf, Hoffnungen als innerweltlich für erfahrbar und realisierbar zu erkennen. Weil Jesus alles, was in der herrschenden jüdischen Ideologie für Gottes Sache galt, für Menschen-sache erklärte, kam er in Konflikt mit den herrschenden Ideologen. Diejenigen, die über ihn berichtet haben, konnten das nur in ihrer religiösen Sprache; deswegen nannten sie ihn »Gottes Sohn«, »Messias« etc.

Es scheint mir unbestreitbar, daß Jesus das herrschaftsbegründende, menschenfeindliche Gegenüber von Gott und Mensch aufzubrechen versuchte, um den Menschen eine sicherlich unkonkrete, aber innerweltliche Hoffnung zu vermitteln. Als Ideologiekritiker seiner Zeit zeigt Jesus dabei revolutionäre Züge. Da dieser Sachverhalt in religiöser Sprache dargestellt ist, mit denselben Begriffen, wie sie in der bekämpften Religion gebraucht sind, war es später ein leichtes, diese Antireligion umzudrehen und als Religion wieder zur Unterdrückung der Menschen zu nutzen. Der auf die Erde geholte Gott wird wieder in den Himmel abgeschoben (die Bilder von Auferstehung und Himmelfahrt eignen sich vorzüglich dafür).

Jesus ist zweifellos als Umstürzler hingerichtet worden — wobei die herrschenden jüdischen Kreise mit der römischen Besatzungsmacht kollaborierte, denn ihn hinrichten wurde Pilatus damit schmackhaft gemacht, daß dieser Feind der jüdischen Oberschicht auch Feind der Römer sei. Die Entscheidung — im Zuge einer Amnestie — für den Nationalisten Barabbas ist wenig verwunderlich, bestätigt sie doch gerade die religionskritische Bedeutung von Jesus (»wobei man immer im Auge haben muß, daß diese Erzählungen nicht historisch zuverlässig sind«).

Marx schrieb Mitte des 19. Jahrhunderts: »Für Deutschland ist die Kritik der Religion im wesentlichen beendet, und die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik« (Einleitung zur Kritik der Hegel'schen Rechtsphilosophie). Ich möchte behaupten, daß schon wesentliche Züge der Kritik der Religion von Jesus erkämpft wurden. Die »Beendigung« dieser Kritik war allerdings erst in der bürgerlichen Gesellschaft möglich.

Linke Christen, die sich durch die Geschichten über Jesus faszinieren lassen, werden heute entschlossene Kämpfer gegen die herrschende Ideologie des Kapitalismus sein müssen. Ob die Benutzung der religiösen Sprache (etwa bei »Ein Pastor« im AK 132, Gollwitzer, Barth u.a.), die ja zugleich die Sprache religiöser Unterdrückung und Entmündigung ist, idealistische Positionen produziert, wird im einzelnen zu untersuchen sein.

Ein Genosse der
Kirchenkommission

**Stellungnahme
des Genossen
aus der AK-Redaktion**

Es ist sicher eine witzige Angelegenheit, in einer immerhin kommunistischen Zeitung über eine historische Figur wie Jesus zu disputieren. Führen wir dies Thema also fort:

1. Ich finde es sehr vermessen, wenn der Genosse von der Kirchenkommission mit Behauptungen nur so um sich wirft, ich hätte mich nicht an Tatsachen gehalten, die Geschichte idealistisch interpretiert, hätte Zitate willkürlich ausgewählt und zudem amputiert usw. usf. — wenn das an keinem einzigen Punkt konkret bewiesen wird.
2. Ich akzeptiere nicht den Vorwurf, ich hätte die Bibel »unkritisch als historische Darstellung« benutzt. Richtig ist, daß meiner Meinung nach das historische Bild von Jesus so begriffen werden muß, wie es uns die Bibel (bei kritischer Abwägung all der Widersprüche und Ungereimtheiten sowie der religiösen Grundfärbung) überliefert. Die Alternative dazu kann

etwas wie sozial-reformerische Programme gar nicht gegeben! Es gab nämlich schon damals nicht bloß Klassenkampf, sondern auch die verschiedenartigsten Reform- und Revolutionsversuche. Nur: Bei Jesus findet man gar nichts davon! Zwar predigt er z. B. gegen die »Hartherzigkeit der Reichen« — jedoch nur mit der Konsequenz, daß diese schwerlich ins »Himmelreich« kommen würden. Im übrigen läßt sich — falls man sich an die Bibel hält und nicht an eigene Phantasien — gar nicht bezweifeln, daß ein zentraler Punkt der »Predigt« von Jesus darin bestand, die herrschenden Zustände mit Blick auf das nahe bevorstehende »Himmelsreich« zu ertragen.

4. Wenn ich den Genossen der Kirchenkommission richtig verstehe, meint er, daß Jesus, indem er die Religion zu revolutionieren versucht habe, gewissermaßen auch gesellschaftlich als Revolutionär gewirkt habe. Ich bezweifle die Voraussetzung. Um das zu verstehen, muß man von der jüdischen Religion ausgehen. Sie kennt neben dem eigentlichen biblischen Bestand auch eine Unzahl von

schriften die Einhaltung unmöglich machen und daß sie damit die Einhaltung von religiösen Vorschriften überhaupt untergraben. Sie hatten daher erklärt, »daß man der Gemeinde nur dann eine Verfügung auferlegt, wenn wirklich die Mehrheit der Gemeinde mit ihr auch zu bestehen vermag« (Talmud, Bawa batra, 60 b). Jesus steht meiner Meinung nach konsequent in dieser Tradition — die eben im Wesen gar nicht »revolutionär« war, sondern die darauf verweisen konnte, daß viele der strengen Vorschriften tatsächlich aus der Bibel heraus gar nicht zu begründen waren.

Um es klarer zu sagen: Die jüdische Religion riskierte damals, daß das jüdische Volk zerfiel in eine sehr kleine »orthodoxe« (streng religiöse) Minderheit und eine große Mehrheit, die angesichts der Unzahl von Vorschriften mehr und mehr religiös »versumpfte«. Hier stand Jesus in der Tradition derjenigen, die die jüdische Religion für die Allgemeinheit des Volkes praktikabler und erträglich machen wollten.

Es stimmt, wie der Genosse schreibt, daß Jesus die Religion mehr



LOS ANGELES FREE PRESS.

3. Ich habe nicht darüber spekuliert, daß Jesus kein Kommunist war. Das wäre doch lächerlich! Festgestellt habe ich hingegen, daß der Jesus der Bibel keinerlei sozialreformerisches Programm vertreten hat (geschweige denn ein revolutionäres). Und nun möge man nicht behaupten, um die Lebenszeit des Jesus habe es so

Ausführungsvorschriften, die teilweise an den Haaren herbeigezogen oder frei erfunden sind, und die jedenfalls mit dem eigentlichen Sinn der biblischen »Gesetze« nicht mehr viel zu tun haben. Dazu ein konkretes Beispiel: Das mosaische Gesetz (»12 Gebote«) gebietet, daß am Feiertag (Schawat) nicht gearbeitet werden darf. Die Ausführungsvorschriften legen nun detailliert fest, wieviel Schritte man beispielsweise am Schawat gehen darf, daß man kein Feuer entzünden darf (dies muß folglich schon am Vorabend geschehen) usw. usf. Diese Ausführungsvorschriften machten es außerordentlich schwer, streng religiös zu leben. Nicht erst Jesus, sondern schon frühere jüdische Theologen waren daher zu der sehr rationalen Schlußfolgerung gekommen, daß zuviele und zu schwere Vor-

auf den Menschen beziehen wollte und daß er beispielsweise erklärte: »Der Schwat ist um des Menschen willen gemacht worden, und nicht der Mensch um des Schwat willen«. Ich glaube aber nicht, daß dies der jüdischen Religion, die eigentlich immer ziemlich um Rationalität bemüht war, besonders widerspricht.

Es läßt sich meiner Meinung nach im Ende doch nicht bestreiten, daß der Jesus der Bibel kein Revolutionär war, nicht einmal ein gesellschaftlicher Reformator, sondern daß er ein Prediger des »Himmelreichs« war. Etwas anderes müßte erst einmal bewiesen werden. Die Diskussion hat ja grad erst angefangen!

Ein Genosse der AK-Redaktion

Noch einmal: „Ein Christ muß Kommunist sein“

Jesus – Revolutionär und weltgeschichtliche Alternative

Der Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen, die jetzt schon 3 Nummern lang unter der Überschrift „Jesus – ein Revolutionär?“ laufen, war ein zweiseitiger Artikel, in dem es direkt nicht so sehr um diese Frage ging, sondern um den Unterschied zwischen Glaube und Religion. Zu diesem Unterschied ist in den folgenden Artikeln noch nicht ausdrücklich Bezug genommen worden, auch nicht von Seiten der Theologen. Dem Gang der bisherigen Diskussion nach zu urteilen, bestehe eine allseitige und unabgesprochene Übereinstimmung darin, daß die erwähnte Unterscheidung nur dann sinnvoll ist, wenn Jesus ein Revolutionär oder ähnliches war. Das halte ich aber nicht für richtig. Sollte Jesus ein Revolutionär gewesen sein – und das war er, wie ich unten zu zeigen versuchen werde – so besteht allein in dieser Tatsache doch kein ausreichender Grund dafür, nun gerade an ihm und nicht an irgendeinem anderen Revolutionär in der menschlichen Geschichte in der besonderen Weise festzuhalten, wie es im christlichen Glauben geschieht. Und genau aus diesem Grunde habe ich zur Begründung des Unterschiedes zwischen christlichem Glauben und Religion eine solche Formulierung nicht gewählt. Vielmehr habe ich geschrieben: „Die Revolution stellt Jesus von Nazareth deshalb dar, weil in seiner Person innerhalb der Weltgeschichte eine neue menschliche Qualität Wirklichkeit wurde: die bedingungslose Liebe“ (AK 132, S. 23). Darin besteht m.E. ein erheblicher Unterschied. Ich versuche diesen Unterschied zu verdeutlichen: Jesus hat nicht nur nach geschichtlichen Alternativen gesucht, sondern in ihm personifiziert sich die Alternative zu aller damaligen und bis heute gelaufenen menschlichen Geschichte; er hat nicht nur nach einer neuen Qualität des Lebens gesucht, sondern er selber ist die neue Qualität des Lebens; er ist der neue und wahre Mensch mitten unter uns Menschen, die das Neue noch nicht kennen oder davon nichts wissen wollen und die Wahrheit noch suchen; er ist die Alternative zu aller bisherigen Geschichte mitten in der Geschichte. In ihm hat das Ziel aller Befreiungsversuche schon konkrete Gestalt angenommen, bevor die menschliche Geschichte als ganzes dieses Ziel erreicht hat. Deshalb habe ich geschrieben: „Die Revolution stellt Jesus von Nazareth dar“ und nicht: er war ein Revolutionär.

Alle Zeitgenossen, die in Jesus diese Alternative erkannten, bezeichneten ihn deshalb als Sohn Gottes, Messias, König usw. Es bezieht sich also auch die Reich Gottes-Hoffnung der Christen nicht auf ein metaphysisches Himmelreich, sondern auf ein irdisches (!) Himmelreich, das deshalb eben als him-

lisch bezeichnet wird, weil es zu aller bisherigen irdisch-politischen Unterdrückungsgeschichte eine konkrete, politische aber qualitativ neue Alternative ist, die in Jesus von Nazareth Gestalt angenommen hat und in der christlichen Gemeinde praktiziert wird.

„Und Jesus ruft sie zu sich und sagt zu ihnen: Ihr wißt, daß die, welche als Fürsten der Völker gelten, sie knechten und ihre Großen über sie Gewalt haben. Unter euch ist es aber nicht so, sondern wer unter euch groß sein will, sei euer Diener, und wer unter euch der Erste sein will, sei der Knecht aller“ (Markus 10.42-44). Zweifellos ist diese Anweisung politisch konkret gemeint – eben im Gegensatz zur allgemein üblichen Herrschaft von Menschen über Menschen.

Hat aber dieser Gegensatz seinen Ursprung in Jesus, dann ist es natürlich konsequent und richtig nach seinem Lebensweg, nach seinem konkreten Wirken in den sozialen Gegensätzen des damaligen vom römischen Imperialismus beherrschten Israel zu fragen. Ich möchte diesen Weg beispielhaft an der Überlieferung des Markusevangeliums Kap. 10-12 verdeutlichen. Hier wird Jesus geschildert als in ständigem Konflikt mit den ökonomischen, politischen und ideologischen Säulen der israelitischen Gesellschaft: Ehe/Ehescheidung (10.1-12, 12.18-27), Reichtum (10.17-27), politische Macht (10.35-45, zu V. 41-45 s.o.), Tempel als politökonomische und symbolische Mitte Israels (11.12-25, 12.1-12), römische Steuer (12.13-17), Gesetz (12.28-34), Tempelschatz (12.41-44).

Freie Liebe statt Ehe...

Nach seinem Standpunkt zu der auch für die Aufrechterhaltung der damaligen gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Ausbeutungsverhältnisse wichtigen Institution der Ehe provokatorisch befragt, antwortet Jesus mit der totalen Denunziation dieser Institution und ihres rechtlichen Rahmens. „Denn wenn sie von den Toten auferstehen, heiraten sie nicht und werden nicht verheiratet, sondern sie sind wie die Engel in den Himmeln“ (Mark. 12.25), d.h. in der neuen Gesellschaft (biblisch: Reich Gottes oder Auferstehung) gibt es keine Heirat.

Reichtum oder Reich Gottes

Die Stellung Jesu zum Reichtum ist in der letzten AK-Nr. 134 erwähnt worden. An Markus 10.17-27 ist beachtenswert, daß nach Jesu Worten nicht der sog. Lebenswandel (Einhaltung der Gebote) über die Nähe eines Menschen zum Reiche Gottes entscheidet, sondern seine objektive Stellung in der gesellschaftlichen Ökonomie (Reichtum). Der Genosse der AK-Redaktion irrt sich m.E. gründlich, wenn er in V.27 eine Relativierung des Nadelöhrrspruches (V. 25) zu erkennen meint. Ein solcher

relativierender Bruch liegt nicht in der Logik des Gedankenganges. Vielmehr würde er die Nadelöhraussage überflüssig machen, weil ihre Relativierung nur Widerspruch dazu sein kann. Also müßte der AK-Genosse die Frage beantworten, warum der Verfasser (Markus) diesen Widerspruch nicht selber bemerkt hat oder zumindest Matthäus oder Lukas, die diese Erzählung von Markus ja übernommen haben.

Es ist vielmehr so, daß Vers 27 eine Zuspitzung der Aussage darstellt, insofern als in V. 26 nach einer oder der positiven Alternative für den reichen Menschen gefragt wird. Darauf antwortet Jesus in V. 27: nach aller menschlichen Erfahrung oder: nach unseren gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten gibt es für den reichen Menschen keine Alternative, weil ein reicher von sich aus eine Alternative zu seinem Reichtum nicht wählen wird. Es gibt nur eine Hoffnung. Das ist die totale Umstrukturierung des gesamten menschlichen Seins durch den, der alles ändern kann: Gott. In der biblischen Überlieferung ist „Gott“ das Subjekt solchen revolutionären Tuns. Es ist eine Verkenntung dieses biblischen Kontextes, in der Erwähnung des Wortes „Gott“ die Relativierung irgendeiner anderen Aussage ohne „Gott“ zu vermuten.

Zur Frage der religiösen Symbole

Eine andere Frage ist es, ob die Menschen der damaligen Zeit politische Inhalte nicht anders begreifen oder ausdrücken konnten als durch „religiöse Symbole“ vom Gottesreich usw. Richtig! Manche „konnten“ es. Bloß, was sie konnten und welche politischen Inhalte sie vermittelten, das können wir nur durch eine sorgfältige Prüfung der Überlieferung aufzeigen, indem wir konkret aufspüren, welche Wirklichkeit mit welchem Wort bezeichnet wird und welche Funktion es innerhalb der Textabfolge und innerhalb des gesellschaftspolitischen Zusammenhanges hat. Eine idealistische Herangehensweise dagegen praktiziert der Genosse aus der Redaktion, der z.B. die kirchentreue, metaphysisch-jenseitige Reich-Gottes-Lehre einfach aufnimmt und mit dem Vorverständnis dieser frommen Verfälschung an den biblischen Text herangeht. Der Blick auf die Textabschnitte über Ehe und Reichtum und auch auf Mark. 10.41-44 hat m.E. gezeigt, daß Jesus nicht auf ein unpolitisches Jenseits, sondern auf eine politische Utopie (insofern allerdings sehr jenseits der gesellschaftlichen Gegebenheiten) der vollkommen menschlichen Freiheit.

Ablehnung der Geldwirtschaft statt Kollaboration oder Reform

In der Jesus-Kontroverse ist auch mit dem Hinweis auf Mark. 12.13-17 behauptet worden, Jesus habe zur Kollaboration mit den Römern ermuntert. Nun ist die Aufforderung, die Steuern nicht zu verweigern, gewiß kein Beleg dafür. Eher im Gegen-

teil! Wir würden uns dagegen verhalten, als Kollaborateure mit der HEW angeprangert zu werden, nur weil wir am Stromzahlungsboykott nicht teilnehmen. Angesichts des Geldstückes, das sowohl die römische Besatzung symbolisiert als auch die Macht der herrschenden mit den Römern kollaborierenden Klassen, fordert Jesus dazu auf, dem Kaiser sein Geld zu geben. Er distanziert sich damit gleichzeitig von der zelotischen Strategie (Nationaler Befreiungskampf) der Steuerverweigerung und von der Kollaboration mit den römischen Besatzern. Ihm geht es um eine ganz andere Alternative als um die Verfügung über Steuern = Geld = Tauschmittel. Auf den Kampf darum läßt er sich demonstrativ gar nicht ein. Die Alternative, die er im Auge hat, wird in der Erzählung dadurch angedeutet, daß Jesus kein Geld bei sich hat: als Zeichen dafür, daß Jesus die Gesamtheit des ökonomischen Warensystems negiert und das Geld-Tauschsystem in toto als Kollaboration mit dem im Bild des Kaisers auf der Münze sich darstellenden römischen Imperialismus ablehnt. Jesus konkrete Alternative verbirgt sich für den Leser hinter der Aufforderung: „Gebt... Gott, was Gottes ist.“ In anderen Überlieferungstücken von Markus, in denen es auch um das Geldsystem geht, wird von dieser Alternative erzählt. Eigenartigerweise in den Geschichten, die traditionellerweise „Brotvermehrung“ (Mark. 6.30-44, 8.1-10) genannt werden. Der Wendepunkt in der Erzählung (6.30ff) kommt nach dem Vorschlag der Jünger, das hungernde Volk dadurch zu sättigen, daß Leute weggeschickt werden, „damit sie sich etwas zu essen kaufen.“ (6.36). Sie sprechen von „200 Denaren“. Jesus antwortet: „Wie viele Brote h a b t ihr?“ (6.38,8.5). „G e b t ihnen“ (6.37). Das Brot wird einfach ausgeteilt: die Volksmenge ist gesättigt. Nur eine klerikal geblendete, unmateriale Leseweise kann die reale Bewegung übersehen, die in dem Übergang von: mit Geld k a u f e n zu: g e b e n, was man hat, geschildert wird. Es geht nicht um eine „wunderbare“ Brotvermehrung, sondern um die Negierung des Warensystems, in dem der Güterstand durch Geld geregelt wird, und um die Förderung des altisraelitischen Systems der Schenkung, in dem alles allen gehört. Diese Erzählung läuft auf eine subversive Realalternative zum herrschenden Klassen- und Geldsystem hinaus. Die nationalistische Strategie der Steuerverweigerung ist für den Kommunisten Jesus keine wirkliche Alternative für das ausgepreßte und hungernde Volk (Mark. 8.2): Nur die Abschaffung des Geld-Tauschsystems garantiert, daß alle satt werden (6.44).

Als Gegner von Herrschaft im Konflikt mit den Herrschenden

Kein Wunder, daß das Wirken Jesu auf einen Konflikt mit den im Lande Herrschenden hinausläuft. Nach der Darstellung der Evangelien findet dieser Konflikt in Jesu Zug nach Jerusalem, seiner Gefangennahme und

schließlich seiner Kreuzigung den entscheidenden Höhepunkt. Anstoßpunkte sind die gesellschaftliche Funktion des Tempels (Mark. 11.15-19) und die gesellschaftliche Funktion der Priesterkaste (Mark. 12.38-44). Insgesamt kritisiert Jesus die ökonomische und ideologische Machtposition der jüdischen Priester, die ihre Stellung schamlos zur eigenen Bereicherung und zur Verdummung des Volkes ausnutzen. In dem Gegensatz zwischen dem, was Jerusalem und Israel nach jüdischer Überlieferung sein sollten (Freiheitslicht der Völker) und dem, was sie faktisch darstellen (Unterdrückung und Kollaboration) sowie in dem Antagonismus der gesellschaftlichen Interessen in Israel ist für Jesus jede sozialreformerische Programmatik zwecklos. Solche Reformer waren die Pharisäer. Sie sind für ihn zusammen mit den herrschenden Sadduzäern und ihren Ideologen gleichermaßen Heuchler. „Wehe euch, ihr Schriftgelehrten und Pharisäer, ihr Heuchler, das ihr das Reich der Himmel vor den Menschen zuschließt. Denn ihr kommt nicht hinein und die, welche hinein wollen, laßt ihr nicht hinein“ (Matthäus 23.13). Damit ist korrekt die gesellschaftspolitische Aktion der herrschenden Klasse und der reformerischen Bemühungen in einem (!) für die Verhältnisse der ökonomischen Despotie beschrieben.

Das Reich Gottes steht mit Jesus also in unveröhnlichem Gegensatz zu der Gesamtheit dieser Verhältnisse. „Und während er aus dem Tempel ging, sagte einer seiner Jünger zu ihm: Meister, siehe, was für Steine, was für Bauten! Und Jesus sprach zu ihm: Siehst du diese großen Bauten? Kein Stein wird auf dem anderen bleiben, der nicht zerstört würde“ (Mark. 13.1,2).

In welche Richtung die Verwirklichung des Reiches Gottes nach Jesus geht, haben wir am Beispiel der Abschnitte über Ehe, Reichtum und Steuer gesehen. Die dort sichtbar gewordene, von Jesus vertretene gesellschaftliche Alternative (freie Beziehungen, ökonomisches System der Schenkung) erschöpft sich aber nicht in einem von der damaligen geschichtlichen Konstellation begrenzten Gegensatz, sondern diese Alternative (Reich Gottes) läuft auf den Gegensatz zu dieser Konstellation insgesamt und schließlich auf den Gegensatz zu gesellschaftlichen Herrschaftsordnungen überhaupt hinaus (Mark. 10.41-44). Weil es Jesus um diese grundsätzliche Alternative ging, konnte er sich weder den Nationalisten noch den Reformern anschließen, also auch keine Programmatik in deren Richtung entwickeln.

„Niemand näht ein Stück ungewalktes Tuch auf ein altes Kleid; sonst reißt das Flickstück einen Teil von ihm ab, das neue von dem alten, und der Riß wird schlimmer. Und niemand füllt neuen Wein in alte Schläuche; sonst wird der Wein die Schläuche zerreißen und der Wein geht zugrunde samt den Schläuchen. Sondern neuen Wein füllt man in neue Schläuche“ (Mark. 2.21-22). „Die menschlichen Ordnungen

insgesamt waren für Jesus und von ihm aus gesehen zweifellos jenes alte Kleid, jene alten Schläuche, ihr Gegensatz zu dem neuen Tuch und dem neuen Wein des Reiches Gottes endlich und letztlich unveröhnlich: wie das neue Tuch auf dem alten Kleid dieses nur ganz zerstören kann, so kann der neue Wein des Reiches Gottes, in die alten Schläuche geschüttet, nur zugrunde gehen“ (Karl Barth, Theologieprofessor).

Christen und Kommunisten

Jesus sieht im Reiche Gottes diesen unveröhnlichen und befreienden Gegensatz zu den alten (Un)Ordnungen. Deshalb trat er auch für die geschil-derten politischen Alternativen ein. Daß er und das von ihm verkündete Reich Gottes nicht in einem historisch bedingten und definierbaren Gegensatz sich erschöpfen (sicherlich als solcher Gestalt gewinnen), sondern daß er und das von ihm verkündete Reich Gottes die positive Alternative und die befreienden zu aller bisherigen Geschichte überhaupt konkret darstellen, das ist die Meinung der biblischen Schriftsteller und auch meine Meinung. Angedeutet und sichtbar wird diese Alternative in den Verhaltensanweisungen für die christliche Gemeinde, in der Richtung der gesellschaftspolitischen Alternativen und in der unveröhnlichen Radikalität der Kritik Jesu an den Herrschenden.

Daß er diese Alternative wirklich war, ist natürlich letztlich nicht beweisbar. Seine Jünger und die biblischen Schriftsteller könnten sich ja geirrt haben. Die Unbeweisbarkeit entscheidet aber nicht über die Unmöglichkeit. In Anbetracht dieser Differenz habe ich nicht geschrieben, daß Jesus ein Revolutionär gewesen sei. Das ist in Anbetracht der historischen Dokumente allemal beweisbar. Nicht beweisbar dagegen ist die entscheidende Aussage des Neuen Testaments, daß er die Revolution, d.h. das Reich Gottes in Person, darstellt. Das kann allenfalls für möglich oder unmöglich erachtet werden. „Beweisbar“ im praktischen Sinne wird die Möglichkeit jener Alternative allenfalls durch Menschen, die unter allen historischen Bedingungen an ihrer Verwirklichung festhalten. Das ist die Aufgabe der Christen in unserer Welt. In Anbetracht der konkreten politischen Konstellationen müssen sie deshalb Kommunisten werden. Den Kommunisten bleibt es damit allemal freigestellt, auch Christen werden zu können.

Ein Pastor

P.S. In der Kommission haben wir über Wert und Nutzen der „Jesus-Diskussion“ nachgedacht und auch darüber, wie die Diskussion am besten fortgeführt werden könnte. Wir bitten die Leser in Leserbriefen an uns dazu Stellung zu nehmen.

Wie geht's weiter mit der Jesus-Debatte?

Von einem AK-Redakteur. „Über Wert und Nutzen der Jesus-Diskussion“ nachgedacht“ (siehe AK 136, S. 20) haben sicher mittlerweile viele Leser. Ich bin in dieser Frage nicht skeptisch, falls es uns gelingt, die Diskussion auf die eigentlichen politischen Streitfragen hinzulenken und zuzuspitzen.

Der Beitrag eines Pastors in AK 136 hat m.E. von diesem Ziel wieder weggeführt, statt einen Schritt nach vorn zu machen. Ich meine: Wir (als Kommunisten) können die Diskussion über Jesus und das Christentum nur dann sinnvoll führen, wenn wir es als eine Philosophie oder Weltanschauung begreifen, die zu bestimmten gesellschaftlichen Konsequenzen führt. Ich möchte wissen: Was ist der persönliche Glaube unserer christlichen Genossen (auch: unserer Sympathisanten, unserer christlichen Bündnispartner usw.); worin sehen sie persönlich den Unterschied zum Marxismus-Leninismus, zum wissenschaftlichen Sozialismus? Was sehen sie, vom Christentum kommend oder immer noch auf diesem aufbauend, anders als unsereiner, welche besonderen Konsequenzen ziehen sie für sich selbst und für die Politik des KB? Ich schlage vor, daß hierzu sich unsere christlichen Genossen und Freunde einmal äussern, damit die bisherige Jesus-Debatte eine „neue Qualität“ annehmen kann. Denn die Frage „War Jesus ein Revolutionär“ ist ja lediglich von historischem Interesse, wichtiger sind letztlich die praktischen Schlußfolgerungen. „Ein Christ muß Kommunist sein“, ist mir zu wenig, umgeht (vielleicht aus Opportunismus oder verständlicher Scheu) die Frage, was diese Genossen und Freunde für den speziellen christlichen Beitrag halten, den sie heute in die kommunistische Politik, in den demokratischen Kampf usw. einbringen wollen.

Der Beitrag eines Pastors in AK 136 führt m.E. von dieser Frage weg, weil er im Grunde nichts weiter ist als eine geschriebene „linke“ Predigt:

Er wiederholt mit Penetranz die Behauptung, in Jesus personifizierte sich „die Alternative“, er sei „die neue Qualität des Lebens“, in ihm habe eine qualitativ neue Alternative „Gestalt angenommen“, in ihm habe „das Ziel aller Befreiungsversuche schon konkrete Gestalt angenommen“ usw. usw. Das ist, man verzeihe mir, pastorale Geschwätz! Eine gesellschaftliche Alternative kann doch nicht in einem Menschen „Gestalt annehmen“, sich in ihm konkretisieren usw. Vielleicht war dem Genossen Pastor dabei Johannes 1.14 im Kopf: „Das Wort ward Fleisch und wohnte unter uns“ (der hier als „Wort“ übersetzte griechische Begriff „Logos“ hat viele Be-

deutungen; sinnentsprechender wäre in Johannes 1.1 – 1.14 vielleicht: „die Idee“) – eine Stelle, die mehr von griechischer Philosophie als von jüdischer Religion geprägt zu sein scheint.

– Besonders bedenklich finde ich, wie der Genosse mit Bibel-Interpretationen umspringt. Er bleibt dabei durchaus in der pastoralen Tradition, weil es schon immer zum Handwerk der Pastoren gehörte, in die Bibel Dinge hineinzulesen, über die sich unserereiner wirklich nur wundern kann. Ich möchte das an zwei Beispielen konkretisieren.

Jesus für freie Liebe?

Jesus habe sich gegen die Institution der Ehe gewendet, behauptet der Genosse Pastor unter Berufung auf Markus 12.25.

Zur Einordnung dieser Textstelle: Markus 12.13 bis 12.34 schildert ein (öffentliches) Streitgespräch zwischen Jesus einerseits, jüdischen Kleirikern und Regierungsbeamten andererseits. „Und sie sandten zu ihm etliche von den Pharisäern und des Herodes Dienern, daß sie ihn fingen in Worten“ (12.13). Geschickt gestellte Fragen sollen Jesus in Schwierigkeiten bringen.

Bei der von dem Genossen zitierten Stelle 12.25 geht es nicht darum, daß Jesus über seinen Standpunkt zur Ehe befragt wird, wie der Genosse Pastor in AK 136 behauptet. Sondern es geht um die Frage der Auferstehung von den Toten. Vertreter der orthodoxen Sekte der Saduzäer, die den Glauben an eine Auferstehung der Toten ablehnten, richteten an Jesus die Frage: Wenn eine Frau nacheinander mit mehreren Männern verheiratet ist, wessen Frau wird sie dann „in der Auferstehung“ sein? – Die Frage soll also den Glauben an eine Auferstehung ad absurdum führen. Auf die nicht ungeschickt gestellte Frage antwortet Jesus: „In der Auferstehung“ werde nicht mehr „gefreit“ werden, sondern die Menschen würden sein „wie die Engel im Himmel“ (12.25). Wenn dies tatsächlich als Hinweis auf freie Liebe im Himmelreich gemeint ist, müßte man wohl die landläufigen Vorstellungen über Engel ziemlich korrigieren ... Es ist jedenfalls eine arge Mißhandlung am biblischen Text, hieraus eine Stellungnahme von Jesus zur Institution der Ehe abzulesen zu wollen.

Der Genosse Pastor verschweigt, daß man nach eindeutigen Stellungnahmen von Jesus zur Institution der Ehe gar nicht lange zu suchen braucht. Es gibt sie nämlich in sehr direkter, gar keine verschrobene Interpretationen erfordernder Form: Mit den Worten „Was denn Gott zusammengefügt hat, soll der Mensch nicht scheiden“, tritt Jesus

für die Unauflöslichkeit der Ehe ein (Markus 10.9)! Mathäus 19 schildert diese Szene noch etwas ausführlicher. Jesus kritisiert dort die traditionelle jüdische Praxis der Ehescheidung (der Mann konnte seine Ehefrau verstoßen, indem er ihr einen „Scheidebrief“ gab). Scheidung sei nichts anderes als Ehebruch, sagt Jesus. Als einzigen Scheidungsgrund läßt er „Hurerei“ zu, also ehebrecherisches Verhalten der Frau. Darauf meinen die verblüfften Jünger: „Steht die Sache eines Mannes mit seiner Ehefrau so, dann ist's nicht gut zu heiraten“ (Mathäus 19.7 - 11).

Halten wir fest, nicht für freie Liebe tritt Jesus ein, sondern für die Unauflöslichkeit der Ehe! Dies hat einen beachtlichen sozialen Aspekt, da es den Schutz der Frau vor der mit einer Scheidung damals oft verbundenen Verelendung beinhaltet. – Die verblüffte Reaktion der Jünger bestätigt noch, daß die Ablehnung der Ehe keineswegs zu der von Jesus verkündeten Lehre gehörte. Dort, wo sie von den Jüngern spontan geäußert wird (allerdings wohl mehr witzig als ernst gemeint), kommt sie uns als Ausdruck einer stinknormalen männlichen Ehefeindlichkeit.

Jesus als Gegner des Waren- und Geldsystems?

So sieht es der Genosse Pastor in AK 136. Auf zwei Bibelstellen stützt er sich dabei, nämlich a) auf Markus 12.14 - 17 (Frage der Steuerzahlung an die römische Besatzungsmacht) und b) auf Markus 6.35 - 44 („Speisung der 5.000“).

Die Stelle a) gehört zu dem oben erwähnten Streitgespräch Markus 12.13 - 34. Jesus wird gefragt, ob es richtig sei, Steuern an die römische Besatzungsmacht zu entrichten. Mit dieser Frage soll Jesus in eine Zwickmühle gebracht werden: Lehnt er die Entrichtung der Steuer ab, so hätte man eine Handhabe, um ihn bei der römischen Besatzungsmacht zu denunzieren. Spricht er sich jedoch für die Entrichtung der Steuer aus, so könnte man ihn beim Volk als unpatriotisch diffamieren. Jesus antwortet deshalb ausweichend: „Wessen Bild und Inschrift ist das (auf der Münze)? – Sie sprachen zu ihm: Des (römischen) Kaisers! – Da antwortete er ihnen: so gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist“ (Markus 12.16 - 17).

Für die Haltung von Jesus zum Geldsystem insgesamt gibt diese Stelle genau besehen gar nichts her, falls man nicht auf eigenwillige Interpretierkünste verfällt.

Noch weniger sagt die von dem Genossen arg strapazierte Stelle b) über die Haltung von Jesus zum Geld- und Warensystem aus. Wenn diese Stelle überhaupt etwas beweist, dann nur dies: Daß es innerhalb eines Geld- und Warensystems nur durch ein „Wunder“ möglich ist, Güter (in

diesem Fall Brot und Fisch) zu erhalten und zu verteilen, die sich nicht in Warenform darstellen. In der Klassengesellschaft treten Güter wie Brot und Fisch im allgemeinen als Waren auf; d.h. man muß dafür bezahlen oder einen Tauschwert liefern. Diesen Kreislauf kann Jesus innerhalb der Klassengesellschaft nur durchbrechen, indem er „durch ein Wunder“ Brot und Fisch neu schafft. Das ist reine Religion, keine gesellschaftsverändernde Praxis! –

Noch einmal zurück zu der Frage der Steuer an die Römer: Der Genosse Pastor wertet die Antwort von Jesus als „Zeichen dafür, daß Jesus die Gesamtheit des ökonomischen Warensystems negiert und das Geld-Tauschsystem in toto (insgesamt) als Kollaboration mit dem im Bild des Kaisers auf der Münze sich darstellenden römischen Imperialismus ablehnt ... Ihm geht es um eine ganz andere Alternative als um die Verfügung über Steuern = Geld = Tauschmittel. Auf den Kampf darum läßt er sich demonstrativ gar nicht ein“.

Eine ziemlich massenfeindliche Haltung, die Jesus hier unterstellt wird, wenn man bedenkt, welche ungeheure Last Steuern und Tribute damals für das werktätige Volk darstellten. Gerade so gut könnten wir heute sagen: Auf Kampf um mehr Lohn, gegen steigende Preise usw. lassen wir uns demonstrativ gar nicht ein, denn wir lehnen ja das Geldsystem „in toto“ ab. Wäre das nicht ganz schön bescheuert?!...

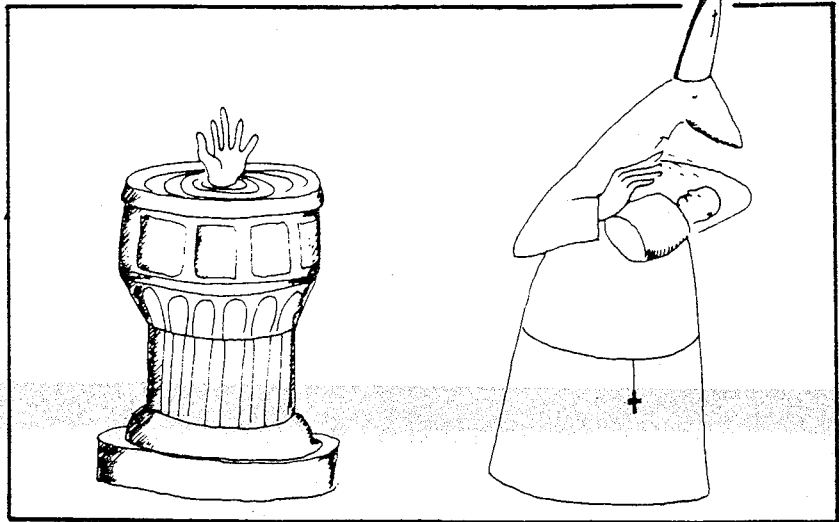
Ich glaube indessen, daß Jesus mit seiner Antwort etwas anderes bezweckte. Die an Jesus gerichtete Frage nach der römischen Steuer zielte ja, wie wir sahen, darauf ab, Jesus eine Falle zu stellen. Die Bibel berichtet, daß Jesus diesen Trick durchschaute (und dementsprechend seine Antwort formulierte, die wir also eher als taktisch, denn als prinzipielle Aussage zu verstehen haben). Zu bedenken ist, daß die überwiegende Hauptform der Steuer die Abgabe von Naturalien (Getreide, Vieh usw.), Halbprodukten (Wolle, Leinen etc.) u.ä. war, und keineswegs die Steuer in Bargeld. Deshalb geht auch das ganze System, das der Genosse Pastor an der Frage Münze = Geld = Steuer aufbaut, völlig an der Sache vorbei. Die Antwort von Jesus könnte so gemeint sein: wer über (das von der römischen Besatzungsmacht herausgegebene) Münzgeld verfügt – also in erster Linie „die Reichen“ – soll Abgaben an die Römer entrichten; wer hingegen im wesentlichen nur über Naturprodukte oder Produkte seiner eigenen Arbeit verfügt, soll „Gott geben, was Gottes ist“. Dies scheint mir immerhin eine mögliche Deutung, denn für Jesus mußte es ja darum gehen, seine Antwort so zu formulieren, daß sie ihn weder bei den Römern noch beim Volk in Verruf bringen konnte. Ob ihm das gelungen ist, bezweifle ich. Wie ich in AK 132 schon schrieb, hat sich Jesus wohl doch im Volk (jedenfalls in Jerusalem) weithin den Ruf eines Kollaborateurs mit der Besatzungsmacht eingehandelt.

Hier einige Hinweise: In der Apostelgeschichte wird beschrieben, daß die urchristliche Gemeinde in Gütergemeinschaft lebte. „...Und keiner sagte von seinen Gütern, daß sie sein Besitz wären, sondern es gehörte ihnen alles gemeinsam... Es war auch keiner unter ihnen, der Not litt; denn wer von ihnen Grundbesitz oder Häuser hatte, der verkaufte es, nahm das Geld für das verkaufte Gut und brachte es den Aposteln; und man gab jedem, was er brauchte“ (Apostelgeschichte, 4.32-35). Also (zumindest in der Theorie) tatsächlich ein kommunistisches Inselchen inmitten einer Klassengesellschaft, das zwar notwendigerweise mit der übrigen Welt noch im Rahmen des Geld-Waren-Systems verkehren muß, aber nach innen die Ware-Geld-Beziehungen vollständig abgeschafft hat.

Alles spricht dafür, daß die christliche Gemeinde jener Zeit (die ersten Jahrzehnte nach Jesus' Tod) mit dieser Gütergemeinschaft das System fortsetzte, das schon zu den Lebzeiten von Jesus in der von ihm gegründeten und geleiteten Sekte bestanden hatte. Außerdem geht aus der Bibel hervor, daß sich die Anhängerschaft von Jesus im wesentlichen durch Bettel ernährte – wie früher viele Mönchsorden und heute beispielsweise noch die buddhistischen „Bettelmönche“. In Markus 6.8 for-

außen hingegen blieb sie auf die Klassengesellschaft angewiesen, deren Gesetze sie nach innen abgeschafft hatte. Die Sekte konnte nur überleben, weil außerhalb dieser kommunistischen Insel Ware-Geld-Beziehungen bestanden, weil Menschen Güter produzierten und austauschten usw. Die Sekte führte ihr Dasein als unproduktiver Schmarotzer vor allem der ausgebeuteten Schichten der Gesellschaft (Bauern, Hirten, Fischer, Handwerker, Arbeiter), die die Sekte mit Lebensmitteln und Quartier versorgten. Sobald die Sekte mit der übrigen Gesellschaft anders als rein parasitär verkehrte (indem sie z.B. für Quartier bezahlte oder Dienstleistungen entrichtete), trat sie notwendigerweise in die normalen Tauschbeziehungen ein.

Mit diesen Einschränkungen stimme ich zu, wenn der Genosse Pastor sagt, daß Jesus ein Gegner der Geld-Ware-Beziehungen gewesen sei. Dasselbe gilt allerdings meiner Meinung nach auch für Penner oder Gammler, die sich ohne Geld und Arbeit durchs Leben schlagen. Es ist dies auch keine Erfindung von Jesus: Bereits als Alexander „der Große“ mit seiner Truppe durch Indien zog (mehr als drei Jahrhunderte vor Jesus!) stieß er dort auf absolut besitzlose Bettelmönche.



dert Jesus seine Anhänger auf, „daß sie nichts bei sich trügen auf dem Wege außer einem Wanderstab, keine Tasche, kein Brot, kein Geld...“. Als „ein Reicher“ zu Jesus kommt und wissen will, wie er „in das Reich Gottes kommen“ könne, fordert ihn Jesus auf: „Verkaufe alles, was du hast, und gib es den Armen“ (Markus 10.21). –

Halten wir also fest: In der Anhängerschaft des Jesus herrschte wahrscheinlich nach innen Gütergemeinschaft (soweit überhaupt Güter da waren und Verteilung des gemeinsamen Besitzes nach den Bedürfnissen. Nach außen wurde die Nahrung meist erbettelt; gewohnt wurde bei Menschen, die kostenlos Quartier zur Verfügung stellten, oder oft auch unter freiem Himmel.

Die Jesus-Sekte nahm also nach innen teilweise die kommunistische Gesellschaft schon vorweg. Nach

Es wird im allgemeinen angenommen, daß auch andere jüdische Sekten vor Jesus und zur Zeit von Jesus Gütergemeinschaft praktizierten, wie z.B. die Sekte der „Essener“. Keinesfalls ist es gerechtfertigt, diese Form des vereinzelt Ausbruchs aus den Ware-Geld-Beziehungen als eine geschichtliche Erfindung von Jesus hinzustellen, wie es der Genosse Pastor in AK 136 tat. Ebenso wenig kann Jesus als Erfinder des Gebots der Nächstenliebe gelten („Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“), denn dies Gebot entspringt der vorchristlichen jüdischen Tradition und findet sich wörtlich beispielsweise auch bei der jüdischen Sekte von Qumran, etwa zur Zeit von Jesus. Es sei im übrigen daran erinnert, daß Buddha schon rund 500 Jahre vor Jesus die Liebe zu allen Lebewesen (nicht bloß den Menschen) propagierte.

Die Kanzel-Worte des Genossen Pastor in AK 136 (Jesus sei „die neue Qualität des Lebens“, in ihm habe „das Ziel aller Befreiungsbewegungen schon konkrete Gestalt angenommen“, Jesus sei „die Revolution“ usw.) gehen allesamt von einer angeblichen historischen Einmaligkeit oder Erstmaligkeit von Jesus aus, die er zweifellos nicht hatte. Damit fallen die Gründe, um ihn herum einen speziellen Glauben und Kult aufzubauen, in nichts zusammen.

Revolution oder alternatives Leben?

Da wären wir nun an einem Punkt, wo die aktuelle politische Relevanz unserer Jesus-Debatte deutlich wird. Ohne der damaligen Zeit moderne Schemata aufzupressen, kann man die Jesus-Sekte als Vertreterin einer Strategie des „alternativen Lebens“ bezeichnen, wie heute AAO, Landkommunen usw. Diese Strategie zeichnet sich durch zweierlei aus: Zum einen enthält sie sich weitgehend der Einmischung in die „große Politik“; zum anderen praktiziert sie nach innen Formen des Zusammenlebens, die teilweise die kommunistische Gesellschaft antizipieren (vorwegnehmen). Von

der Veränderung des menschlichen Bewußtseins durch moralischen Appell erwartet sich Jesus gesellschaftliche Veränderung, statt vom Klassenkampf. Die Gesellschaft soll sich verändern, indem sich die von dem kommunistischen Inselchen vorgelebte Praxis mehr und mehr Sympathie erwirbt. Jesus propagiert darum nicht den Klassenkampf gegen „die Reichen“, sondern beläßt es bei der Aussage, daß für diese kein Platz „im Himmelreich“ (und also auch nicht in der Sekte) sei – sofern sie nicht ihren Besitz verkaufen, also ihre Existenz als „Reiche“ aufgeben. Jesus propagiert nicht den Steuerboykott und den bewaffneten Aufstand gegen die römische Besatzungsmacht, sondern läßt die zumindest zweideutige Aufforderung stehen, „dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist“.

Politischer Hebel ist also nicht der Kampf für bestimmte gesellschaftliche Forderungen, sondern allein die vorgelebte kommunistische Praxis der Sekte. Gerade das aber ist es, was dem Genossen Pastor in AK 136 so viele Ausrufe der Begeisterung entlockte. Daß Jesus sich mit konkreten gesellschaftlichen Forderungen gar nicht

abgab, sondern schlechthin die Alternative „darstellte“, „personifizierte“ usw. (soll heißen: praktisch vorlebte) wird von dem Genossen gerade als das besonders Lobenswerte an Jesus hervorgehoben.

Es ist und war zu allen Zeiten jedoch eine Tatsache, daß sich durch alternatives Leben allein Gesellschaften nicht verändern lassen. Nicht die alternativ strukturierten, aber von der gesellschaftlichen Praxis und vom Klassenkampf abgehobenen Sekten und Gruppen haben tatsächlich die Welt verändert, sondern Gruppen, deren Strukturen oft vielmehr denen der Klassengesellschaft glichen, aber die für gesellschaftsverändernde Ziele kämpften. Dieser Gegensatz bestand zu den Zeiten von Jesus im Prinzip ebenso wie heute. Womit ich nichts gegen alternative Strukturen gesagt haben will – aber alles gegen ein Aussteigen aus der gesellschaftlichen Realitäten und aus dem Klassenkampf. Die Geschichte der Menschen ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Das war auch zur Zeit von Jesus schon so. Außerhalb des Klassenkampfes gibt es keine Revolution und keine Revolutionäre.



Der Genosse aus der AK-Redaktion ist mit seiner längeren Stellungnahme zur ‚Jesus-Debatte‘ nun doch erheblich über die Reichtümer um die Interpretation von Bibeltellen hinausgekommen und insbesondere in seinem letzten Abschnitt zu den m.E. wesentlichen Fragen in diesem Zusammenhang gekommen. Im Gegensatz zu seinen früheren Artikeln, in denen er Jesus vor allem jenseitige Reich-Gottes-Vorstellungen zugeordnet hatte, bringt er in diesem Artikel die Lebensformen dieser frühen Christengruppen als „alternative Lebensformen“ mit dem zukünftigen Gottesreich (vorweggenommen) in Verbindung. Dies ist für fortschrittliche Christen einer der wichtigsten Gedanken, daß nämlich das Reich Gottes, auf das sich die christliche Hoffnung bezieht, nicht als jenseitiges, nach dem Tode eintretendes Paradies verstanden wird, sondern durchaus als diesseitige bessere Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, weshalb eben Reich Gottes und Sozialismus bzw. Kommunismus identifiziert werden. Dieses erhoffte Reich Gottes oder der Sozialismus hat in der erlebten Gegenwart schon seine Zeichen; in Bruchteilen wird er schon jetzt angestrebt. Ein besonders treffliches Beispiel sah ich gegeben in einem Interview von Gladys Diaz, das kurz nach ihrem Eintreffen in der BRD im AK abgedruckt war. Sie beschreibt dort u.a. das Leben im Gefängnis. In einer offiziell erlaubten Werkstatt produzieren die Frauen verschiedenste Artikel, die über des Solidaritätsvikariat der Katholischen Kirche kommerzialisiert werden. „Der Erlös wird nicht gleichmäßig verteilt, sondern in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen eines jeden. Eine Genos-

sin, die keine Bedürfnisse hat, bekommt auch nichts, aber die, die mehrere Kinder hat, bekommt einen Anteil für alle ihre Kinder. Wir machten also ein kollektives Experiment, wir übertrugen das Ziel unseres Kampfes auf das Lager, also jeder nach seinen Bedürfnissen“ (AK-95, Dez.-75). Ein solcher Gedanke – Anbruch des für die Zukunft angestrebten und erhofften schon für die Gegenwart – ist für die biblischen Texte typisch. Die ausgeprägteste Formulierung ist Lk 17,21 „Das Reich Gottes ist mitten unter euch“ Das bedeutet m.E. aber nicht, daß mit dem „alternativen Leben“ schon alles erledigt ist häufiger noch ist ja von der Zukünftigkeit dieses Reiches die Rede. Wenn nun diese Hoffnung auf das Reich Gottes innerweltlich diesseitig (heute auf Sozialismus) bezogen wird, so finden sich außer dem Spruch aus Lk. 17 (s.o.) kaum explizite Belege dafür, allerdings genauso wenige für die Jenseitigkeit christlicher Hoffnung. Bemerkenswert allerdings ist, daß zu jeder Zeit die Herrschenden und Reaktionäre empört geschrien haben und schreien, wenn die Diesseitigkeit des Reiches Gottes und damit politisches Engagement im Zusammenhang mit den Unterdrückten und Ausgebeuteten für eine befreite Gesellschaft von Christen propagiert und gelebt wird. Die Jenseitigkeit der Hoffnung zu behaupten, kann jeweils nur im Interesse derjenigen liegen, die ihren Nutzen aus bestehenden unterdrückerten Verhältnissen ziehen. Sie legen Wert darauf, daß den Menschen Duldsamkeit und Schicksalsgläubigkeit gegenüber der gegenwärtigen Not gepredigt wird. Die aktive Gestaltung der Lebensumstände der ersten Christen, der AK-Redakteur nennt

es „alternatives Leben“, kann durchaus als Hinweis darauf verstanden werden, daß die Perspektive der Christen nicht im Jenseits lag. Setzen sie sich doch auch ab gegen Gruppen, die Gleichgültigkeit gegenüber den gegenwärtigen Verhältnissen an den Tag legten, wofür es besonders viel Material in den Paulusbriefen gibt.

Fortschrittliche gesellschaftsverändernde Ziele für die Klassengesellschaft um unsere Zeitwende zu beschreiben, ist bisher noch nirgendwo geleistet worden, damals ebenfalls nicht. Der Kampf der Zeloten (= jüdische Nationalisten - Anm. AK) gegen die Römer ist nicht eindeutig als progressiv zu bezeichnen weil die Ziele durchaus rückwärts gerichtet waren. Eindeutige, einlinige Urteile zu fällen, scheint in der Tat ausgesprochen schwer.

Wie wenig eindeutig die christliche Bewegung gewesen ist, zeigen die biblischen Texte ja selber. Bemerkenswert an diesen Texten erscheint mir, daß sie in verschiedenerlei Ausprägung die Gegenwart und die Aufgaben für die Gegenwart aus der erfahrenen Vergangenheit und der erhofften Zukunft bestimmen. Die erfahrene Not erweckt Hoffnung auf eine bessere Zukunft („Die Blinden werden sehen, die Tauben hören, die Lahmen gehen“, Matth. 11,5), die eminenten Einfluß auf die zu gestaltende Gegenwart hat: „Nicht daß ich es schon (das Ziel) ergriffen hätte, oder zur Vollendung gekommen wäre, ich jage ihm aber nach ...“ (Philippbrief, 3,11 f). Dieser Zusammenhang von angestrebtem Ziel und aktiver gestalteter Gegenwart spielt, wie etwa auch die Debatte um die Krise im KB zeigt, eine wichtige Rolle in der revolutionären Bewegung.

Ein AK-Leser

Kirchlicher Widerstand im 3. Reich:

» Die Evangelische Kirche blieb weitgehend stumm «

Es würde die geschichtlichen Tatsachen verzeichnen, von einem kirchlichen Widerstand gegen das politische System des Faschismus zu sprechen.

a. Es gab den Widerstand einzelner Mutiger gegen die vollständige Unterwerfung unter den NS-Staat und auch gegen die NS-Programme. Einige kamen deswegen in Konzentrationslager.

b. Breitere Teile der Kirchen reagierten nur, als durch die Gleichschaltungspolitik der NSDAP der äußere organisatorische Eigenbestand der Institution Kirche gefährdet wurde. Von einer inneren Unabhängigkeit gegen die NS-Ideologie kann im Blick auf die evangelischen Kirchen kaum gesprochen werden. Dort war die Saat des völkisch-nationalen Gedanken-
'gut's in den Jahren vor 1933 auf fruchtbaren Nährboden gefallen.

zu a.: Im KZ umgekommen sind die Pastoren Paul Schneider und Dietrich Bonhoeffer. Der evangelische P. Schneider, Pfarrer in Hoehelheim, wurde, weil er Kirchenzuchtmaßnahmen gegen Nazi-Christen in seiner Gemeinde durchführte, mehrmals inhaftiert und 1937 in das KZ Buchenwald verschleppt. Aus seiner Arrestzelle heraus hielt er jeden Morgen mit lauter Stimme eine Morgenandacht für seine Mitgefangenen. Der 'Prediger von Buchenwald' starb an den Folgen der Prügelstrafen und einer bewußt überdosierten Strophaninspritze am 18.7. 1939.

D. Bonhoeffer war seit 1935 Leiter des Predigerseminars der Bekennenden Kirche (BK) in Finkenwalde. Seine Bedeutung bestand

auch darin, daß er immer wieder auf die Grenze des Gehorsams gegenüber dem Staat hinwies. So erhielt er 1940 Redeverbot, 1941 Schreibverbot, setzte seine wissenschaftliche Arbeit aber fort sowie die Beratung der Bruderräte der BK und schloß sich der politischen Widerstandsbewegung im Kreis Abwehr an. Er wurde am 5.4.1943 verhaftet und am 9.4.45 ermordet..

Das KZ überlebt hat Martin Niemöller. Er hatte sich seit 1933 als Gründer des Pfarrernotbundes und führendes Mitglied der BK gegen die Gleichschaltungspolitik des NS-Staates gewendet. Er wurde 1937 verhaftet und kam in das KZ Hausen und Dachau.

Fast als einziger erhob der Pfarrer Jan in Oberlenningen seine Stimme gegen die Judenprogramme in der sog. Reichskristallnacht. Aufgrund seiner Bußtagspredigt (16.11.38) gegen den 'großen Abfall von Gott und Christus' und 'das organisierte Antichristentum' wurde er von der SA zusammengeschlagen und ins Gefängnis gesteckt. Die Versuche der Kirchenleitung, ihn vor der Brutalität der NS-Schergen zu schützen, verhinderten nicht sei-

Wenn überhaupt, dann redete die Kirche nur in eigener Sache!

ne Verurteilung nach dem Heimtücke-gesetz. Eine inhaltliche Solidarisierung hatte er aber auch nicht von der BK zu erwarten. Denn deren zaghafte Sätze gegen die Übernahme des Antisemitismus in den kirchlichen Raum war ja gegen den Willen der 'bekennenden' Mehrheit an die Öffentlichkeit geraten (1936). Bonhoeffers Erwartung an

die BK, zur 'Judenfrage' ein deutliches Wort zu sprechen, hatte sich nie erfüllt. Ebenso wenig seine Hoffnung, die BK würde sich mit Karl Barth solidarisieren. Dieser, ursprünglicher Inspirator des bekennenden Widerstands, hatte sich als Theologieprofessor geweigert, den Beamteneid auf Adolf Hitler ohne den einschränkenden Zusatz 'so weit ich es als evangelischer Christ verantworten kann' abzulegen. Seine Weigerung wurde disziplinarisch verfolgt. Die BK ließ ihn, trotz Protesten aus machen Gemeinden, allein. Er verließ Deutschland im Juni 1935. In einem Abschiedsbrief an einen befreundeten Pastor



kommt er zu folgender Einschätzung des kirchlichen Widerstands: 'Sie (die BK) denkt gar nicht daran, daß sie ein Wort an die Obrigkeit richtend auch noch etwas auszusprechen haben könnte, als die mit der Beteuerung ihrer politischen Zuverlässigkeit begründete "inständige Bitte" um die Erhaltung ihres durch die Reichsregierung garantier-

ten Bestands, und daß ihr Gebet für die von Gott gesetzte Obrigkeit seine Echtheit darin erweisen müßte, daß es, wo sie die Lüge und das Unrecht zum Prinzip erhoben sieht, eines Tages auch zu dem in den Psalmen vorgesehenen Gebet um die Befreiung von einer fluchwürdig gewordenen Tyrannei werden könnte. Sie hat für Millionen von Unrecht Leidenden noch kein Herz. ... Sie redet - wenn sie redet - noch immer nur in ihrer eigenen Sache. ... Und es ist heute weniger als je zu erwarten, daß sich darin sobald etwas ändern werde.' 3)

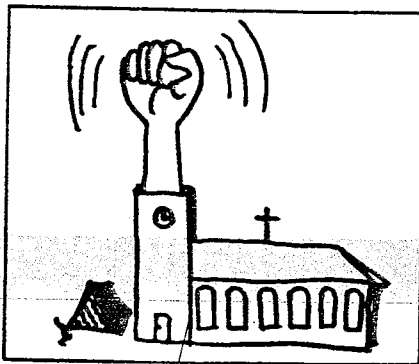
Entscheidend ist, daß in den Einzelfällen konkret gewordenen Widerstands gegen die Unterwerfung unter die herrschende Politik mit einer kirchlichen Solidarität nicht zu rechnen war.

zu b. Der Pfarrernotbund (1933) und die BK (seit 1934) waren die Organisationen der innerkirchlichen Oppositionsbewegung gegen die 'Deutschen Christen' (Nazi-Christen) die die Machtübergabe an Hitler als Gottesurteil bejubelten und konsequent die Unterwerfung und Auflösung bzw. Übergabe aller kirchlichen Organisationen an den NS-Staat proklamierten. Soziologisch gesehen handelte es sich um Standesorganisationen für Geistliche, die aus Protest gegen die Gewaltmethoden und die Irrlehren des Reichskirchenregiments sich gebildet hatten.

Pfarrerbruderschaften und Notbünde entstanden an mehreren Orten (Zentrum Berlin-Dahlem mit M. Niemöller), als der Arierparagraph Anwendung auf Pastoren und kirchliche Beamte finden sollte. Der Protest richtete sich nicht gegen die anti-jüdischen Maßnahmen des NS-Staates im Allgemeinen, sondern nur gegen ihren Vollzug auch in der Kirche. "In solcher Verpflichtung bezeuge ich, daß eine Verletzung des Bekenntnisstandes mit der Anwendung des Arierparagraphen im Raum der Kirche Christi geschaffen ist." So heißt es in punkt 4 der Verpflichtung des Pfarrernotbundes.

Der praktische Widerstand der aus dem Pfarrernotbund mit hervorgegangenen BK bestand v.a. in der Gründung bekennnistreuer Gemeinden, im Aufbau einiger theologischer

Seminare (Kirchliche Hochschulen) und in der Schaffung einer kirchlichen Gegenregierung gegen das Regiment der Deutschen Christen. Die BK sammelte sich, nachdem schon mehrere Landeskirchenleitungen von den Deutschen Christen übernommen worden waren. Auf ihrer ersten Synode im Mai 34 wurde die berühmte unter wesentlicher Mitwirkung von Karl Barth formulierte 'Barmer Erklärung' verabschiedet. Sie beschreibt auf dem Boden der evangelischen Theologie eine allgemeine und grundsätzliche Abgrenzung gegenüber staatlicher Macht. Wohl nur, weil sie völlig defensiv gehalten war und weil der lutherische Pastor Asmussen in seinem Einleitungsreferat ausdrücklich betonte, daß dieser Protest von Barmen keineswegs eine Opposition bedeute 'gegen die jüngste Geschichte des Volkes, gegen den Staat, gegen die Obrigkeit', war sie damals angenommen worden. 4) Staats-treue war also auch die Linie der BK. Das kam besonders auf ihren folgenden Synoden zum Ausdruck. Im Oktober 1934 wurde der im Mai gewählte Reichsbruderrat von 3 lutherischen Bischöfen nach Absprache mit Hitler entmachtet und ein



bischöfliches Notregiment eingerichtet. Die 3. Synode im Juni 35 schwieg zur offensichtlichen Vorbereitung der Nürnberger Gesetze (Sept. 35) und zum Disziplinarverfahren gegen Karl Barth.

Dieselbe Synode beschloß die Unterstellung des evg. Jugendwerkes unter die BK auf der Grundlage des am 19.12.33 mit dem Nazi-Staat abgeschlossenen Eingliederungsvertrages. Dieser vom NS-Reichs-Marionettenbischof Ludwig Müller gegen den Willen der Führer des evg. Jugendwerkes durchgeführte Vertragsabschluß lief auf das Ende der selbständigen evangelischen Jugendorganisationen, ihre

Vereinheitlichung und ihre Übernahme durch die HJ hinaus. Angelpunkt für die Durchführung dieser Pläne war die im Eingliederungsvertrag vorgesehene Auflösung der selbständigen Leitung des Jugendwerkes und seine direkte Unterstellung unter die Reichskirchenleitung, also Nazi-Bischof Müller. Der Widerstand der Jugendwerksleiter dagegen war gebrochen, als die Mehrzahl der Landeskirchenleitungen nachgegeben hatte. Die Synode der BK vollzog nun die Unterstellung der 'geköpften' und vereinheitlichten Jugend unter die eigens dazu geschaffene Reichjugendkammer in der BK. Die festen evg. Jugendorganisationen wurden zwar aufgelöst, sie sammelten sich zunächst aber noch in offenen Bibelkreisen und Jugendgruppen. Ihre Zahl wurde unter der massierten NS-Propaganda und nicht zuletzt wegen wiederholter NS-Schikanen immer geringer. 1936 waren 90% der 10-14jährigen und 70-80% der 14-18jährigen eingeschriebene HJ Mitglieder. Der staatliche Terror hatte zu diesem Zeitpunkt die freien Jugendverbände ihrer Eigenständigkeit beraubt.

Inhalt und Grenze des evg.-kirchlichen Widerstands unter dem deutschen Faschismus sind damit knapp skizziert. Daß Christen gerade vom Inhalt ihres Glaubens her überschreiten sollten, haben - wiederum nur wenige - nach dem Ende des Faschismus erkannt und 1947 in einem Bußwort gegen die sich wieder etablierenden Landeskirchen zum Ausdruck bringen wollen. K. Barth schreibt in seinem Vorentwurf dazu: "Wir sind in die Irre gegangen, indem wir uns als Kirche mit den konservativen Mächten (Monarchie, Adel, Armee, Großgrundbesitz, Großindustrie) verbündeten, indem wir die christliche Freiheit preisgaben, Lebensformen zu ändern, wenn das Leben der Menschen sie zu ändern forderte, indem wir das Recht zur Revolte ablehnten, die Entwicklung zur militärischen Diktatur aber duldeten und guthiesen." 5)

Die Endfassung des 1947 veröffentlichten 'Darmstädter Wortes' wurde von allen solchen politischen Konkretheiten gesäubert. "Die zur sauer-süßen

Regierungs- bzw. Koalitionspartei gewordenen Kirche ist nicht mehr mein Fall" war Barths Kommentar zu dieser Linie.

Das ist die grundsätzliche Schwäche fast allen kirchlichen Widerstands, daß man immer auch irgendwie zum herrschenden Staat sich bekennt - damals wie heute.

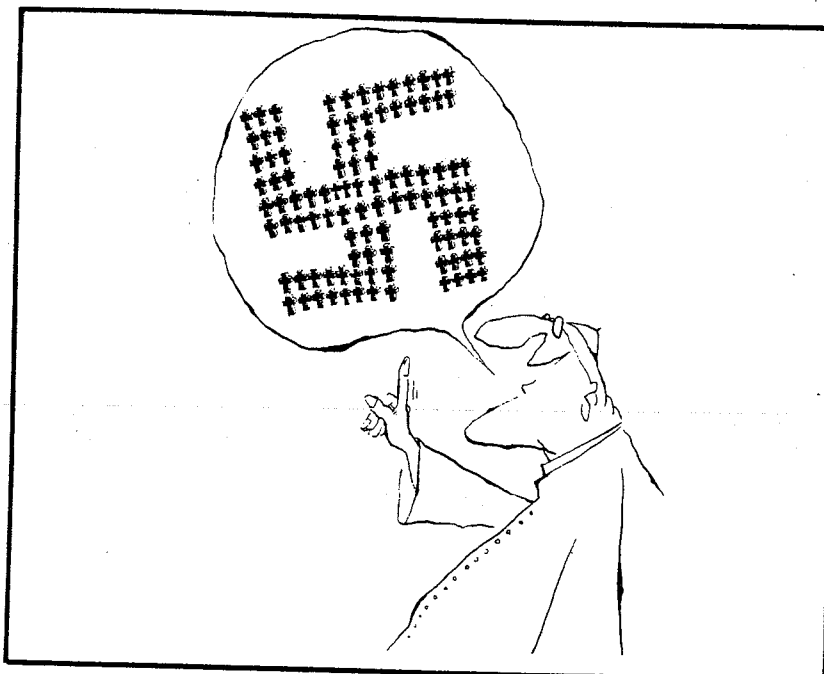
1) Wort der EKD zum 40. Jahrestag der Reichsprogromnacht 1978

2) H. Metzger, kristallnacht

3) Brief von K. Barth an Pastor H. Hesse, 30.6.35

4) aus M. Priepke, Die evg. Jugend im 3. Reich

5) K. Barths Vorentwurf zum Darmstädter Wort vom 10. Juli 47.



Katholizismus und 3. Reich: Zu den Verbrechen von einst noch die Lüge von heute.

Mit diesem Spitzensatz geißelt der Kirchenkritiker Deschner die Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz vom 31.1.79 zum Verhalten der katholischen Kirche unter der NS-Herrschaft („Frankfurter Rundschau“, 10.2.79). Die Erklärung möchte den Eindruck erwecken, als habe die katholische Kirche von 1933 - 45 in einer ungeheuer schwierigen Situation gestanden und dennoch versucht, sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren. Da wird vom „Dilemma“ „zwischen Erfüllung der staatsbürgerlichen patriotischen Pflichten einerseits und der Ablehnung des Nationalsozialismus andererseits“ ge(s)tö(h)nt. Die kirchenpolitisch Verantwortlichen seien dieser Schwierigkeit durch den Abschluß des Reichskonkordats (20.7.33) gerecht geworden: „Das Reichskonkordat war die vertragsrechtliche Form der Nicht-Anpassung der katholischen Kirche an das NS-System“ (Erklärung vom 31.1.79).

„Festgeläute zum Geburtstag des geliebten Führers“ überschreibt Deschner seine Entgegnung („FR“, 19.2.79), in der er mit einer Fülle für sich sprechender Zitate die katholischen Kirchenfürsten schlagfertig der Lüge überführt. Deschners Hinweise auf die geschichtlichen Zusammenhänge bleiben leider auf der Ebene von Allgemeinweisheiten (ideologische Verwandtschaft von Katholizismus und Faschismus, Antijudaismus im Christentum). Tatsächlich besteht aber auch auf der Ebene des politischen Instrumentariums ein viel engeres

Zusammenwirken zwischen Katholizismus und Faschismus, als gemeinhin bekannt ist. Dieser Artikel soll das am Beispiel des Konkordats verdeutlichen.

Ein Konkordat ist ein rechtswirksamer Vertrag zwischen dem Vatikanstaat und einer National- oder Landesregierung. Er umschreibt in Paragraphen die Gültigkeit des kanonischen Rechtes für das jeweilige Staatsgebiet. Das kanonische Recht ist seit 1917 in einem Riesenwerk von 2.414 Einzelbestimmungen zusammengefaßt: „Codex Juris Canonici“. Dieses riesige kultische Rechtsgebäude bezieht sich z.B. auf die Ernennung der Bischöfe durch den Papst, Wohnpflicht des Pfarrers nahe der Kirche; es enthält eine lange Liste von Ehehindernissen und regelt die Zuständigkeiten der geistlichen Gerichtsbarkeiten u.v.a.m. Ziel vatikanischer Politik war es also, durch den Abschluß von Konkordaten, die möglichst uneingeschränkte Geltung dieser Rechte gegenüber jedem Staat vertraglich garantiert zu bekommen.

Deutschland war durch die Revolution von 1918 zum Aktionsfeld vatikanischer Diplomatie geworden. Ihr Ziel war der Abschluß eines Reichskonkordats. Im März 1924 kam es nur zu einem Vertrag mit der bayerischen Regierung, von dem sich der Vatikan „eine günstige Wirkung ... für die Neuregelung des Verhältnisses von Staat und Kirche im übrigen deutschen Reich“ erwartete.

Die 16 Artikel des Konkordats

waren für die Kurie in der Tat günstig ausgefallen: Es gab kein staatliches Einspruchsrecht bei Bischofswahlen, der bayerische Staat verpflichtete sich, die Konfessionsschule zu schützen, der Einfluß der katholischen Kirche auf das Erziehungswesen wurde staatlich gutgeheißen.

Ein so weitgehender Einfluß des Klerus stieß allerdings auf den Widerstand der sozialdemokratischen Regierung Preußens. Ein Reichskonkordat nach diesem Modell hatte demnach wenig Aussicht auf Erfolg. Am 14.7.29 unterzeichneten der Freistaat Preußen und der Heilige Stuhl einen Vertrag, der mehr Kompromißcharakter trug: Eine Klausel sicherte der preußischen Staatsregierung Einspruchsrecht bei der Bischofswahl, von der Schule ist in diesem Konkordat keine Rede.

Trotzdem ließ die Kurie von ihren Zielvorstellungen nicht ab. Der apostolische Nuntius äußerte auch gleich nach Abschluß des Vertrages, „daß dieser niemals als Verzicht auf die Grundsätze gedeutet werden darf“. Denn, daß es auch klerusfreundlicher geht, zeigten die Lateranverträge vom Frühjahr 1929: das Konkordat mit dem faschistischen Italien.

Dieses war sowohl für Hitler als auch für den vatikanischen Nuntius Pacelli (später Papst Pius XII.) Vorbild für einen entsprechenden Vertrag mit der deutschen Reichsregierung. Für die Kurie deshalb, weil der Lateranvertrag das kanonische Recht weitgehend gewährleistete. Das be-

traf sowohl die – seit der Gründung des bürgerlichen italienischen Natio-

konkordat ist der vertragsrechtliche Ausdruck für die übereinstimmenden

zöglich aufgenommen. Das Ermächtigungsgesetz stand für den 23.3.33

1.	2.	3.	4.	5.
wo kein Strich		zuende		ist,
		da werdet		schon...

nalstaates im 19. Jahrhundert strittige – Frage des Kirchenstaates, als auch die Freiheit der Kirche in der Besetzung ihrer Ämter. Wie weit der faschistische Staat dem katholischen Klerus entgegenkam, kann daran er-messen werden, daß in Artikel 1 der Katholizismus zur einzigen Staatsreligion erhoben wurde und daß der Staat kirchlich geschlossenen Ehen bürgerliche Wirkung zuerkannte.

Vor diesem Hintergrund wird der Artikel 43 des Laterankonkordats nicht als Zugeständnis des Katholizismus an den faschistischen Staat ge-wertet werden dürfen, wie dies bür-gerliche Historiker gerne tun. Artikel 43 verbietet es allen geistlichen und Ordensleuten, „sich bei irgendeiner politischen Partei einzuschreiben oder zu betätigen“ (Entpolitisierungs-klausel). Dieser Artikel besiegelte den politischen Tod der katholischen Volkspartei, in welcher sich katholi-sche Geistliche überwiegend organi-sierten und die deshalb das politische Instrument des katholischen Klerus im liberal-bürgerlichen Staat war. Mit dem Lateran-Konkordat war aber alles erfüllt, was politisches Ziel des Ka-tholizismus war; eine eigenständige katholische Partei war damit über-flüssig geworden.

Anläßlich der Unterzeichnung der Lateranverträge brachte der „Völkische Beobachter“ vom 22.9.29 eine Rede Hitlers: „Wenn aber die Kurie heute mit dem Faschismus Frieden schließt, so beweist das, daß der Va-tikan diesem politischen System Ver-trauen entgegenbringt, jedenfalls mehr als dem liberaldemokratischen Staat von einst, mit dem er keinen Frieden zu schließen vermochte“.

Bei dem Zentrumsvorsitzenden L. Kaas, der später bei den Verhand-lungen um das Reichskonkordat eine Schlüsselrolle spielte, ist darin nur Übereinstimmung festzustellen. In einem Aufsatz würdigte er die Late-ranverträge als „ein Paradigma (Mu-sterbeispiel – d. Red.) von säkularer Bedeutung ... Der autoritäre Staat mußte die autoritäre Kirche besser in ihren Postulaten begreifen als an-dere...“ (aus: Scholder, Die Kirche und das Dritte Reich).

Von daher gesehen ist es besten-falls auf kirchengeschichtliches Unwissen, schlimmstenfalls auf bewußte Verschleierung zurückzufüh-ren, wenn die deutsche katholische Bischofskonferenz behauptet, „das Reichskonkordat war die vertrags-rechtliche Form der Nichtanpassung der katholischen Kirche an das NS-System“ (Erklärung vom 31.1.79). Das Gegenteil trifft zu: Das Reichs-

Interessen von Katholizismus und Fa-schismus.

Deutlich wird dies an den politi-schen Vorgängen in Deutschland im Frühjahr 1933. Nach der Machtüber-nahme Hitlers stellte der politische Katholizismus noch eine stattliche Macht dar. Bei den Märzahlen er-hielt das Zentrum 11,3%, und die deutsche katholische Hierarchie hatte in mehreren Erklärungen die NSDAP geschlossen abgelehnt. Das bischöfliche Ordinariat von Mainz z.B. verbot es den Katholiken, der NSDAP beizutreten, verbot es NSDAP-Mitgliedern in korporativer Zusammensetzung Beerdigungen beizuwohnen und verweigerte NSDAP-Mitgliedern die Sakramente. Allerdings fanden die katholischen Bischöfe für ihre Ablehnung keine Unterstützung in Rom. Von Anfang 33 sind mehrere Äußerungen von Papst Pius XI. bekannt, in denen er Hitler als ersten und einzigen Staatsmann lobt, der öffentlich gegen den Bolschewismus redet. Das waren Winke mit dem Zaunpfahl. Deshalb konnte Hitler für das angestrebte Ermächtigungsgesetz mit Unterstüt-zung aus Rom rechnen. Das war we-sentlich, denn der dazu erforderli-chen Zweidrittelmehrheit im Reichs-tag stand immer noch der Block des Zentrums entgegen. Er konnte aber – im Blick auf die Lateranverträge und im Blick auf führende Personen des Zentrums wie L. Kaas – sicher sein, daß Rom mit dem Versprechen eines Reichskonkordats das Zentrum aufgeben würde. In diese Richtung äußerte sich auch Hitler in der Kabi-nettsitzung gleich nach den März-wahlen: „Die Wähler des Zentrums würden erst dann für die nationalen Parteien zu erobern sein, wenn die Kurie die beiden Parteien (Zentrum und Bayerische Volkspartei) fallen-lasse“ (Scholder). Deshalb gab er auch bezüglich Konkordat einen ein-deutigen Hinweis: „Daß den Bischö-fen die authentische Interpretation aller die Kirche betreffenden Fragen zustehe“ (Scholder) Kontakte zwis-chen Rom und Berlin wurden unver-

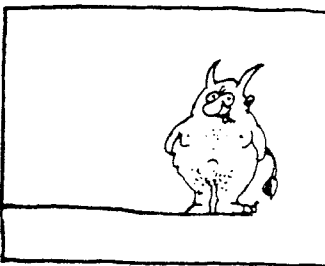
zur Abstimmung. Im Zentrum gab es zunächst noch Widerstände gegen die Zustimmung. Schließlich setzte sich aber der Flügel um den Kanonisten und Vorsitzenden L. Kaas durch: Sein Widerpart in dieser Frage, Brü-ning erinnert sich: „Kaas Widerstand in dieser Frage, wurde schwächer, als Hitler von einem Konkordat sprach, und Papen versicherte, daß ein sol-ches so gut wie garantiert sei“ (Scholder). Göbbels schrieb 1937 „Kaas habe 1933 das Ja der Zent-rumspartei zum Ermächtigungsgesetz abhängig gemacht von der Bereit-schaft der Reichsregierung über ein Reichskonkordat mit dem Heili-gen Stuhl zu verhandeln und die Rechte der Kirche zu achten“ (Scholder).

Eine Woche nach dem Ermächti-gungsgesetz gab der deutsche katholi-sche Klerus eine Vertrauenserklärung für die Regierung ab, in der er seine früheren Vorbehalte gegen die NSDAP zurücknahm. Grundsätzli-cher Natur scheinen jene Vorbehalte sowieso nicht gewesen zu sein; denn die zuvor noch skeptisch schienen, zi-tiert Deschner als Jubilanten in sei-nem „Festgeläute zum Geburtstag des geliebten Führers“ („FR“, 19.2.79).

Es ist also berechtigt von einem unmittelbaren Interessenzusammen-hang zwischen Ermächtigungsgesetz (23.3.) und Reichskonkordat (20.7.33) zu sprechen. Dieses ent-sprach dann auch grundsätzlich dem italienischen Vorbild: der Staat schützt weitgehend die Rechtsan-sprüche der katholischen Kirche, hier insbesondere der Konfessionsschule; es enthält auch die Entpolitisierungs-klausel.

Weder von Nicht-Anpassung, noch von Anpassung kann hier geredet werden, sondern einzig und allein vom Zusammenspiel gleichgerichte-ter Interessen; denn der katholische Klerus trug wesentlich zur Macht-konsolidierung des Faschismus bei.

Kirchenkommission



... der Antidiktator.



Jede unaukt. aft trotz wir dem

entgegen, indem wir Luther's Bräuche pflagen!

Juden und Kirche im 3. Reich

Abendländische Tradition

„Die heiligen Hostien werden in einen Brunnen geworfen, das Wasser vergiftet. Es sterben viele Christen.“ So konnte man noch vor Jahren neben dem Hochaltar einer katholischen Grabkirche in Deggendorf/Bayern unter den Gemälden zu einer antisemitischen Hetzlegende aus dem Jahre 1337 lesen. Immer wieder wurden im Mittelalter haltlose Beschuldigungen gegen die Juden erhoben (Einschleppung der Pest, Hostien-schändung, Einschmuggeln von Aus-sätzigen, Ritualmorde an Kindern), und immer wieder wurde das „christliche“ Kirchenvolk von seinen Priestern zu antijüdischen Pogromen aufgehetzt. „Juden werden vertrieben oder von Christen erschlagen, mit dem Vorsatze, daß fürderhin die Stadt von ihnen befreit soll bleiben.“ So heißt es dann folgerichtig unter dem Gemälde, das farbenprächtig die „Deggendorfsche Endlösung“ von 1337 glorifiziert. („Stern“, 24.2.77). Abgehängt wurden diese Gemälde nicht 1945, sondern nach Protesten erst 1968.

Das nur als kurzer Hinweis auf den tief verwurzelten Antisemitismus in den „christliche“ Kirchen (weitere kirchengeschichtliche Einzelheiten s. Art. „EKD – Erklärung verschweigt kirchlichen Antisemitismus“ im AK-Extra zum 40. Jahrestag der „Reichskristallnacht“). Der systematische Antisemitismus im 3. Reich ist letztlich nur der Gipfel des traditionellen Antijudaismus des von den „christlichen“ Kirchen entscheidend mitgeprägten gesamten Abendlandes. Im folgenden soll insbesondere an prominenten Stationen der NS-Politik auf das Verhalten der Kirchen zum nationalsozialistischen Antisemitismus eingegangen werden.

Völkisches Vorspiel in Weimar

Die ideologische Entwicklung der Weimarer Republik ist besonders seit Mitte der 20er Jahre durch den zunehmenden Einfluß der völkischen Weltanschauung in allen gesellschaftlichen Bereichen gekennzeichnet. Diese Ideologie hielt weniger in der katholischen, dafür besonders in der evangelischen Kirche Einzug, Grund-idee des völkischen Nationalismus ist die Vorstellung vom deutschen Volk als gottgegebener Ordnung; seine Erhaltung galt als gottgewollte Aufgabe.

Dieser Ansatz, der schon in den Jahren vor 1933 mehrheitlich „evangelische“ Überzeugung war, bestimmte den Ort der Kirche eindeutig innerhalb der antisemitischen Bewegung. Viele Kirchenführer betrachteten es als ihre besondere kirchliche Mitverantwortung, dafür Sorge zu tragen, daß der Antisemitismus sich „nicht in emotionalem Haß, sondern in geordneten rechtlichen Bahnen

völlzog“ (Scholder, Die Kirchen und das 3. Reich, S. 146).

Ausdruck der völkischen Religiosität ist das „Deutschgläubige Bekenntnis“ (Confessio Germanica, 1933), daß in seiner Schreibweise von Christus als „Kristus“ die jüdische Identität Jesu von Nazareth zu leugnen versuchte: „Ich glaube an den Gott der Deutschreligion, der in der Natur, im hohen Menschegeist und in der Kraft seines Volkes wirkt. Und an den Nothelfer Krist, der um die Edelkeit der Menschenseele kämpft. Und an Deutschland, das Bildungsland der neuen Menschheit.“

Kirche deckt antisemitische Pogrome

Zum 1.4.1933 hatte die NSDAP mit übelster Pogromhetze zum Boykott jüdischer Warenhäuser aufgerufen. Aus den Kirchen regte sich kein Protest.

Umgekehrt: in der Woche vor dem Boykott, also als die öffentliche antisemitische Hetze einen ersten Höhepunkt in Deutschland erklomm, arbeiteten offizielle Vertreter der evangelischen Kirchen an einer Beschwichtigung des ausländischen Protestes. Das Exekutivkomitee des 'Federal Council of Churches in America' hatte am 24.3.33 eine Stellungnahme gegen die Judenhetze in Deutschland verabschiedet. In ihr wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, „daß unsere Brüder in den Kirchen jenes großen Landes den gegenwärtigen Antisemitismus innerhalb ihrer Grenzen zurückweisen und bekämpfen werden.“ Die deutsche Kirchenspitze reagierte prompt und entschieden. In einem Protesttelegramm an den amerikanischen Kirchenbund verwahrte man sich gegen „eine Irreführung der öffentlichen Meinung durch irrtümliche Greuelpropaganda.“ Einen Tag später (26.3.33) folgte ein weiteres Telegramm an drei international wichtige kirchliche Adressen in Amerika: „Warne dringend, übertriebenen und erdichteten Berichten über Terror in Deutschland glauben zu schenken.“ Allem Anschein nach waren diese Gegenreaktionen geplant, denn am 26. März fragte Bischof Otto Dibelius in seiner regelmäßigen Sonntagskolonne im Berliner „Tag“, wie komme ein anglikanischer Bischof in Amerika eigentlich dazu, „sich zum Schützer des Judentums in Deutschland aufzuwerfen.“ (s. Scholder, S. 333).

Für und gegen den Arierparagraphen in der Kirche

Wurde der Boykott jüdischer Geschäfte bis auf wenige Proteststimmen (Bonhoeffer) wie selbstverständlich hingeommen und offiziell gedeckt, so regte sich doch Widerstand, als das „Gesetz zur Wieder-

herstellung des Berufsbeamtentums“ (7.4.33) erlassen wurde. Denn es bedrohte kirchliche Amtsträger. Allein dagegen richtete sich der Protest, nicht gegen die Nazi-Gesetzgebung im allgemeinen.

Die spontan sich zusammenschließenden Pfarrbruderschaften und Notbünde (Zentrum Kirchengemeinde Berlin-Dahlem mit Pastor Niemoeller) verpflichteten sich darauf, „daß eine Verletzung des Bekenntnisstandes mit der Anwendung des Arierparagraphen im Raum der Kirche Christi geschaffen ist.“ Der Widerstand war aber keineswegs einheitlich, die Meinungen waren geteilt.

Die preußische Synode z.B. beriet das Gesetz am 4./5. Sept. 1933. Die Gruppe „Evangelium und Kirche“ (Kern der späteren Bekennenden Kirche) verließ den Sitzungssaal nach erfolglosem Protest. Danach wurde das Gesetz angenommen. Es gab eine Reihe von öffentlichen Zustimmungen, z.B. der sächsische Landesbischof Koch: „Dieses Gesetz schafft eine Atmosphäre des Vertrauens zwischen Kirche und Staat. Zur Rechtsgrundlage des neuen Staatsbeamtenrechts gehört die Zugehörigkeit zur arischen Rasse. Diese Zugehörigkeit zur arischen Rasse muß demzufolge auch in das kirchliche Beamtengesetz aufgenommen werden“ (in: Der ungekündigte Bund, S.195). Der innerkirchliche Kampf für und gegen die Übernahme des Arierparagraphen spiegelt sich wider in den wiederholten Erlässen (6.9.33/4.1.34) und Außerkraftsetzungen des Gesetzes 16.11.33/13.4.34) bis zu seiner schließlichen Beschlußfassung (13.4.34).

Daß es dazu gekommen war, ist nicht verwunderlich. Denn das von der obersten Berliner Kirchenbehörde eingeholte Gutachten zum Judenproblem (April 33) unterschied zwischen Staat und Kirche und stellte von daher die Forderung an den Staat, zwischen Juden und Judenchristen zu unterscheiden. Die Kirche ihrerseits werde zum Christentum konvertierende Juden einer besonders gewissenhaften Prüfung unterziehen. Solch eine saubere gesetzliche Lösung biete die Gewähr dafür, „daß die Ausschaltung der Juden als Fremdkörper im Volksleben sich nicht in einer dem christlichen Ethos widersprechenden Weise“ vollziehe (Scholder, S.349). Und wohl auch, weil der Antisemitismus geordnete rechtliche Bahnen anzunehmen versprach, wandte sich Bischof Dibelius (26.3.) gegen den Protest der amerikanischen Kirchen mit dem „Argument“, die deutschen Kirchen intervenierten ja auch nicht in der Negerfrage.

(Fortsetzung folgt)

Die Kirchenkommission



In vielen Zeitungen machten gerade in der letzten Zeit Kirchenbesetzungen Schlagzeilen. Die Besetzer suchten entweder Schutz und Hilfe der Kirche gegen die lebensbedrohende Atomkraft oder gegen die Repression und Kriminalisierung durch den Staat (z.B. der verurteilte Grohnde Demonstrant Eso in der Hamburger Petri-Kirche).

Anhand einiger Beispiele aus der nordelbischen Kirche läßt sich die Stellung der Kirchenleitungen zum Widerstand gegen Atomkraftwerke deutlich aufzeigen:

Spätestens das engagierte Auftreten einiger Pastoren im Talar auf der Brokdorf Demonstration am 13. 11.76 rief die Kirchenleitung auf den Plan: "Lassen Sie mich auch noch ein Wort zu den Pastoren sagen, die dort einen Feldgottesdienst feierten und im Talar auftraten. Man kann das einerseits verstehen; aber andererseits sollte man fragen, ob man hier nicht in einen Orkan hineingeht, indem man auf die Außenstehenden nur so wirkt, daß mokante Gefühle geweckt werden, und daß man vielleicht sogar mißverstanden wird, als wolle man als Kirche Macht gegen Macht organisieren - was ja wohl nicht die Sache der Kirche ist, die von der Macht des Geistes auszugehen hat." (Bischof Wölber, Hamburg, am 17.11.76 in einer Predigt zum Bußtag in St. Nikolai). Hier - wo sich die Kirchenoberen mit erfahrbaren und realen Ängsten weiter Teile der Bevölkerung konfrontiert sieht - antwortet sie mit der Forderung nach Versachlichung:

"Im Streit der Meinungen und Kräfte um Recht oder Unrecht der Errichtung eines neuen Atomkraftwerkes in unserem Bereich, nämlich in Brokdorf, kan die kirchliche Stimme nur darauf ausgerichtet sein, die Versachlichung der Problemdiskussion zu erreichen und Wege nach vorn anzudeuten." (Propsteisynode Münsterdorf im Nov. 76). Oder auch die Kirchenleitung aus Kiel am 2.2.77: *"Eine verbindliche Aussage über Notwendigkeit und Risiko der Kernenergie überschreitet unsere Kompetenz. Die Klärung dieser Frage muß also umso dringender gefordert werden."*

Die Forderung nach Versachlichung ist der Vorwand, hinter dem sich Kirchenleitungen vor bindenden Stellungnahmen verschanzten. Daß diese scheinbar angebotene Gesprächsbereitschaft wirklich nur Vorwand ist, zeigen die weiteren Äußerungen von Bischof Wölber, Hübner und Konsorten: *"Wenn man an das Atomkraftwerk denkt, ist 'dagegen zu sein' zu einfach. Aber von unserer Ungewißheit zu reden und noch einmal darüber nachzudenken, was Wissenschaft und Technik eigentlich bedeuten, da sitzt der Punkt. Wenn es also nur darum geht, dagegen zu sein, dann empfinde ich das Tun der Pastoren als unproportional"*. (Wölber in seiner Bußtagspredigt, s.o.) Die Kirchenleitung in Kiel stellt am 2.2.77 vor der Brokdorf Demonstration ganz klar: *"Das Grundgesetz garantiert das Recht zur friedlichen Demonstration. Da extreme Gruppen aber für den 19. Februar*

77 in Brokdorf massive Gewaltaktionen vorbereitet haben, die beim derartigen stand der Auseinandersetzung zu Blutvergießen führen können, bittet die Kirchenleitung alle Gemeindeglieder, Mitarbeiter und Pastoren, an diesen Demonstrationen am Bauplatz in Brokdorf nicht teilzunehmen. Wir alle haben erfahren, daß das Tragen von Talaren bei solchen Gelegenheiten zu erheblichen Mißdeutungen Anlaß gegeben hat. Darum verpflichten wir alle kirchlichen Mitarbeiter, insbesondere alle Pastoren, sich in der Nachfolge unseres Herren Jesus Christus für die Gewaltlosigkeit aller Aktionen einzusetzen. Die Kirchenleitung bittet dringend alle Verantwortlichen, weitere Schritte zu unternehmen, welche die Aktionen verantwortungsbewußter Bürger gegen die Baustelle in Brokdorf überflüssig machen. Wir brauchen einen neuen Stil in der Klärung so wichtiger Fragen!"

Zuckerbrot und Peitsche

Die dienstliche Bitte, nicht nach Brokdorf zu gehen, skizziert sehr treffend den geforderten neuen Stil. Die Kirchenleitung praktiziert hier nichts anderes, als unter dem Mantel, eine Diskussion 'versachlichen' zu wollen, die Presse- und staatliche Hetze gegen die AKW-Gegner kirchlich zu untermauern und zu festigen: *"Mit Sorge betrachtet der Bischof die Versuche, durch Massenaufrufe und plebiszitäre Maßnahmen die Struktur unserer Demokratie verändern zu wollen."* Daß die Kirchenleitung damit in keiner Weise gewaltfreie Aktionen unterstützen wollte, wurde einer Reihe von kirchlichen Mitarbeitern erst deutlich, als sie in den Auseinandersetzungen um den "Stromzahlungsboykott" von Seiten der Kirchenleitung nicht nur völlig im Stich gelassen wurden, sondern durch die Kündigung ihres Kontos bei der Evangelischen Darlehenskasse in ihrer Arbeit behindert wurden (dieser Name habe nicht auf Propaganda Schriften zu erscheinen!).

Immerhin erreichte die Kirchenleitung mit ihrem Eingreifen, daß Teile der kirchlichen Mitarbeiterschaft am 19.12.77 nicht wie die Mehrheit der Demonstranten nach Brokdorf marschierte, sondern sich der zahlenmäßig weitaus schwächeren Demonstration nach Itzehoe anschlossen, und so die wohl beabsichtigte Spaltung der Bewegung in "militante" und "friedliche" mittrugen. Noch im Nachhinein rühmt der Baufratgeber für Umweltfragen im Nordelbischen Diakonischen Werk,

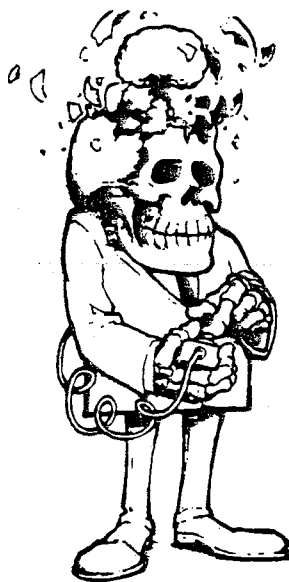
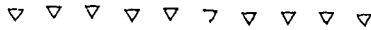
Winfried Hohlfeld, "daß z.B. die letzte große Demonstration gegen das Kernkraftwerk Brokdorf ein Erfolg war (Itzehoe, Anm. Kirchenkommission) - nämlich eine Aufmerksamkeit erregende und zum Nachdenken bewegende Kundgebung, nicht aber ein Emotionen schürender und Lernbereitschaft verbauender Krawall - ist nicht zuletzt kirchlichen Vermittlungsbemühungen zu verdanken."

Wenn auch der Erfolg der Brokdorf Demonstration am Bauplatz am 19.2. deutlich machte, daß der "geistigen Macht" dieser Kirche Grenzen gesetzt sind, so muß doch allein schon der Versuch der Kirchenleitung, die Anti-AKW-Bewegung zu spalten, klar und deutlich gesehen werden. Diese Erfahrung darf nicht vergessen werden, wenn heute Bischof Hübner erneut fordert: "Die Kirche solle im erhitzten Disput über das Für und Wider von Wissenschaft und Technik Anwalt der Vernunft bleiben und sachliche Debatten ermöglichen."

Und dies tat er in Zusammenhang des Harrisburg-Unfalls, der die offensichtliche Menschenfeindlichkeit der Atomanlagen wie wohl noch nie zuvor für jede(n) offenbar werden ließ. Die Aufforderung zur angeblich 'sachlichen' Diskussion steht klar im Dienste derjenigen, die die Gemeingefährlichkeit der Anlagen buchstäblich totschweigen wollen.

Zu einer weiteren Entlarvung dieser kirchlichen Politik führte die Auseinandersetzung um die Besetzung der Hamburger Petri-Kirche im April 79: am 29.3.79 besetzten AKW-Gegner zusammen mit dem verurteilten Grohnde-Demonstranten Eso die Hauptkirche St. Petri in Hamburg, um für Eso vor dem Haftantritt von der Kirche Asyl und Schutz zu fordern. Mochte zwar weder Kirchenvorstand noch die Kirchenleitung angesichts der Katastrophe in Harrisburg diese Besetzung gewaltsam beenden, so versuchten sie doch kirchliche Mitarbeiter, die an der Besetzung teilnahmen bzw sie sich damit solidarisierten, zu 'überreden' und einen 'positiven Einfluß' für die baldige Beendigung der Besetzung auszuüben.

Wenige Tage, nachdem die Demonstranten nach über zweiwöchiger Besetzung die Kirche verlassen hatten, wurde ein kirchliches Ermittlungsverfahren im Vorfelde eines Disziplinarverfahrens gegen alle Pastoren eingeleitet, die an der Besetzung beteiligt waren. (Während übrigens die Pastoren der Petri-Kirche von der Kirchenleitung eine Woche bezahlten Sonderurlaub bekamen!) In der "Nordelbischen Kirchenzeitung" höhnte Dietrich Sattler, Pressesprecher der Nordelbischen Kirche, an-



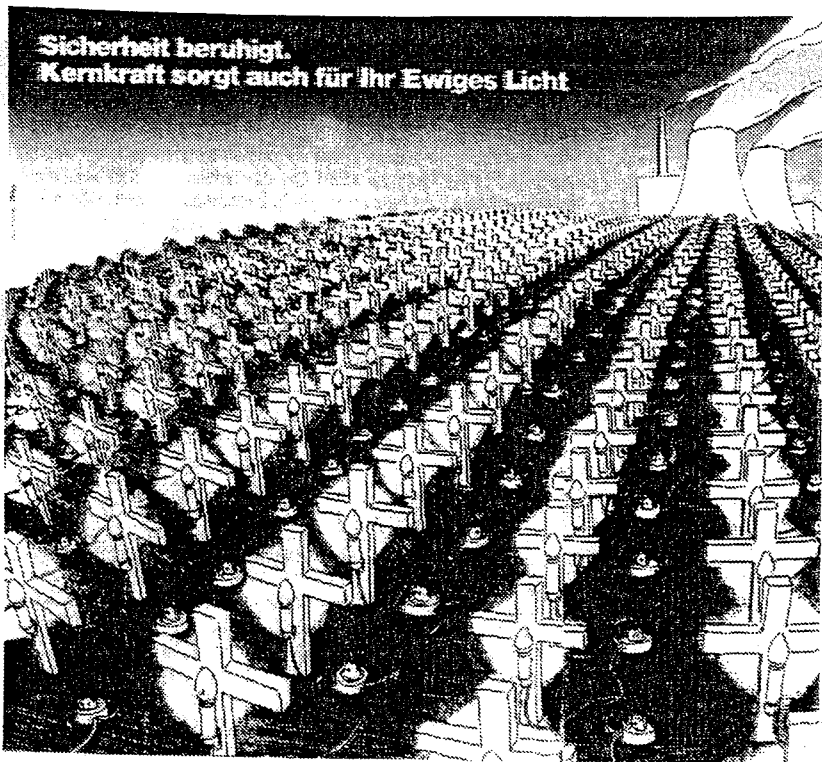
Das Prinzip kirchlichen Vorgehens in der AKW-Frage läßt sich treffend mit 'Zuckerbrot und Peitsche' charakterisieren: sich nach außen scheinbar öffnend und gesprächsbereit gebend verstärkt sie ihre repressiven Maßnahmen gegen diejenigen, die die Kirche mehr an ihren Taten denn an ihren Worten messen und sich ihren Protest weder verbieten noch ihr Recht darauf sich abnehmen lassen.

Daß diese Vorgänge in der Nordelbischen Kirche keine Ausnahme darstellen, werden zahlreiche kirchliche Mitarbeiter anderer Landeskirchen bestätigen können. Zum Vergleich drucken wir hier noch einige kirchliche Stellungnahmen aus dem Kampf gegen das AKW Wyhl ab.

Angesichts des Drucks der Kirchenleitungen auf ihre Bediensteten kann der Einsatz kirchlicher Mitarbeiter in der Anti-AKW-Bewegung gar nicht hoch genug bewertet werden. Gerade dort jedoch, wo sie zusammen mit den Bürgerinitiativen den Widerstand gegen das menschenfeindliche Atomprogramm ausbauen, konnten besonders große Erfolge erzielt werden; v.a. die Demonstration gegen das Gorleben-Projekt am 31.3.79 in Hannover.



ließend über diese Pastoren: *Mangels Distanz wurde ihr Umgang mit ihren Gesinnungsfreunden zur kritischen Kumpanei. Man begeisterte sich am 'Widerstand' und mochte dafür sogar theologische Gründe anführen. Doch nur selten vermag bloßer Widerstand zu überzeugen. Widerstand lebt vom nein. ... es war schon immer die Stärke des pastoralen Dienstes, wenn er der Überzeugungsarbeit mehr zutraute, als der Provokation.*



Telegramm vom 19.2.1975

Herrn Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, Stuttgart

"Die unterzeichneten evangelischen Pfarrer und Mitarbeiter des Bezirks Emmendingen weisen Sie entschieden darauf hin, daß der Protest gegen den Baubeginn für das KKW Wyhl zum großen Teil von Gliedern der Kirchengemeinden des Kaiserstuhls und der Umgebung ausgeht. Wir verwahren uns gegen Ihre Unterstellung, daß die Besetzung des Baugeländes von bundesweit organisierten Extremisten gesteuert sei.

Aus Verantwortung und in Sorge um ihre Raumschaft versuchen Bürger der umliegenden Orte zu verhindern, daß mit der Vorbereitung des Baugeländes irreparabile vollendete Tatsachen geschaffen werden, bevor auch nur der Spruch des Verwaltungsgerichts Freiburg ergangen ist. Schutz der Landschaft und der Gesundheit liegen noch mehr im Interesse der Bevölkerung als eine weitere Steigerung der Energieproduktion."

Gez. 17 Unterschriften von Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern.

Gemeinsamer Brief der katholischen und evangelischen Bischöfe in Baden-Württemberg zu Fragen der Kernenergie (16.2.1977)

An alle Pfarrämter

Nachstehenden Brief bitte ich der Gemeinde in geeigneter Weise bekanntzugeben.

Die Vorgänge in Brokdorf machten wieder einmal sichtbar, wie Gewalt und Gegengewalt sich gegenseitig steigern in einem Teufelskreis, der am Ende Vernunft und Augenmaß vernichtet. Inzwischen gab es auch schon eine erste Demonstration gegen das geplante Kernkraftwerk Neckarwestheim II. Aus Wyhl ist zu hören, daß Gegner des dortigen Projekts neue Aktionen erwägen, falls ihr Einspruch durch das Verwaltungsgericht abgewiesen werden sollte. Angesichts solcher Vorgänge wenden wir uns an unsere Mitarbeiter, insbesondere an die Pfarrer und die Gemeindeglieder. ...

Konzentrieren Sie alle Ihre Kräfte auf friedliche Lösungen der Konflikte! Auf Gewalt ruht kein Segen! Wer Gewalt übt, öffnet dem Chaos Tür und Tor.

Respektieren Sie das Urteil des Gerichts. Wer sich über ein Gerichtsurteil hinwegsetzt, trägt dazu bei, daß an die Stelle der Rechtsordnung die Willkür tritt. Daran darf kein Christ interessiert sein. Wo Sie aus Gewissensgründen widersprechen, muß dies im Rahmen der von der Verfassung gezogenen Grenzen geschehen....

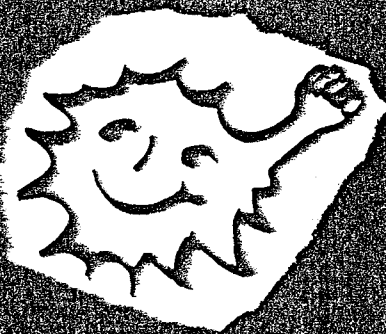
Das Tragen von kirchlicher Amtstracht außerhalb des Gottesdienstes z.B. bei einer Demonstration ist nicht geeignet, Argumente zu verdeutlichen, und gibt erfahrungsgemäß Anlaß zu mancherlei Mißverständnissen. Es muß deshalb unterbleiben. ..."

Landesbischof Dr. Heidland, 2.7.74

Überlegungen zum Bau des Kernkraftwerks in Wyhl

...Die Kirche kann beitragen zu der Versachlichung der Diskussion, indem sie Möglichkeiten der Begegnung und Aussprache anbietet: etwa durch Akademietagungen und regionale Veranstaltungen. Der Konflikt zwischen der betroffenen Bevölkerung und der Wirtschaft muß so ausgetragen werden, daß man gegenseitig die gute Absicht nicht abspricht und einander weder ver-teufelt noch verachtet. ...

Wer die Kernenergie ablehnt, muß bereit sein zu Opfern im privaten Konsum. Zu dieser Bereitschaft könnte die Kirche ermutigen. Besser arm, aber gesund, als reich und krank. ..."



Das bietet keine Tageszeitung

So sehen's unsere Leser.

»Mit dem AK haben wir mit einigem Abstand die beste linke Zeitung. Die Informationen sind selbst für manchen Sozialdemokraten und Liberalen eine unentbehrliche Grundlage seiner politischen Arbeit...«

»...daß ihr auch Stimmen von Lesern dokumentiert, die nicht in allen Punkten Eurer Meinung sind, aber gleichwohl den AK für die wichtigste Zeitschrift der demokratischen Linken halten. ...Ich meine, daß der AK in der vorliegenden Form einfach unersetzbar für diese lernwillige Linke ist.«

»Gerade die Vielfalt der Themen macht den AK so lesenswert, da so man / frau über alle Lebensbereiche das Neueste und Interessanteste erfährt. Durch diese Themenvielfalt ist erst die Informationsmöglichkeit gegeben, die man / frau sonst nicht findet. Eine Informationsmöglichkeit auch über Dinge, die mich persönlich sonst nicht so sehr interessiert...«

»...weil der AK Probleme behandelt, mit denen man sich, „normalerweise“ leider individuell herumschlägt: woher soll man die Zeit für nehmen, was macht man als linker Lehrer usw...«

»Bei Gesprächen über den AK wurde stets positiv der relativ lockere Stil hervorgehoben. Man merkt, daß der AK von Leuten geschrieben wird, die sich nicht ausschließlich mit der Exegese von Klassikertexten beschäftigen, sondern praktisch politisch tätig sind. Dies sollte beibehalten werden.«

»Ich bin für die Beibehaltung des manchmal so schön ironischen und bissigen Stils, das macht den AK z.T. erst lesenswert, weil er dadurch nicht so widerst ist wie manch andere Zeitung!«



Arbeiterkampf

Zeitung des Kommunistischen Bundes; erscheint 14-tägig, 50 - 64 Seiten, DM 2,-

Abonnement

Ein Jahresabo kostet ein Förderabo DM. Lieferung nur gegen Vorauskassa

Freiexemplar

Sie können auch ein Freiexemplar anfordern oder AK's zu bestimmten Themen anfordern.

Ankreuzen und ausschneiden:

Ich bestelle Arbeiterkampf: halbjährlich -- DM 27,50
jährlich -- DM 55,-

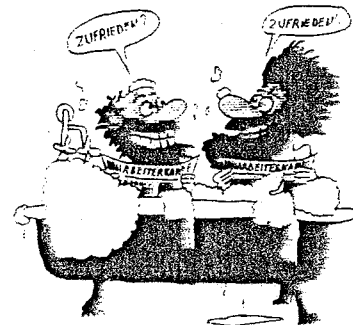
Freiexemplar: AK zum Thema:

Anschrift:

Datum:

Vorkasse: PSchA: Hamburg BLZ 20 100 21 Kto. 2405 95 20
Unterschrift: J. Keentz, Dresdener Bank AG Hamburg BLZ 203 800 0 Kto. 45 10 37 f

J. Keentz Verlag, Inchenstr. 25, 2000 Hamburg 50



Kirche in Südafrika und EKD

Als im Oktober 77 das faschistische Regime Südafrikas in einem wütenden Schlag die verbliebenen Anti-Apartheid-Organisationen verbot, waren auch kirchliche Institutionen und Gruppierungen darunter.

Das weltweit bekannte Christliche Institut, das sich gegen die Rasediskriminierung einsetzte, wurde geschlossen und ihre Mitarbeiter Beyers-Naudé, Theo Kotze u.a. mit dem Bann belegt.

Was das bedeutet, beschreibt der Direktor des Evangelischen Missionswerkes Dr. Martin Lehmann-Habek in einem Interview („FR“, 7.1.78): „Es ist erschütternd zu sehen, wie Menschen in ihren Lebensäußerungen und ihren Entfaltungsmöglichkeiten bis auf ein Minimum eingeschränkt sind. Sie dürfen nicht gleichzeitig mit zwei Familienmitgliedern an einem Tisch sitzen,... Zu einer anderen gebannten Person dürfen sie keinerlei Verbindung aufnehmen, sie dürfen fünf Jahre lang den Stadtbezirk nicht verlassen,... keine Versammlungen besuchen, nicht schreiben und publizieren; keinen auch nur irgendwie gearteten erzieherischen Einfluß ausüben... Dabei sind sie sich bewußt, daß jedes Wort, das sie sprechen, ebenso überwacht wird, wie jeder Schritt, den sie tun.“ Das Christliche Institut wurde bisher von der westdeutschen Ev. Kirche unterstützt, im Gegensatz zum „Anti-Rassismus-Pro-

gramm“ des Ökumenischen Rates der Kirchen, da letzteres u.a. Befreiungsbewegungen in Südafrika fördere. Die EKD schob die Unterstützung des Christlichen Institutes gern als Feigenblatt vor – nun ist das nicht mehr möglich. Trotzdem gab es nur lauen Protest. Während der Ökumenische Rat der Kirchen seine 293 Mitgliedskirchen aufforderte, ihren Einfluß auf die jeweiligen Landesregierungen geltend zu machen, um das faschistische Regime zu verurteilen, rief die EKD ihre Gläubigen in der BRD nur auf „für die Leidenden zu beten“. Von einem Druck auf die Bundesregierung wurde nichts bekannt.

Die Angriffe auf Gegner der Apartheid in Südafrika verschärfen sich zusehends. So warnte eine faschistische, bewaffnete Organisation die Redaktion der vom Südafrikanischen Kirchenrat herausgegebenen Zeitung „The Voice“, das Blatt zu zerschlagen, wenn es nicht bis zum 31.12.77 verboten wird.

Ähnliche Drohungen gingen an schwarze und weiße Pastoren im Lande („FR“, 28.12.77). Aufgrund dieser Situation hat eine Arbeitsgruppe des Büros zur Bekämpfung des Rassismus des ÖRK ein Papier erarbeitet, das allen Gliedkirchen zugesandt wurde.

In diesem Papier wird der Kampf gegen Apartheid als „gerechte Rebel-

lion“ bezeichnet. Das Papier mit dem Titel „Südafrikas Hoffnung – was ist der Preis jetzt?“ gibt eine Übersicht über die wichtigsten faschistischen Gesetze seit 1960 und widmet sich ausführlich der Frage des „gerechten Kampfes“.

Im Februar 78 sind neue Gesetze vorgesehen, die auch die Arbeit der Kirchen weiter einschränken (Registrierung kirchlicher Mitarbeiter, Kontrolle der Finanzen u.ä.). Angesichts dieser sich verschärfenden Situation kommt das Papier zu dem Schluß, „daß die Opposition gegen Apartheid in wachsendem Maße nicht nur illegal, sondern auch gleichermaßen zunehmend mit Gewalt vorgeht.“

Das Dokument zieht einen Vergleich mit den Widerstandsgruppen gegen die Nazis, „deren Kampf heute ebenfalls als gerecht anerkannt sei.“ Was die Kirchenführungen der BRD angeht, so ist die letzte Aussage zumindest zu bezweifeln. Kein Zweifel herrscht jedoch, daß alle Demokraten innerhalb und außerhalb der Kirchen dafür eintreten müssen, daß solche Positionen, wie die der Arbeitsgemeinschaft des ÖRK, auch in der BRD in weiten Kreisen verbreitet werden. In die Gemeinden jedenfalls ist dieses Papier noch nicht vorgedrungen.

Kirchen-Kommission

EKD: Rechtsaußen im Weltkirchenrat

Im Sommer vergangenen Jahres gründete der Weltkirchenrat, der Zusammenschluß der meisten nichtkatholischen christlichen Kirchen, eine ökumenische Entwicklungsgenossenschaft. Dieses Projekt sieht einen Fonds vor, an dem sich alle Mitgliedskirchen entsprechend ihrer Größe und ihrem Vermögen beteiligen sollen. Mit dem Geld sollen „Basisgruppen und -organisationen“ gefördert werden, die sich für „soziale Gerechtigkeit, Selbstverantwortung und wirtschaftliches Wohlergehen einsetzen.“

Profite sind von derartigen Investitionen kaum zu erwarten. Deshalb will sich die EKD (Evangelische Kirche Deutschlands) an diesem Vorhaben nicht beteiligen. Claus-Jürgen Röpke aus der Kirchenkanzlei Hannover sieht das Problem so: „... die beiden Ziele sind nicht leicht miteinander zu verbinden: Den Ärmsten der Armen zu helfen und für das dafür aufgewendete Geld eine gute Verzinsung zu erreichen. Je günstiger die Darlehen für die Entwicklungsländer, desto geringer die Verzinsung für die Kirchen“ („FR“, 27.12.77). Wegen solcher „finanzpolitischer Bedenken“ ziehen die westdeutschen lutherischen Kirchenfürsten es vor, auf eine Rolle als „Helfer der Armen“ zu ver-

zichten. Die EKD „wird nun erst einmal beobachten, wie sich die Entwicklungsgenossenschaft entwickelt“ („FR“, 27.12.).

Das offene Eingeständnis kapitalistischer Eigeninteressen kommt zutage, wo theologische Gründe für das Verhalten der Kirche nicht mehr vorgeschoben werden können. Denn „theologische“ Bedenken sollten den Vorbehalt der reichen Kirchen Westdeutschlands gegenüber einem anderen Sonderfonds des Weltkirchenrats rechtfertigen: Die EKD beteiligt sich nicht am „Sonderfonds zur Bekämpfung des Rassismus“, weil seine Gelder auch militanten Befreiungsorganisationen (z.B. SWAPO) zufließen und ihre Verwendung für „rein humanitäre“ Zwecke nicht gewährleistet erscheine ...

Zweifellos sind die wirklichen Motive politischer Natur. Die EKD – Rechtsaußen im Weltkirchenrat – befürchtet, in den Geruch der Unterstützung von revolutionärer Gewalt und in die Gegnerschaft zum weißen Rassismus zu geraten. In einem Arbeitsbericht des Weltkirchenrates zum Sonderfonds heißt es z.B.: „Das Programm zur Bekämpfung des Rassismus sollte den weißen Rassismus jedoch weiterhin mit Vorrang behandeln, weil die wirtschaftliche, politi-

sche und militärische Macht überwiegend in den Händen der Weißen liegt und dem weißen Rassismus deshalb Macht verleiht.“ Solcherart Parteilichkeit paßt dem westdeutschen Klerus offensichtlich nicht ins politische Konzept.

Seine Vertreter enthielten sich außerdem sogar der Stimme, als die Vollversammlung des Weltkirchenrates 1975 in Nairobi eine Erklärung gegen die „nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika“ mehrheitlich verabschiedete. Diese Erklärung „bringt ihre tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß gewisse Regierungen und multinationale Gesellschaften im Begriff stehen, sich an der Finanzierung und dem Bau von Atomkraftwerken in Südafrika zu beteiligen“. Die KWU, Siemens und AEG werden dann neben anderen amerikanischen und europäischen Großkonzernen genannt. Der Weltkirchenrat befürchtet: „Die westliche Wirtschaft und Industrie werden sich auf diese Weise noch direkter an der Ausweitung eines Systems beteiligen, das der Mehrheit der Bevölkerung die Aussicht oder das Recht auf persönliche, soziale und politische Freiheit verweigert“. Die nationalen Kirchen werden aufgerufen „die beteiligten Unternehmen und Regierungen aufzufordern,

ihre Politik anhand von Überlegungen zu revidieren, die über die kommerziellen und wirtschaftlichen Kriterien hinausgehen". Selbst dieser Appell ging dem westdeutschen Klerus zu weit.

„Nur ein starker Staat kann ein liberaler Staat sein“. Diesen politischen Grundsatz gab die EKD anläß-

lich der Entführung von H.M.Schleyer heraus. In Kraft ist er allerdings schon wesentlich länger. Durchgesetzt hat er sich nach dem 2.Weltkrieg in den Auseinandersetzungen um die Wiederaufrüstung und den Militärseelsorgevertrag (1957), und aktuell in der kirchenbehördlichen Liquidierung der Evangelischen Studentengemeinden (s. AK 120).

Widerspruch gegen die klerikale Reaktion erklärten in Darmstadt im Oktober 1977 ca. 800 versammelte oppositionelle Christen. In ihrer Abschlußerklärung wandten sie sich gegen „die Verflechtung der Kirchen in den weltweiten Militarismus“ („FR“, 10.10.77).

Kirchen-Kommission

„Südafrika — Hoffnung um welchen Preis?“

Im AK 121 berichteten wir über ein Papier des Ökumenischen Rates der Kirchen zum Thema „Südafrika — Hoffnung um welchen Preis“. Da dieses Papier zum einen insbesondere von den westdeutschen Kirchen heftig kritisiert wird, zum ande-

ren schwer zugänglich gemacht wird, wollen wir hier im ARBEITERKAMPF erst einmal unkommentiert wesentliche Teile des Papiers zur Kenntnis geben. Entnommen wurden diese Auszüge den „Informationen über Weltkonflikte“ Nr. 3.:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Regierung keinesfalls ihre Zustimmung zu einem auf dem Verhandlungswege vorbereiteten friedlichen Abbau der Rassentrennung geben wird, sondern daß sie vielmehr fest entschlossen ist, diese mit allen Mitteln (sprich: Gewalt) beizubehalten. Dies bedeutet, daß Widerstand gegen die Apartheid mit immer größerer Wahrscheinlichkeit nicht nur illegal, sondern auch gewaltsam sein wird.

In diesem Zusammenhang sollten wir uns daran erinnern, daß Christen in bezug auf Gewalt mitunter zwischen ihrer Person und ihrem Amt unterschieden haben. Demzufolge besteht vielleicht ein wichtiger Unterschied zwischen Gewalt zur Selbsterhaltung und Gewalt zum Schutze anderer.

Diese Weigerung, diejenigen zu richten, die glauben, daß sie keine andere Wahl mehr haben, als auf repressive Gewalt mit gewaltsamer Auflehnung zu antworten, spiegelt sich im Programm zur Bekämpfung des Rassismus durch die Vergabe von Zuwendungen wider, die aus dem Sonderfonds an eine Reihe von Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika vergeben werden;

Diejenigen, die die Legitimität des sich ausbreitenden Kampfes zur Beendigung der Apartheid anzweifeln, sollte man vielleicht daran erinnern, daß es sich um den Kampf einer historisch gewaltlosen Mehrheit gegen eine entschlossen mit Gewalt vorgehende Minderheit handelt. Die schwarze Revolution in Südafrika mit dem gegenwärtigen Terrorismus in Europa zu vergleichen, wie es die Vorster-Regierung tut, ist reine Demagogie, denn Terroristen sind eine Minderheit, die mit Gewalt gegen Regierungen vorgeht, die eine friedliche Opposition durchaus zulassen. Wir bezeichnen zum Beispiel die westeuropäischen Widerstandskämpfer, die mit Gewalt gegen ihre Nazi-Unterdrücker vorgegangen sind, nicht als Terroristen, weil wir ihre Sache als gerecht und ihre Methoden als diszipliniert ansehen.

Auf der Grundlage ebendieser Argumente fordern die Schwarzen in Südafrika uns heute auf, ihren Kampf als gerechten Widerstand anzuerkennen.

Diejenigen, die außerhalb Südafrikas leben und die das Ende der Apartheid herbeiwünschen, haben die Wahl: sie können sich entscheiden, ob sie etwas tun wollen oder nicht. Wenn sie sich entscheiden, nichts zu tun, dann unterstützen sie die Häresie jener südafrikanischen Kirchen und Christen, die behaupten, Apartheid sei mit dem Evangelium vereinbar. Sie unterstützen ferner die Einstellung der westlichen Industriestaaten, für die Profite wichtiger sind als Gerechtigkeit. Und durch ihre Passivität läßt man sie den gerechten Kampf der Unterdrückten.

So bleiben ihnen heute noch drei Möglichkeiten zu handeln:

○ indem sie diejenigen, die gezwungen sind zu flüchten, in jeder Hinsicht unterstützen (und das heißt auch, für entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten sorgen);

○ indem sie sich für die Unterstützung all derer einsetzen, die innerhalb Südafrikas für die Befreiung arbeiten; und

○ indem sie, wann immer dies möglich ist, darauf hinarbeiten, daß Südafrika keinerlei Unterstützung aus dem Ausland — durch wirtschaftliche und militärische sowie kulturelle und politische Zusammenarbeit — mehr erhält.

Erinnern wir uns daran: Christen sind Menschen, die es wagen, in einer Welt der Verzweiflung von Hoffnung zu sprechen. Der Kampf in Südafrika fordert uns heute mehr denn je dazu heraus, auszusprechen, was wir mit dieser Hoffnung meinen, und mitzuheilen, den Preis für diese Hoffnung zu zahlen.

Solange der Widerstand der Schwarzen gegen ihre Unterdrücker nicht offen ausgebrochen war, hat die Kirche in der BRD zum Rassismus kaum Stellung genommen und nicht angeprangert, daß weiße Kirchen in aller Offenheit die Apartheidpolitik gestützt haben. Ende der sechziger Jahre hat sich dann der Weltkirchenrat aufgrund massiver Forderungen schwarzer Christen ausführlich mit der Situation im südlichen Afrika beschäftigt, Analysen und Dokumente vorgelegt und schließlich das „Antirassismusprogramm“ verabschiedet, in dem vorgesehen ist, neben vielen humanitären Projekten auch die militant kämpfende Befreiungsbewegung zu unterstützen, ohne Auflagen für die Verwendung der zugewiesenen Gelder. In der BRD ist dieses Programm von vielen fortschrittlichen Christen außerordentlich begrüßt worden. Die Kirchenführungen der meisten Landeskirchen der BRD haben sich jedoch geweigert, Gelder für das Antirassismusprogramm zur Verfügung zu stellen. Dennoch kamen die meisten Gelder für das Programm aus der BRD — aus privaten Spenden.

Die Reaktion des Rates der EKD auf das neue Papier zur Situation in Afrika zeigt, daß die Auseinandersetzungen Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre längst in Vergessenheit geraten sind (natürlich nicht unbewußt). Es werden zu dem Papier des Weltkirchenrates Fragen gestellt, die selbst die „Frankfurter Rundschau“ „peinlich“ findet; es sind Fragen danach:

- ob das Papier auch wirklich legitimiert ist
- ob es mit den Kirchen in Südafrika abgesprochen ist,
- ob die politische Lagebeurteilung auch zutreffend ist,
- ob der Vergleich der Berechtigung des Befreiungskampfes in Südafrika mit dem des Widerstandes gegen den Hitlerfaschismus denn möglich sei,
- ob man denn „für eine gerechte Sache“ kämpfen dürfe,
- ob man von gerechter Rebellion sprechen dürfe, wo doch die meisten Theologen die Formulierung „gerechter Krieg“ ablehnen.

Kirchenkommission

Evangelische Kirche Deutschlands: Versöhnung, aber nicht Befreiung!

Der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) hatte nichts eiligeres zu tun, als sich von diesem Papier zu distanzieren. „Wir hoffen, daß es gelingt, die Vertrauenskrise, die durch den unverantwortlichen Versand des Papiers eingetreten ist, aufzufangen und sicherzustellen, daß Fehlleistungen dieser Art sich nicht wiederholen“ (zitiert nach „FR“, 14.3.78). Heuchlerisch wird behauptet, daß die Distanzierung gerade wegen der Betroffenheit über die Verschärfung der Lage im südlichen Afrika vorgenommen werde. Die EKD sei bemüht, alles, was ihr legitim erscheint, um in der Republik Südafrika Menschenrechte und Menschenwürde zur Geltung zu verhelfen“

(nach „FR“).

Wirkliche Befreiung aus der Jahrhunderte alten Knechtschaft hält die EKD nicht für „legitim“. Sie hofft auf Versöhnung zwischen Schwarzen und Weißen ohne Veränderung der Machtverhältnisse: „Macht die Faust auf“ war vor einigen Jahren das Motto gegen die Apartheidpolitik der BRD-Kirche: damit sollte die Friedhofsruhe wiederhergestellt werden.



Anfang vom Ende des kirchlichen Antirassismusfonds?

Trotz der in den letzten Wochen heftigen Stimmen gegen die Vergabe von Geld aus dem Sonderfonds des Antirassismusprogramms an afrikanische Befreiungsbewegungen (Patriotische Front, SWAPO) hält der Weltkirchenrat an solch einer Geldvergabe fest. Diesen Beschluß faßte der Anfang Januar in Jamaika tagende Zentralausschuß des Weltkirchenrates: der Sonderfonds bleibt erhalten, aber im Unterschied zu bisher wird er nur noch aus zweckgebundenen Spenden finanziert werden. Dafür hatten sich die Vertreter der EKD eingesetzt. An seinem Umfang wird sich dadurch vermutlich noch nichts ändern (1,24 Mio. DM), aber der Sonderfonds ist ab nun rechtlich gesehen nicht mehr Teil des ordentlichen Haushaltes des Weltkirchenrates. Das wird Konsequenzen haben, wenn die Spenden mit Zielangabe ausbleiben. Ein Ausgleich über andere Haushaltstitel wird nicht möglich sein.

In den vergangenen Monaten war von mehreren Seiten in der EKD der Austritt aus dem Weltkirchenrat angekündigt, angedroht oder empfohlen worden.

Als erste ließ die evg. Landeskirche Schaumburg-Lippe ihre Mitgliedschaft im Rat ruhen (AK 141). Die Synode der württembg. Landeskirche beriet im Herbst 78 einen entsprechenden Antrag der fromm-reaktionären „Lebendigen Gemeinde“. Der Gnadauer Verband, die 3.000 Mitglieder zählende ebenso fromme und größte evg. Laienbewegung, forderte den Austritt der EKD aus dem Weltkirchenrat. Auch andere europäische Kirchenvertreter hatten zum Austritt aufgerufen. So die presbyterianische Kirche Irlands, die norwegische Mission und der schweizerische protestantische Kirchenbund (Flensburger Tageblatt, 14.10.78).

Diese Stimmen kamen der konservativen EKD-Führung sicher nicht ungelegen. So machten sich auch der Rat und die Kirchenkonferenz der EKD in einem Kommuniqué dafür stark, den Sonderfonds des Antirassismusprogramms zu liquidieren oder sicherzustellen, daß „jegliche Mitverantwortung der EKD und ihrer Gliedkirchen ausgeschlossen bleibt.“ (Flensburger Tageblatt, 25.10.78).

Die Entscheidung von Jamaika ist ein Schritt in diese Richtung. Die haushaltsrechtliche Abtrennung des Sonderfonds bedeutet für die klerikale Reaktion auch einen politischen Erfolg, weil die bisherige Geldvergabepraxis des Weltkirchenrates als eine eindeutige Stellungnahme „für Nkomo und gegen Muzorewa“ (FAZ, 11.11.78) gesehen werden muß.

Die Worte von B.C. Sjollema, dem Direktor des Programms zur Bekämpfung des Rassismus, bestätigen dies:

„Die Spende an die Patriotische Front ist zu sehen einmal als Protest gegen das Interne Abkommen, das nicht wirkt, und zweitens als eine ganz deutliche Stellungnahme für die Unterstützung der Opfer dieses Krieges, der durch Herrn Smith und seine Sicherheitstruppen gegen die Rhodesier geführt wird... wir haben Informationen, die uns den Eindruck geben, daß auch die Morde an den Missionaren während der letzten Monate die Arbeit der sogenannten Selous Scout sind, also der Sicherheitstruppen von Smith, daß es schwarze Soldaten sind, die in Uniformen der Guerillas gekleidet die Menschen töten, ermorden, und immer dafür sorgen, daß eine Person übrigbleibt, um die Geschichte zu erzählen. Und dann wird sofort die internationale und nationale Presse von Salisbury an Ort und Stelle hingeflogen mit Hubschraubern, und dann kann jemand darüber erzählen, wie schrecklich es war... Aber das war ein sehr fauler Plan der weißen Minderheitsregierung, die versucht, die Guerillas in ein schlechtes Licht zu bringen.“ (Zeitschrift „Der Überblick“).

Vor diesem Hintergrund und entsprechend dieser Zielsetzung wurden die westlichen Kirchen auf der Konferenz in Jamaika heftig kritisiert. Aaron Tolen (Kamerun) warf den Kritikern des Antirassismusprogramms Heuchelei vor, da sie gleichzeitig die militärische Unterstützung der RSA durch ihre jeweiligen Regierung stillschweigend duldeten (FR, 11.1.79). Der kenianische Bischof Okullu nannte die Kritik am Sonderfonds rassistisch („FAZ“, 13.1.79).

Schon in seinem Rechenschaftsbericht zu Beginn der Konferenz hatte der Generalsekretär des Weltkir-

chenrates, Philip Potter, in ähnliche Richtung argumentiert:

„Offensichtlich ist es leichter, die institutionelle Gewalt rassistischer Regime hinzunehmen, die sich als Wahrer der christlichen Zivilisation ausgeben und die durch Investitionen und militärische Unterstützung aus dem Ausland an der Macht gehalten werden. Schwerer dagegen fällt es zu verstehen, warum die Unterdrückten, denen man jegliche gewaltfreie Möglichkeit, für ihre Befreiung zu arbeiten, genommen und die man gezwungen hat, als letztes Mittel zu den Waffen zu greifen, in ihrem Kampf Gewalt anwenden... Drei Mitgliedskirchen haben ihre Mitgliedschaft suspendiert. Viele Kirschsensynoden haben über das Problem debattiert, wobei hier auch vermerkt werden sollte, daß diese Debatte hauptsächlich in bestimmten westlichen Ländern stattgefunden hat, die durch ihre Unterstützung am meisten zur Erhaltung der rassistischen Systeme im südlichen Afrika beitragen.“ (DAS, 28.1.79).

Gemäß einem Vorschlag von Philip Potter wollen die kirchlichen Kontrahenten zukünftig im Gespräch bleiben und einen Beratungsprozeß über die Mitwirkung der Kirchen am Kampf gegen den Rassismus in den 80er Jahren einleiten. Zusätzlich beschlossen die Delegierten mit 140 gegen eine Stimme, die Kirchen sollten kritisch untersuchen, „in welchem Maße ihre Länder im südlichen Afrika wirtschaftlich aktiv sind und Militärhilfe leisten und die Ergebnisse der Öffentlichkeit bekanntmachen.“ (FR, 11.1.79). Sogar die Vertreter der EKD stimmten hier zu, mit Ausnahme des Bischofs der Nordelbischen Kirche F. Hübner (Kiel), der sich enthielt. Es bleibt abzuwarten, ob und wie die EKD diesen Beschluß umsetzt.

Ermutigend ist, daß es den teutonischen Klerikalen nicht gelungen ist, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Trotzdem: die Loslösung des Sonderfonds aus dem ordentlichen Haushalt des Weltkirchenrates ist ein Schritt in ihre Richtung, und es muß mit weiteren Vorstößen zur Liquidierung dieses gerechnet werden.

Kirchenkommission



250.000 DM vom Weltkirchenrat für die SWAPO

Aus dem Sonderfonds des Weltkirchenrates zur Bekämpfung des Rassismus in der Welt wird 1979 die SWAPO 125.000 Dollar erhalten. Damit bekommt die SWAPO (Namibia) den größten Einzelbetrag, den das zuständige Exekutivkomitee für 1979 zu vergeben hat (insgesamt 435.000 Dollar an 29 Gruppen in zwölf Ländern). Vor ungefähr zehn Jahren ist dieser Sonderfonds des Weltkirchenrates auf massiven Druck vor allem afrikanischer Christen eingerichtet worden; danach werden Befreiungsbewegungen in den Ländern der dritten Welt unterstützt und eine Teilsumme ist nicht an bestimmte Projekte gebunden.

In diesem Jahr wurde durch den Sonderfonds des Weltkirchenrates besonders die „Patriotische Front“ in Zimbabwe unterstützt. Dagegen hat sich der Rat der evangelischen Kirche Deutschlands massiv zur Wehr gesetzt, obwohl er den Sonderfond nicht finanziell fördert. „Gegen eine theologische oder ideologische Rechtfertigung der gegenwärtigen

Verhältnisse in Südafrika hat sich der Rat der Evangelischen Kirchen Deutschlands (EKD) ausgesprochen. Ebenso lehnt er jedoch eine theologische Rechtfertigung des bewaffneten Kampfes zur Änderung dieser Zustände ab“ („FR“, 22.9.78). Die Möglichkeiten, die der Rat der EKD sieht, sind folgende: „Der Rat kündigt an ... daß er sich erneut an Unternehmer und Gewerkschaften wenden und sie auffordern werde, konkrete Schritte zur Überwindung der Rassendiskriminierung in ihrem Verantwortungsbereich zu tun“ (ebenda).

Es ist begrüßenswert, daß sich der Weltkirchenrat durch die Pöbeleien der BRD-Kirche nicht beirren läßt in seinem Bemühen, den Rassismus im südlichen Afrika zu bekämpfen. Der Westberliner Theologe Helmut Gollwitzer schreibt in seiner Kritik am Rat der EKD: „Wo in Afrika weiße Herrschaft besteht, ist sie durch kriegerische Unterwerfung entstanden, aufrechterhalten und ausgedehnt worden. Der Krieg zwischen den weißen Eroberern und den schwarzen Stäm-

men reicht bis in unser Jahrhundert hinein. Auf der weißen Seite, erst recht in Europa, ist dies aus dem Bewußtsein verdrängt; hier herrschte das ideologische Interesse, der Kolonialherrschaft so rasch wie möglich den moralischen von Römer 13 (jedermann sei untertan der Obrigkeit ... — Anm. AK) gedeckten Anspruch der Obrigkeit zu verschaffen. Auf der schwarzen Seite aber ist, auch unter der Decke der äußeren Anerkennung der weißen 'Obrigkeit', die Erinnerung an die vergangenen Schlachten gegen die Weißen lebendig, und aus ihr speist sich das Bewußtsein zum Recht des Widerstandes.

Daraus folgt: Gerade nicht die Kategorie der 'gerechten Auflehnung', sondern durchaus noch die Kategorie des 'gerechten Krieges' ist die zuständige Kategorie für das Gewaltproblem im südlichen Afrika“ (nach „Junge Kirche“ 9/78).

Kirchenkommission



heit und Macht fordern Demonstranten der farbigen Unabhängigkeitsbewegung »Swapo« auf der Kaiserstraße in Windhuk. große Polizei-Aufgebot hält sich zurück, denn in Namibia erzwingt die Weltmeinung mehr Toleranz als in Südafrika

„Brot für die Welt“ — Hilfe für wen?

Auf eine Karikatur des Zeichners Hicks (früher „Völkischer Beobachter“) in der „Welt“ reagierten Kirchenführer und höhere Kirchenfreunde mit schwerem Geschütz:

„Dolchstoß“, „journalistisch und menschlich katastrophal“, „Empörung und Entsetzen“, „üble Verleumdung“, „die wohl wahrheitsverfälschendste Zeichnung“, „bewußte Diffamierung“ etc., selbst die SPD-Bürgerschaftsfraktion „protestiert schärfstens“ und Marie Schlei vermutet, daß in der „Welt“ „Leserbriefe gelegentlich nicht abgedruckt werden“ (Dokumentation des Diakonischen Werkes).

Hicks hatte einen Backofen gezeichnet, in den Brote reingeschoben werden und aus dem Gewehre wieder rauskommen; auf dem Ofen steht: „Brot für die Welt“. Nun wird befürchtet, daß mit dieser Zeichnung die ehrenwerte, humanitäre Hilfe leistenden kirchlichen Sammlungsorganisationen in den Geruch eines Waffenlieferanten kommen. Der Hamburger Bischof Wölber, der Hicks verleumdung von „Brot für die Welt“ „mit Entschiedenheit“ zurückweist, gibt der „Welt“ gleich den Tip, wer der richtige Adressat sei: „...journalistisch katastrophal, weil ganz offensichtlich eine Verwechslung mit dem Sonderfond des Antirassismus-Programms stattfindet“ („Welt“, 13.12.78).. Die Gelder des Sonderfond werden zum großen Teil für humanitäre Zwecke vergeben (siehe nebenstehenden Bericht)..

Die „Anregung“ für die Karikatur hatte Hicks der Veröffentlichung eines Geheimberichtes des BND-Chefs Wessel über Beteiligung des BND an Waffenlieferungen in „Krisenherde“ Mitte der sechziger Jahre zu verdanken. In diesem Bericht, der Waffenlieferungen aus Bundeswehrbeständen an Rhodesien, Südafrika, Griechenland, Jordanien enthüllt, wird im Zusammenhang ebenfalls an Nigeria erfolgreicher Waffenlieferungen auf kirchliche Hilfsorganisationen hingewiesen: „Ob auch entsprechend mit Biafra geführte Verhandlungen, wobei auch die Finanzierungsmöglichkeit aus den auf einer Schweizer Bank liegenden Spenden von ‚Misereor‘ und ‚Brot für die Welt‘ besprochen worden sein sollen, Lieferungen in dieses Gebiet erfolgten, ist aus den vorliegenden Unterlagen nicht ersichtlich“ („Spiegel“ 51/78).

Das „Diakonische Werk e.V.“, Träger der evangelischen Hilfsaktion beschränkt sich darauf zu beteuern, es habe keine Schweizer Bankverbindungen und sich niemals an Waffengeschäften beteiligt. Laut „Spiegel“ hat es 1968 sowohl bei „Misereor“ (kath.) als auch bei „Brot für die Welt“ von nicht mehr feststellbaren Personen die Anfrage nach „Ausweitung“ der Hilfe über die Lebensmittelversorgung

hinaus und nach Einrichtung eines besonderen Schweizer Kontos gegeben — beides sei abgelehnt worden. Der BND hat aber nach dem Geheimbericht von Wessel mit Biafra über Waffenlieferungen verhandelt.

Die katholische Hilfsorganisation „Caritas Internationalis“ hat mit ziemlicher Sicherheit eine Mischung von Lebensmittel- und Waffenlieferungen unter der Schirmherrschaft ihres inzwischen verstorbenen Generalsekretär Bayer vorgenommen. Eine enge Mitarbeiterin von Bayer sagte, „die Caritas habe nicht nur Hilfsgüter und Geld, sondern auch Waffen an Biafra geliefert. Ich habe die Kisten selbst gesehen“ („Spiegel“ 51/78). Bayer, der nach dem Sieg der nigerianischen Zentralregierung auf Geheiß der Kurie 1970 „wegen ‚gewisser Eigenmächtigkeiten in der Biafra-Hilfe‘“ („Spiegel“) seinen Posten verlassen mußte, begründete später seine Verbindung von Waffen- und Lebensmittellieferungen: „Aber ich sah nur zwei Möglichkeiten: Entweder in der Weise zu helfen, wie ich es tat, oder überhaupt nicht zu helfen. Ich entschloß mich in der Weise zu helfen, wie ich es tat“ („Spiegel“).

Die mörderischen Auseinandersetzungen zwischen Biafra und der nigerianischen Zentralregierung lagen hauptsächlich im Interesse der Imperialisten und der UdSSR, die um ihren Einfluß in dieser bodenschatzreichen Region bemüht waren; deswegen versorgten sie beide Seiten mit Waffen (wie z.B. auch die BRD über den BND). Die Lieferungen an Biafra mußten als Versorgungsflüge getarnt werden, die z.T. von der Zentralregierung verhindert wurden, weil sie um die Bewandnis dieser „Lebensmittel“ wußte.

„Der amerikanische Luftreeder Hank Wharton, der die Bevölkerung von Biafra über eine Luftbrücke mit Waffen und Lebensmitteln versorgt, hat am Dienstag in Zürich erklärt, er könne pro Stunde ein bis zwei Flugzeuge seiner Luftflotte von der spanischen Insel Fernando Po mit Nahrungsmitteln und Medikamenten starten lassen, falls die Regierung in Lagos (Zentralregierung von Nigeria) Flüge bei Tage erlauben sollte“ („Neue Zürcher Zeitung“, 18.7.68, Hervorhebung im Original).

„Der aus Deutschland stammende Wharton hält sich gegenwärtig in Zürich auf, um mit zwei deutschen kirchlichen Hilfsorganisationen über eine finanzielle Beteiligung an der Vergrößerung seiner Luftflotte unter der Bedingung zu verhandeln, daß diese Maschinen nur für Hilfsflüge eingesetzt werden.“

Wharton hat seit März allein für die katholische Caritas über 30 Flugzeugladungen nach Biafra (laut „Spiegel“ 51/78 über Sao Tomé/Kirchenkommission) geflogen. Für das Internationale Komitee vom Roten

Kreuz (IKRK) und evangelische Hilfsorganisationen sind weitere 15 Lufttransporte durchgeführt worden. Das IKRK führt seine Transporte ausschließlich über Fernando Po durch, von wo aus keine Waffen nach Biafra gelangen. Diese werden über die portugiesische Insel Sao Tomé geleitet“ („Neue Zürcher Zeitung“ 18.7.78). Daß also gewisse Vermischungen von Waffen und Lebensmitteln vorlagen, ist schon 1968 bekannt gewesen.

1968 gab es viele Appelle aus kirchlichen Kreisen an die Bundesregierung, doch auf die UdSSR einzuwirken, damit diese die Waffenlieferungen an die Regierung in Lagos einstellen möchten. „Weiter möge die deutsche Bundesregierung für eine sofortige Einstellung aller Waffenlieferungen an die kriegführenden Parteien und einen Waffenstillstand aktiv eintreten“ (Ev. Akademikerschaft in Deutschland, 30.8.78). Die Bundesregierung bemühte sich selber durch Waffenlieferungen über den BND an beide Seiten um eine Fortdauer des Krieges in Nigeria.

Kirchenkommission



Ich glaube an das Privateigentum und an...

★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★

Kirchenleitung setzt Polizei gegen ESG - Hamburg ein

Mit Polizeigewalt schloß die Kirchenleitung der Nordelbischen Kirche am Mittwoch, den 19.7.78 das Martin-Luther-King-Haus in Hamburg (Sitz der Evangelischen-Studentengemeinde, ESG) und mit einem gewaltigen Polizeiaufgebot ließ sie am Donnerstag ca. 40 „Besetzer“ des geschlossenen Hauses der ESG festnehmen, mit Hilfe eines Strafantrages wegen Hausfriedensbruch.

Am Mittwoch tauchten im MLK-Haus zwei Herren aus der Kieler Kirchenführung auf und verlangten von den dort anwesenden Mitarbeitern, innerhalb von einer halben Stunde ihre Sachen zu packen und das MLK-Haus zu verlassen. Die Mitarbeiter weigerten sich, dieser Aufforderung so ohne weiteres nachzukommen und forderten eine Begründung für diese Maßnahme. Die Kirchenherren antworteten mit dem Hinweis, daß man die Begründung morgen in der Presse lesen könne und mit einem Anruf bei der Polizei.

Die sofort herbeigeeilten Polizisten konnten im Vergleich zu den Kirchenfürsten noch einen guten Eindruck schinden, weil sie den studentischen Mitarbeitern der ESG immerhin eine Frist von zwei Stunden ließen, ihre Sachen zu packen. In der Zwischenzeit wurden die Schlösser des Hauses ausgewechselt, der Telefonanschluß totgelegt und die Schilder am Eingang abmontiert.

So wollte die Kirchenleitung eine seit Jahren laufende Auseinandersetzung zwischen ESG und Kirchenführung gewaltsam beenden. Die ESG-Studenten riefen zu einer Vollversammlung am Abend desselben Tages auf, zu der eine große Anzahl von Studenten und sonstiger Freunde der ESG erschienen, um zu beraten, wie gegen die Zwangsräumung vorgegangen werden könnte. Als erste konkrete Maßnahme wurde beschlossen, der Rock-Gruppe Oktober zu helfen, ihre Musikinstrumente aus dem MLK-Haus zu transportieren – die Gruppe hatte einen Öffnungstermin bekommen – und dann dort die Beratung fortzusetzen. Sehr schnell waren bis zu 300 solidarische Freunde im MLK-Haus und nahmen an den Beratungen teil. Da es viel zu sagen und zu tun gab, waren bald alle der Meinung, daß man am besten gleich solange im Hause bleiben sollte, bis die Kirche ihren Räumungsbeschluß zurückgenommen habe. In den Diskussionen wurde deutlich, welche Bedeutung die ESG und das Martin-Luther-King Haus für die demokratische Studentenbewegung und auch über den studentischen Bereich hinaus hat. Einerseits hat die ESG mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Aktionen der Studentenbewegung intensiv unterstützt, mit

eigenen Aktionen und Veranstaltungen andere Formen des Widerstands und der Auseinandersetzung unter den Linken eingebracht. Zum anderen gehört es zum Konzept dieser Studentengemeinde, ihre Räumlichkeiten für Veranstaltungen und Arbeitssitzungen anderer demokratischer Gruppen zur Verfügung zu stellen.

Kaum hatte am nächsten Morgen – nach einigen Stunden Schlaf – die Beratungssitzung wieder begonnen, waren aus der Ferne Polizeisirenen zu hören und innerhalb weniger Minuten war das Haus umstellt, alle Zugänge abgesperrt und die Bullen drängen in voller Montur mit Schildern und Stöcken ein. Den ca. 40 Anwesenden wurde lediglich die Alternative gestellt sich freiwillig festnehmen zu lassen oder mit Gewalt abgeführt zu werden. Gegen 11.00 Uhr war dann das Haus geräumt – es war vorher beschlossen worden, daß diese Besetzung von Seiten der Besucher völlig friedlich verlaufen sollte. Die Festgenommenen wurden zur Revierwache 16 transportiert; angeblich zur Personalienfeststellung, die aber bis zum Abend dauerte und sich zur erkennungsdienstlichen Behandlung im Polizeipräsidium am Berliner Tor ausweitete. Einer der vier mitfestgenommenen Pastoren meinte, so etwas habe es bei der Kirche seit 1934 nicht mehr gegeben (damals waren große Teile der Kirche zu den Nazis übergetreten und hatten ihren demokratischen Kollegen die Gestapo auf den Hals geschickt).

Der letzte Inhaftierte war schließlich gegen 19.30 Uhr wieder auf freiem Fuß. Diese Maßnahme, deren Schärfe diesmal weniger durch die Polizei hervorgerufen wurde – sie griff erst ein, nachdem sie mehrfach von der Kirchenleitung aufgefordert war, ein Strafantrag gestellt wurde und die Kirche mit einer einstweiligen Verfügung gegen die Polizei drohte – ist in der Öffentlichkeit auf große Empörung gestoßen. Namhafte Kirchenpersönlichkeiten forderten die Kirchenführung auf, ihren Strafantrag (Hausfriedensbruch) zurückzuziehen, um einen öffentlichen Skandal abzuwenden. Einer der festgenommenen Pastoren meinte, man müßte künftig alle Menschen davor warnen, wegen der Gefahr der Verhaftung kirchliche Räume zu betreten.

Die vier Pastoren der Nordelbischen Studentengemeinden (ESG Hamburg ist zur Zeit ohne Pastor) erklärten vor der Presse, daß sie sich angesichts dieser Maßnahme der Kirchenleitung nicht in der Lage sähen, ihre Arbeit (in Flensburg, Kiel, Wedel, Lübeck) fortzusetzen. Aufgrund ihrer theologischen Überzeugung wollen sie erst wieder ihre Arbeit

aufnehmen, wenn die Strafanträge und die Hausschließung zurückgenommen sind. Sie können es nicht ertragen, daß die Kirchenleitung Polizeigewalt als Mittel zur Durchsetzung ihres Willens benutzt. Mehrere Hamburger Pastoren stellten den ESG-Gruppen und ihren „Gast“gruppen spontan Räumlichkeiten für ihre Arbeit zur Verfügung. Am Sonnabend fand eine Kundgebung mit ca. 300 Teilnehmern statt, auf der Vertreter der Bundes-ESG und Pastoren aus der Nordelbischen Kirche sprachen.

Offener Brief der ESG Hamburg an die Kirchenleitung

An die Nordelbische Kirchenleitung in Kiel:

... Dieses skandalöse Vorgehen ist der vorläufige Höhepunkt in den schon Jahre andauernden Auseinandersetzungen zwischen der Hamburger ESG und der Nordelbischen Kirchenleitung. Streitpunkt des Konflikts war und ist die kritisch politische Ausrichtung des Gemeindelebens der ESG und der in den Räumen der ESG gastierenden Gruppen (Anti-AKW-Arbeit, Ausländergruppen, Antimilitarismus u.a.m.)..

Nach den schwerwiegenden Eingriffen im Laufe der letzten Jahre stellt die begründungslose Einschaltung polizeilicher Staatsgewalt und der Strafantrag gegen die Besucher der Räume des Martin-Luther-King Hauses einen Angriff dar, der nun endgültig zu Tage bringt, daß die Kirchenleitung die Arbeit der ESG gewaltsam zerstören und das dahinterstehende Verständnis von christlicher Gemeinde aus der Kirche ausschließen will. Die Kirchenleitung scheint dabei nicht vor Maßnahmen zurückzuschrecken, durch die Mitglieder, Mitarbeiter und Freunde der Kirche polizeilicher Willkür ausgesetzt und dadurch kriminalisiert werden.

Die ESG hat sich immer wieder intensiv darum bemüht, mit dem Kirchenamt in inhaltliche Gespräche über die Arbeit der ESG einzutreten. Die hohen Kirchenherren sind auf diese Angebote nie eingegangen. Statt dessen hat die Kirchenleitung – nicht anders als bereits früher – repressiv reagiert, und zwar mit einseitigen Beschlüssen und Gewaltmaßnahmen.

Es ist uns unerklärlich, wie die Kirche in der Lage sein soll, festzustellen, ob die gegenwärtig von der ESG-Hamburg betriebene Arbeit aus kirchlicher Verantwortung noch voll mitgetragen werden kann?

Polizeikirche gegen Evangelische Studentengemeinde

Am 19. und 20. Juli 78 hatte die Nordelbische Kirchenführung die Hamburger Evangelische Studentengemeinde (Martin Luther-King-Haus) mit zwei Polizeieinsätzen gewaltsam geschlossen – wir berichteten in AK 134 darüber.

Über diese brutale Maßnahme der Kieler Kirchenleitung und ihrer Behörde sind selbst solche Christen empört, die in den letzten Jahren immer vieles an der inhaltlichen Arbeit der Hamburger ESG auszusetzen hatten. In einem Offenen Brief kritisieren 50 Pastoren „daß das Kieler Kirchenamt dieses Hamburger Problem ohne wirkliche Not und überzeugende Vermittlungsversuche mit Polizei, Strafverfahren und Verhaftungen zu lösen versuchte... Obwohl diese Pastoren durchaus Eingriffe in die Arbeit der ESG für richtig hielten, erscheinen ihnen derartige Methoden nicht geeignet... Hier wurden durch die Nordelbische Verwaltungsbehörde Maßstäbe gesetzt, die dem öffentlichen Ansehen und der theologischen Glaubwürdigkeit der gesamten Kirche geschadet haben“. Das Argument der prinzipiellen Gewaltlosigkeit der Christen, das stets denjenigen vorgehalten wird, die sich im Bereich der Kirche für die Unterstützung von Befreiungsbewegungen in den unterdrückten Ländern einsetzen – insbesondere auch der ESG – wird natürlich unbrauchbar und entlarvt sich als Zweckklüge, wenn die Kirchenleitung zur Durchsetzung ihrer Beschlüsse eine schwerbewaffnete Polizeitruppe herbeiruft.

Eine Gruppe von etwa 40 kirchlichen Mitarbeitern hob in einer Erklärung hervor, daß durch die Maßnahme der Kirchenführung das kirchliche „Asylrecht gebeugt“ sei. Da heute demokratische und linke politische Gruppen schon weitgehend durch diesen Staat kriminalisiert seien, sei es ein besonderer christlicher Dienst, solchen Gruppierungen für ihre Arbeit räumliche Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Ein solcher kirchlicher Schutz für Menschen sei nach dieser Polizeiaktion in kirchlichen Räumen nicht mehr gegeben. Dadurch sei die eigene kirchliche Arbeit der Unterzeichner dieser Erklärung grundsätzlich in Frage gestellt.

Am letzten Wochenende war an einigen Hamburger Kirchen ein Plakat zu sehen, auf dem das „Nordel-



bische Kirchenkommissariat“ davor warnt, wegen der Gefahr der Verhaftung, kirchliche Räume zu betreten. Auf Nachfragen wurde uns mitgeteilt, daß dies keine offizielle Erklärung sei und daß es auch kein „Nordelbisches Kirchenkommissariat“ gebe.

Viele Menschen – vor allem aus dem Bereich der Kirche – waren der Meinung, bei der Polizeiaktion handele es sich um einen Ausrutscher eines übereifrigen Kirchenbürokraten – Hauptakteur: Götschen, ein ehemaliger Staatsanwalt. Inzwischen haben sich aber alle kirchenführenden Organe zu dieser Polizeiaktion bekannt, es sei eine „Notmaßnahme in einer schwierigen Situation“ gewesen (Presseerklärung der Kirchenleitung vom 1.8.78). Außerdem wurde eine Schrift in Umlauf gebracht, die mit Falschinformationen und Daten des Verfassungsschutzes den wenig informierten Leser irreführen soll. Die festgenommenen Personen sind nach dieser „Dokumentation“: „a) nur zu einem geringen Teil Studenten, b) zum Teil als notorische Hausbesetzer bekannt, c) hatten bereits früher öffentlich zur Gewalt gegen Sachen und zum Rechtsbruch aufgerufen“ (aus: Schließung des MLK-Hauses, Information und Hintergrund, hrsg. vom Nordelbischen Kirchenamt am

31.7.78). Angeblich hat die Kirchenführung inzwischen die Strafanträge gegen die 41 festgenommenen Personen zurückgezogen. Damit sind die Betroffenen jedoch nicht unbedingt aus dem Schneider: 1. ist noch nicht bekannt, ob nicht etwa die Staatsanwaltschaft in einzelnen Fällen wegen schweren Hausfriedensbruchs weiter ermittelt, 2. sind die Daten in den berichtigten Computern des BKA gespeichert, jeder einzelne muß einen Antrag auf Löschung stellen, 3. hat die Kirchenleitung gegen die beteiligten 4 Pastoren die Ermittlungen für ein „Amtszuchtverfahren“ eingeleitet.

Nach 1945 haben viele Christen festgestellt, daß es für die Kirche notwendig ist, eine kritische Distanz gegenüber dem Staat zu wahren, weil nämlich die „Deutschen Christen“ (DC) sich den Nazis angeschlossen hatten und so die Verbrechen der Faschisten kirchlich segneten. Heute heißt es in der schon oben zitierten Schrift des Kirchenamtes: „Sie (die Kirche) erkennt grundsätzlich die Ordnungsmacht des Staates dankbar an als einen von Gott gegebenen Schutz des Rechtes und des Eigentums aller Bürger und Institutionen ...“.

Kirchen-Kommission

Fortsetzung des 'Offenen Briefs' der ESG Hamburg

(Zitat aus der Presseinformation der Kirchenleitung 18.7.78), wenn sie die Betroffenen nicht zu Worte kommen läßt, sondern sie aus dem Hause weist.

Wir sehen dieses brutale Vorgehen der Kirchenleitung allerdings im Zusammenhang mit bundesweiten Aktionen der Kirchenämter, die durch Terroristenfurcht und Ähnliches weiterhin aufgeheizte Atmosphäre in der BRD zu benutzen, um unbequeme Kritiker zum Schweigen zu bringen, christliche Gemeindeaktivitäten, die nicht dem herrschenden Kurs entsprechen, zu unterdrücken und alle nicht regierungstreu angepaßten Christen einzuschüchtern und zu bedrohen (ESGen Tübingen, Braunschweig, Köln, Marburg, Verfahren gegen Prof. Delekat in Bonn und gegen Pastor Ensslin und viele andere Fälle).

Diese kirchenbehördlichen Maßnahmen reihen sich nahtlos ein in die herrschende Politik, die jetzt

schon jeden Ansatz von sozialkritik im Keime zu unterdrücken versucht. Mit diesen Schritten überläßt die Kirchenleitung die Gestalt der kirchlichen Botschaft und Ordnung in unverantwortlicher Weise der herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugung.

Die Gemeindegarbeit der ESG hat in den letzten Jahren gerade deswegen für den Hamburger Raum an Bedeutung gewonnen, weil in ihr christliche Offenheit und Solidarität praktiziert wurde.

In den Räumen der ESG haben alle diejenigen einen Platz gefunden, die in verschiedener Weise die Solidarität mit unterdrückten und benachteiligten Menschengruppen innerhalb und außerhalb unserer Gesellschaft zu ihrem Lebensinhalt gemacht haben.

Das Nordelbische Kirchenamt will offensichtlich selber mit polizeistaatlichen Maßnahmen Unterdrückung und Benachteiligung in unserer Gesellschaft aufrecht erhalten.



ESG-Mitglieder erklären ihr Haus für „besetzt“

Justizminister nimmt Kirche gegen Kritik in Schutz

Schwarz: Vorgehen gegen Hamburger Studenten gerechtfertigt

Kiel (epd). Das entschlossene Handeln der Nordelbsichen Kirche im Zusammenhang mit den Vorgängen in der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) Hamburg hat Justizminister Dr. Henning Schwarz als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Schleswig-Holstein gelobt.

Nachdem die jahrelange enge Zusammenarbeit der Studentengemeinde mit K-Gruppen aller Schattierungen vielen Christen ein Ärgernis gewesen sei, habe die Schließung der Räume der ESG Hamburg, die von der Kirchenleitung angeordnet worden war, die erforderliche Klarheit geschaffen.

Schwarz äußerte die Hoffnung, daß damit die Grundlage für einen Neuanfang und sachbezogener Arbeit der ESG im kommenden Wintersemester gegeben sei.

Er habe, so sagte Schwarz, kein Verständnis dafür, wenn man jetzt das Nordelbsische Kirchenamt schelte, weil es gegen offensichtlichen Hausfriedensbruch gegen 150 Besetzer mit einem Strafantrag vorgegangen sei. Hier habe sich die Kirche mit allen Mitteln des Rechts zur Wehr gesetzt, nachdem jahrelange Bemühungen, die Situation

der ESG friedlich zu bereinigen, erfolglos geblieben seien. Demgegenüber stelle das Vorgehen der Hausbesetzer offenkundiges Unrecht dar. Das Nordelbsische Kirchenamt hat inzwischen von einer strafrechtlichen Verfolgung der Hausbesetzer Abstand genommen..

(Norddeutsche Rundschau vom 29.7.78)

Worte von Prof. D. Hans-Rudolf Müller-Schwefe bei der Kundgebung der ESG Hamburg am 22. Juli 78

„... Hier in unserem Falle lag nun keine Gewalt von Seiten der Studenten vor. Hier war und ist die Kirche nicht bedroht. Und nicht der Staat hat die Feststellung der Personen verlangt, sondern der Vertreter des Kirchenamtes hat sie in die Mühle kommen lassen. Das ist es, was ich als Skandal empfinde.“

Weiß das Kirchenamt in Kiel, was es getan hat? Es hat die Arbeit der Christen an unserer Universität erschwert. Es hat den Namen der Kirche unter den jungen Leuten stinkend gemacht...“

Bischof Hübner

(in seinem Tätigkeitsbericht der Kirchenleitung vom 6.10.78):

„... so sind wir Opfer der ausgeklügelten Strategie des gewaltfreien Widerstands geworden.“

NEK und Kieler Regierung im Gespräch

NEK und Kieler Regierung im Gespräch

Kiel. Die Kirchenleitung und die schleswig-holsteinische Landesregierung sind am 18. Juli zur ersten offiziellen Begegnung nach Bildung der Nordelbsischen Kirche zusammengetroffen. An dem Gespräch nahmen Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, Mitglieder des Kabinetts, Bischof D. Dr. Hans-Otto Wölber, Hamburg, und Probst Karlheinz Stoll, Lübeck teil.

Ministerpräsident Stoltenberg begrüßte die Möglichkeit zu diesen vertiefenden Gesprächen und betonte die ohne Einschränkung guten Beziehungen zwischen dem Land und der Nordelbsischen Kirche, was eine vernünftige Regelung aller gemeinsamen Fragen stets erleichtert habe.

Das Gespräch betraf das Verhältnis von Staat und Kirche im gesamt-kirchlichen Zusammenhang. Insbesondere wurden Aufgaben und Grenzen des gesellschaftspolitischen Engagements kirchlicher Gruppen und die Notwendigkeit, gemeinsam nach einer Erweiterung übereinstimmender Normen und Wertvorstellungen zum Wohle aller zu suchen, erörtert. Ferner kamen Fragen des Religionsunterrichts zur Sprache. (Nordelbsischer Nachrichtenspiegel vom 25.7.78, Nr. 30)

EKD segnet Radikalenerlaß ab

Innerkirchlich hatte der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) schon 1973 – ein Jahr nach Einführung des staatlichen Radikalenerlasses – den evangelischen Landeskirchen empfohlen, keine Kommunisten einzustellen. Die einzelnen Landeskirchen haben sich auf ihre Weise nach dieser Empfehlung gerichtet.

Eine neue Qualität im Verhältnis von EKD und Staat muß nun in dem Anfang August erschienen Grundsatzpapier der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD über die Handhabe des Radikalenerlasses in der BRD gesehen werden. Nach einem gewissen heute üblich gewordenen Gejammerge über die bedauerliche „Überreaktion bei Überprüfung“ zukünftiger Beamter heißt es: „Es steht außer Frage, daß sich jeder Staat vor den Gefahren für seine verfassungsmäßige Ordnung schützen muß“ (FR 12.8.). Es müsse deutlich gesagt werden, „daß die staatlichen Organe also keinerlei Ermessensspielraum haben, wenn es um die Einstellung von Funktionären oder Anhängern einer solchen verfassungsfeindliche Ziele verfolgenden Partei in den öffentlichen Dienst geht, sondern daß der Staat die strikte Pflicht hat, solche Personen vom öffentlichen Dienst fernzuhalten, bzw. sie aus diesem zu entfernen“ (DVZ, 24.8.78).

Pfarrer Heinrich Albertz warnte die EKD: Die Gefahr solcher Formulierungen liege darin, „daß sie einäufig werden können, daß die Kirche zu nah an den Staat rückt und daß sie etwa meint, das Grundgesetz stünde auf der gleichen Ebene wie das Evangelium“ (FR).

Albertz sieht als eine Ursache für diese Entwicklung der EKD, daß der Einfluß der CDU zu groß geworden sei. „Er halte es für unglücklich, daß mit Roman Herzog ein Mann den Vorsitz in der Kammer (die dieses Grundsatzpapier veröffentlichte)



d. Verf.) führe, der zwar diese Funktion einst als unabhängiger Wissenschaftler übernommen habe, inzwischen aber längst in der aktiven Politik und ein Mitglied im Kabinett des gerade zurückgetretenen Herrn Filbinger ist“ (FR 12.8.).

Ebenso wie Albertz würde auch Theologieprofessor Hans-Werner Bartsch von einer wirklichen Kirche erwarten, daß sie eine kritische Instanz gegenüber dem Staat ist. Seit 1945 habe sich viel verändert meint Bartsch; damals hätte sich die Kirche deutlich an ihre politischen Aufgaben erinnert, besonders in dem Stuttgarter Schulbekenntnis, das damals die Hinwendung zu einer staatskritischen Haltung der Kirche zu sein schien. Er stellt fest, daß sich die Kirche heute nicht einmal mehr am Grundgesetz orientiere, „sondern offensichtlich an der Verfassungswirklichkeit, mag diese noch so weit vom Verfassungstext abweichen. Dabei vergißt die Kirche, welches Un-

heil über Tausende von Bürgern durch diese Diskrepanz zwischen Verfassungswirklichkeit und Verfassungstext bereits gekommen ist“ (DVZ).

Selbst im Vergleich mit der Kirche im Hitlerfaschismus kommt diese Haltung zum Radikalenerlaß der EKD schlecht weg: Bartsch schreibt: „Die EKD sollte sich daran erinnern, daß das Unheil 1933 nur möglich war, weil die Kirche insgesamt die Verfolgung von Kommunisten und Sozialdemokraten ohne das geringste Wort des Widerstandes hingehen ließen. Sie haben allerdings – zu ihrer Ehre muß dies gesagt werden – auch keine offizielle Zustimmung gegeben, wie dies die EKD sich heute anschiekt zu tun“ (DVZ).

Kirchenkommission

Vormarsch der Reaktion in der EKD

Der in kirchlichen Kreisen renommierte Theologieprofessor E. Käsemann hat für 1978 seinen Kirchenaustritt angekündigt. Hintergrund für diesen Schritt ist nach seinen Worten der zunehmende „Rechtsdrall“ in der Kirche. Die Entscheidung der Synode der Württembergischen Landeskirche, der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) 9800 DM aus ihrem Etat zu streichen, war der Anlaß für diese Ankündigung. Käsemann war während der NS-Zeit aktiv im antifaschistischen Widerstand der Bekennenden Kirche und fühlt sich inzwischen an jene Zeiten des Terrors erinnert: „Seit Göbbels den Terror mit organisatorischer Verkümmern beginnen ließ, empfinde ich es als schändlich, wenn kirchliche Gremien ihre ... unchristlichen Ziele auf die gleiche Weise anstreben.“ („FR“ 5.11.77).

Anlässe für diesen Vergleich gibt es genug: In Braunschweig entzog die zuständige Kirchenbehörde dem zu einer ESG-Veranstaltung (Thema: Gewalt und Widerstandsrecht) geladenen Professor Brückner das Rederecht. Begründung: „man könne keinen Referenten einladen, gegen den ein Disziplinarverfahren laufe“ („FR“ 4.11.77).

In Köln veröffentlichte der Evangelische Arbeitskreis der CDU eine „Dokumentation“, die die „Aktionseinheit der ESG mit anarchistischen, kommunistischen und linksextremistischen Gruppen“ belegen soll. Zweifellos verfolgt sie den Zweck, die Kölner ESG in den „Dunstkreis des Terrorismus“ zu rücken. Beachtenswert ist die am Verfassungsschutz orientierte Begrifflichkeit dieser „Dokumentation“. Sicher jedenfalls ist, daß die Schnüffler auch in der Kirche am Wühlen

sind, so z.B. im Tübinger „AK Kriegsdienstverweigerer“ („epd“ 28.7.76) und in den ESGen.

In Marburg wurde den meisten der in der ESG tagenden Gruppen im vergangenen Herbst das Gastrecht entzogen. Davon betroffen sind u.a. eine BI gegen AKWs und eine Russelinitiative.

In Hamburg droht der BUU, dem Alternativenplenum und verschiedenen Ausländergruppen das gleiche Schicksal.

Zur gleichen Zeit also, wie der Rat der evangelischen Kirche in Deutschland in einer Erklärung zum Terrorismus sich eindeutig zum „starken Staat“ bekennt, laufen in einer konzentrierten Aktion Angriffe auf die Arbeit und den Bestand der ESGen in mehreren Universitätsstädten. Der Entzug finanzieller Mittel, Gesinnungsschnüffelei und das Anheizen einer antikommunistischen Kreuzzugsstimmung sollen offensichtlich dazu dienen, die Arbeit der ESGen langfristig lahmzulegen. Auch die demokratische und sozialistische Opposition außerhalb der Kirche ist von dieser Politik der Kirchenbehörden betroffen. Denn vorwiegend in den Räumen der ESGen können sich ihre Gruppen regelmäßig treffen.

So reihen sich die kirchenbehördlichen Maßnahmen „nahtlos ein in die herrschende Politik, die jetzt schon jeden Ansatz von Sozialkritik im Keime zu ersticken versucht“ (Erkl. der VV der ESG Hamburg, 6.11.77).

In Zukunft ist sicher noch mit weiteren Übergriffen zu rechnen, denn die EKD-Synode (eine Art Bundesparlament) hat beschlossen, „den Status der Studentengemeinden, ihr Finanzgebahren und

ihre Einordnung in den jeweiligen landeskirchlichen Bereich durch Kommissionen überprüfen zu lassen.“ („Nordalb. Kirchenzeitung“, 22/77). Daß es den Kirchenfürsten und -behörden dabei um eine einheitliche Formierung der kirchlichen Arbeit nach rechts geht, liegt offen zutage. Den „entscheidenden Orientierungswillen, dessen die Landeskirchen heute bedürfen“, erwartet sich der Bischof von Hamburg, Wölber von den Evangelikalen, der innerkirchlichen NPD. Durch sie sollen Gebet und „Treue zur Gemeinschaft“ (zu welcher wohl?) wieder zu unangefochtenen „christlichen“ Tugenden erhoben werden. Die Räume der Hamburger ESG sollen nach dem Willen der Kirchenbehörde für Veranstaltungen geschlossen bleiben, „wann nicht auszuschließen ist, daß sie dem Ziel widersprechen, ... Feindschaft und Haß in der Welt abzubauen oder den Bruch anerkannter Regeln des gesellschaftlichen politischen Lebens und staatliche Gesetze gebilligt werden.“

Frommes Getue und Staatstreue sollen wieder ganz groß geschrieben werden. Manche wissen auch schon, für welche Zeiten das gut sein wird: „Es kann eine Zeit kommen ... wo eine Kaserne genauso notwendig ist wie eine Kirche“ (Franz-Josef Strauß).

Gegen den Vormarsch der Reaktion in der EKD formiert sich Widerstand. So bekundete die VV der Hamburger ESG am 6.11.77 ihre „Entschlossenheit, gegen die angekündigten Maßnahmen (der Kirchenbehörden) Widerstand zu leisten.“

Kirchen-Kommission

„Ketzlerprozesse“ gegen kritische Theologie-Professoren

Der Tübinger Theologieprofessor Hans Küng (bis 1965 noch Berater des 2. vatikanischen Konzils) befindet sich seit etwa 10 Jahren im Konflikt mit der katholischen Lehraufsichtsbehörde. Wegen einer Anfrage betreffs „Unfehlbarkeit“ des Papstes mußte er sich über Jahre hin vor einer Kommission für Glaubenslehre in einem „Lehrverfahren“ verantworten. Er wurde aufgefordert, bestimmte Aussagen nicht zu wiederholen, bzw. weiter „darüber nachzudenken“. Sein 1974 veröffentlichtes Buch „Christ sein“ war Anlaß für die Deutsche Bischofskonferenz, ihm in einer Erklärung vom 14.11.77 eine letzte Warnung auszusprechen, weil er sich nicht an das Denkverbot gehalten habe.

Küng will Mitglied der katholischen Kirche sein, möchte aber ermöglichen, daß Christen es als ihre Aufgabe verstehen, über die Kirchenmauern hinausblicken und sich mit den wirklichen Zuständen in der BRD und darüberhinaus in anderen Ländern auseinanderzusetzen.

Er untersuchte u.a. kritisch den Beitrag der Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus und ihren „Beitrag zu einer menschlicheren Gesellschaft“. Sein Ergebnis ist durchaus nicht der übliche Antikommunismus der Kirchenführungen: „Früher sorgte man sich spiritualistisch um das jenseitige Heil und den Frieden mit Gott. — Jetzt sorgt man sich ganzheitlich um die gesellschaftlichen Zustände und die Reform oder gar Revolution der Strukturen“ („Christ sein“, S. 573).

In einem Briefwechsel zwischen Küng und Kardinal Höffner — dokumentiert in der „FR“ vom 29.12.77 — wird deutlich, daß Küng entgegen der Forderung der Bischöfe — platte Glaubenssätze nachzuplappern — ausführliche historisch fundierte Darstellungen seiner theologischen und politischen Position liefert.

Die Bischöfe wird er damit sicher nicht überzeugen, die mögen keine klugen Bücher lesen, sicherlich aber gibt er vielen katholischen Christen Anregungen, Mißstände

nicht schicksalhaft duldend zu ertragen, sondern aktiv an der Veränderung der Verhältnisse mitzudrehen.

Der Professor für Kirchenrecht in Münster, Horst Herrmann, „war 1975 bei Bischof Tenhumberg in Unnade gefallen, nachdem er der Kirche ein unmoralisches Verhältnis zum Staat zur Last gelegt, und ihr vorgeworfen hatte, in der mittelalterlichen Theologie steckengeblieben zu sein. Er forderte Armut, Dienen und Verzicht auf Macht und Privilegien, plädierte für die Abschaffung der Kirchensteuer und erregte Aufsehen durch seine Parteinahme für den christlichen Sozialismus“ („FR“, 10.1.78). Tenhumberg entzog ihm kurzerhand den kirchlichen Lehrauftrag, und in einem Lehrbeanstandungsverfahren wurde diese Maßnahme bestätigt. Obwohl Herrmann staatlich beamteter Hochschullehrer ist, muß er nach diesem Spruch der Kirche seinen Posten räumen — gemäß einem Konkordat aus dem Jahre 1929. Herrmann dazu: „Sie (die Kommission der Kirche) hat nachträglich die Willkür

eines der Ihren (Tenhumberg) gerechtfertigt und die Möglichkeit auch für die Zukunft geschaffen, den Staat als Handlanger zu prozessual nicht abgedeckten Privatmeinungen eines Bischofs zu mißbrauchen" („FR“, 10.1.78).

Staat und Kirche bieten sich gegenseitig Unterstützung bei Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbote. Das rheinland-pfälzische Kultusministerium hatte beim katholischen Büro angefragt, ob die Lehrkräfte an katholischen Privatschulen nicht ebenso wie die Lehrer an staatlichen Schulen vom Land auf ihre Verfassungstreue überprüft werden können („FR“, 29.12.77), und die Generalvikare gaben ihre freundliche Zustimmung. Damit werden die katholischen Privatschullehrer unter den Radikalenerlaß der Regierung gestellt. Prälat Roland Ries nennt diese staatskirchliche Maßnahme „Freundschaftsklausel“.

Besonders scharfe Kritik an der katholischen Kirche brachte der

Theologieprofessor Hubertus Mynarek an die Öffentlichkeit: „Die römisch-katholische Kirche ist der ‚massivste und systematische Versuch, unbegrenzte Macht über die Seelen zu erringen‘. Sie ist das geschlossenste religiös motivierte Unterdrückungssystem der Freiheit... Sie deutet die Bibel nach Belieben und gängelt ihre Priester. Sie knebelt die Sexualität ihrer Gläubigen und verlangt blinden Gehorsam. Sie unterstützt Diktaturen, und was kümmert sie der kleine Mann“ („Spiegel“ 44/77). Sein 1973 erschienenes Buch „Herren und Knechte der Kirche“ wurde sofort auf Betreiben der katholischen Kirche verboten(!). In seinem neuesten Buch „Religion“ vertritt er die Ansicht, daß Religion freistiftend vorstellbar sei, aber „als kirchlich organisierte Religion ist sie freiheitsvernichtend, und je größer die Organisation, um so totaler die Repression“ („Spiegel“).

Die katholischen Kirchenführer bewiesen, daß sie in der Lage sind, ei-

nen so scharfen Kritiker gründlich fertigzumachen. Neben dem Verkaufsverbot seines Buches hängten sie ihm 13 Prozesse an und forderten 100 000 DM Schmerzensgeld und Schadenersatz in unbestimmter Höhe. Nachdem eine Solidaritätsbewegung innerhalb und außerhalb der Kirche entstanden war, endeten die ersten Prozesse mit einem Vergleich. Die verbleibenden Kosten sind noch hoch genug – 8000,- Gerichtskosten und 60.000,- Anwaltsgebühren. Weitere Prozesse stehen in Aussicht. Widerrechtlich wurde ihm sogar seine Schreibmaschine gepfändet, weil er nicht mehr zahlen konnte. Psychischen Terror übten „Gläubige“ und „Kirchentreu“ in Schmähbriefen und Telefonanrufen mit Morddrohungen aus. Obwohl Mynarek durch halb Deutschland vor diesem Terror flüchten mußte, kämpft er weiter für eine Religion, „die sich weitestgehend mit der Freiheit deckt“.

Kirchen-Kommission

Hamburg-Kirchdorf: Pastor suspendiert

Seit über einem Jahr gibt es den Konflikt zwischen dem Kirchenvorstand und der Gemeinde von Kirchdorf. Das Nordelbische Kirchenamt hat diesen Konflikt am 31.1.78 damit gelöst, daß sie den Gemeindepastor Hans Werner seines Amtes enthoben (suspendiert) hat.

Neben das alte Dorf Kirchdorf in Hamburg-Wilhelmsburg wurde vor einigen Jahren direkt an die Autobahn eine Hochhaussiedlung nach der Art Osdorfer Born (Hamburg) oder Märkisches Viertel (Westberlin) gesetzt. Pastor Werner versuchte zusammen mit seinem Kollegen und den übrigen Mitarbeitern der Kirchengemeinde, den vielen sozialen Problemen in dieser Siedlung durch vielerlei Angebote gerecht zu werden. Sein Amtsbruder Bergner über Hans Werner: „Durch seine Arbeit haben

wir die höchste Zahl der Erwachsenen-Taufen im Kirchenkreis Hamburg.“ Während überall Kirchenaustritte beklagt wurden, seien dadurch im gesamten Kirchenkreis „die Kirchenwiedereintritte an der Tagesordnung“ (zit.n. „Die Welt“, 19.1). Dabei entstand eine neuartige Gemeindegemeinschaft, die aber dem aus konservativen Mitgliedern bestehenden Kirchenvorstand nicht paßte. Mit Intrigen und Verleumdungen auf allen Ebenen der Hierarchie wurde versucht, sich dieses Pastors zu entledigen. Die Gemeinde aber will ihren Pastor nicht hergeben. Über 1000 Unterschriften wurden in den letzten Wochen für das Verbleiben von Pastor Werner in Kirchdorf gesammelt.

Mit einem spontanen Gottesdienst in dem Neubaugebiet reagierten die Gemeindeglieder auf die Suspendierung ihres Pastors. „Pastor Werner

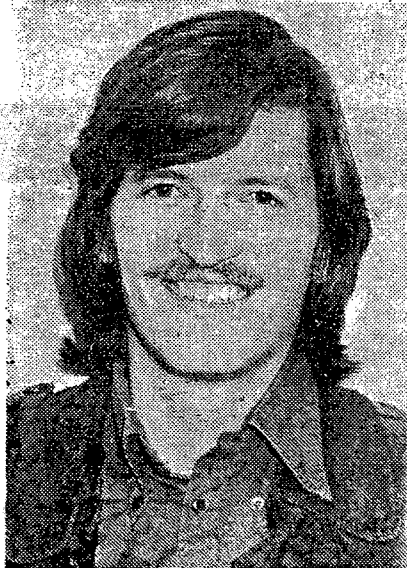
Die schreckliche Verschwörung
der Störer
des Gemeinschaftsfriedens



hat soviel für uns getan, ich werde meinen Jungen nur von ihm konfirmieren lassen. Wenn es nicht in der Kirche stattfinden darf, dann bei uns im Party-Keller“ sagte eine Frau, die über die Maßnahme der Kirchenführung empört war. Ähnlich reagierten viele Gemeindeglieder. Sie planen weitere Aktionen, um gegen die menschenfeindliche Maßnahme der Kirchenführung zu protestieren.

Pastor Werner hat seiner Suspendierung widersprochen. Er bleibt damit vorerst im Amt – bis zur Entscheidung des Nordelbischen Kirchenamtes über seinen Widerspruch.

Kirchenkommission



Pastor Hans Werner



Evangelische Fachhochschule Rauhes Haus: Studierverbot für Kommunisten?

Wenige Wochen nach dem Antrag der CDU im Bundestag, ein Verbot für kommunistische Organisationen durchzusetzen, wurde im Kuratorium (Verwaltungsgremium) der Ev. Fachhochschule für Sozialpädagogik „Rauhes Haus“ in Hamburg von einem Abteilungsleiter des Diakonischen Werkes, Müssig, folgender Antrag gestellt (sinngemäß):

„Der Träger (der FHS) solle rechtlich prüfen, ob Mitglieder kommunistischer Organisationen von der Aufnahme in die Fachhochschule oder – bei späterem Bekanntwerden der Mitgliedschaft – vom Studium ausgeschlossen werden können“ („...trotz alledem“ 0-Nr., – Zeitung für Sozialpädagogen und Diakone). Die Studenten der Ev. FHS bezeichnen diesen Antrag als einen „offenen Angriff auf demokratische Grundrechte“, der „wohl seit 1945 einmalig“ sei und „selbst über den Extremistenerlaß weit hinaus (gehe)“ Resolution der Studenten der ev. FHS Rauhes Haus). Es wird darauf hingewiesen, daß in einer katholischen FHS in München

ein ähnlicher Angriff gefahren worden sei.

In der Resolution wird besonders auf den Effekt der Verängstigung der Studenten durch diesen Antrag hingewiesen: „Selbst wenn der Antrag von Herrn Müssig aus taktischen oder anderen Gründen nicht in seiner Eindeutigkeit zur Durchführung kommt, so bleiben dennoch Einschüchterung und Angst vor Sanktionen als Folge.“

In diesem Studienklima ist für uns keine freie, geistige Auseinandersetzung möglich. Diese Beeinträchtigung widerspricht in krasser Form dem Sinn und Auftrag einer ev. Hochschule“ (Resolution).

Der Protest gegen diesen Antrag an der FHS ist breit und umfaßt auch die Dozentenschaft. Aus dem Bereich der in kirchlichen Einrichtungen Beschäftigten wird ebenfalls Betroffenheit laut: „Gerade wir, die wir bereits als Sozialarbeiter und Diakone in der Praxis stehen, die wir täglich die Repressionen unseres Staates und unserer Kirche gegen den größten Teil unseres Klientels erleben müssen, emp-

finden diesen Antrag als äußerste Bedrohung unserer Auffassung von Sozialarbeit und Diakonie. Diese unsere Auffassungen von Sozialarbeit und Diakonie sind nicht zuletzt auch Produkte unserer Ausbildung durch die ev. FHS“ („...trotz alledem“). In einem offenen Brief des Arbeitskreises Kirche und Gewerkschaft Hamburg an den Asta der FHS heißt es: „Wenn bei Euch im Aufnahmeverfahren kritische Bewerber rausortiert werden, sind wir davon gleichfalls betroffen; denn in unserem Kampf für die Verbesserung der Lebenssituation benachteiligter Menschen brauchen wir mutige Kolleginnen und Kollegen, die Konflikte nicht scheuen.“

Ein breites Bündnis aller derjenigen, die gegen diesen und andere Angriffe protestieren - Studenten und bei der Kirche Angestellte - muß angestrebt werden. Kleinere Meinungsverschiedenheiten in der Art der Vorgehensweise sollten dies nicht verhindern.

Kirchen-Kommission

Pfarrer wegen Beerdigungspredigt vor Gericht?

Vergeblich versuchten die Werksdirektion und der Betriebsrat der Zelle Westerholt bei Gelsenkirchen gegen eine Predigt des evangelischen Pastors R. Heinrich anzuklagen. Anlaß waren seine kämpferischen Worte zum Tode des am 2. Mai verunglückten Kumpels J. Spill: »Dieser Tod, hervorgerufen durch die Mißachtung der Sicherheit am Arbeitsplatz, dieser Tod ist unser letzter Feind, gegen den wir ankämpfen können« (»Frankfurter Rundschau« – »FR«, 1.11.78).

Diese und andere militante Worte des Pfarrers veranlaßten die Werksleitung zu einer Klage: Mit seinen Ausführungen zur Sicherheit am Arbeitsplatz habe der Pastor sie persönlich beleidigt. Gründe, gegen solche Proteststimmen gerichtlich vorzugehen, gibt es aus Sicht der Kapitalisten genug:

— Mit der Sicherheit am Arbeitsplatz ist es offensichtlich katastrophal bestellt: »Hier im Revier wird alle paar Wochen ein Verunglückter unter die Erde gebracht« (»Stern«, 2.11.78). — Außerdem existiert bei Gelsenkirchen eine Bürgerinitiative (P. Heinrich ist Mitglied), die gegen die Routen der Bergetransporte ankämpft. Das bei der Kohlegewinnung abfallende Gestein wird mitten durch den Ort gefahren und belästigt die Anwohner pausenlos mit Lärm und Dreck (»Stern«, 2.11.).

Vor diesem Hintergrund ist klar, daß den bei der Beerdigung anwesenden Werksvertretern die öffentliche Aufforderung, nach den Ursachen des Todes zu fragen, zu weit ging. Sie hätten wohl lieber gehört: Gott, dem Herrn, hat es gefallen, diesen Menschen aus dem Leben abzubrufen. Amen.

Der endgültig abschlägige Bescheid des Landgerichtes Essen führt aus, daß der Pastor einer Berggemeinde zur Situation der Bergarbeiter etwas sagen darf, weil hier die Kirche »besonders gefordert« sei. Das gehöre auch mit zum Amtsverständnis der Kirche, und deshalb sei es »nicht gerechtfertigt, daß der Staat unter dem Aspekt der Formalbeleidigung in den Bereich einer Beerdigungspredigt einbricht« (laut »FR«, 1.11.).

Hinter der formaljuristischen Begründung des Gerichtes verbirgt sich aber ein inhaltlicher Gegensatz. Die Richter sehen trotz des im Ergebnis positiven Urteils die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse grundsätzlich anders als P. Heinrich. Bergarbeiter-Gemeinden »verfahren durch die Mühsal unter Tage und Unfälle am Arbeitsplatz stärker als andere Gemeinden die Heillosigkeit dieser Welt« Gerade gegen diese Sicht der kapitalistischen Gesellschaft und des von ihr produzierten Todes predigte P. Heinrich: »Wenn der Tod von Josef Spill

einen Sinn hat, dann vielleicht den, daß er uns, die Lebenden, daran erinnert, daß Menschen Opfer ihrer Zeit und ihrer unmenschlichen Verhältnisse am Arbeitsplatz werden können und daß wir, die Lebenden, gegen die unmenschlichen Leiden unserer Zeit ankämpfen müßten« (»FR«). Nach aller Erfahrung ist es unrealistisch, damit zu rechnen, daß die Klassenjustiz den Kampf (und nicht nur eine Proteststimme!) gegen den Tod durch den Klassenfeind rechtlich schützt. Da müssen die vom Tode Bedrohten schon selber aufstehen!

Kirchenkommission



Gefängnispfarrer gefeuert:

»zu enger Kontakt mit Häftlingen ...«

Am 3.11.77 wurde der Pfarrvikar Christoph Engler – Anstaltsseelsorger in der Preungesheimer Vollzugsanstalt – von seinem Dienst beurlaubt. Die Kirchenleitung von Hessen-Nassau begann ein disziplinarisches Ermittlungsverfahren gegen Engler; die Gründe dafür seien in „Schwierigkeiten zu sehen, die bei der Wahrnehmung der Anstaltsseelsorge entstanden sind“ („FR“, 12.1.78). Erst Mitte Januar wurde bekannt, daß ebenfalls seit Anfang November '77 „auch ein Ermittlungsverfahren der Frankfurter Staatsanwaltschaft lief“ („FR“, 12.1.78).

Wären die Kirchenleitung ausweichend und verschleiern erklärte, Engler sei „in der Arbeit mit Gefangenen hinsichtlich der Behandlung und Protokollierung von Gesprächsthemen nach einer alten (liberalen) Konzeption vorgegangen, die er vielleicht im Hinblick auf die jüngsten Bestimmungen hätte ändern sollen“ („FR“, 12.1.78), gab die Staatsanwaltschaft bekannt, „sie habe wegen Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung ermittelt. ... Die Ermittlungen gegen den Anstaltsseelsorger seien ‚von Amts wegen‘ aufgenommen worden, nachdem man bei Zellen durchsuchungen ‚auf etwas gestoßen‘ sei. Der Verdacht gegen Engler habe sich jedoch nicht bestätigt“ („FR“, 12.1.78).

Justizministerium und Kirche sind eifrig bemüht, ihre Unabhängigkeit voneinander zu betonen...

Nachdem nun die staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen Engler eingestellt sind, ist auch die Beurlaubung von der Kirche aufgehoben worden. Er soll seine Arbeit in der Preungesheimer Anstalt fortsetzen – allerdings nur bis zum 28.2.78 (!), also nur zum Schein. Obwohl angeblich alle Verdachtsmomente sowohl von Staatsanwaltschaft als auch von der Kirche ausgeräumt sind, wird er dann schließlich doch rausgeschmissen, angeblich auf Beschluß der Kirchenleitung vom Januar '77. Aber selbst diese einmonatige Tätigkeit soll verhindert werden, diesmal wieder vom Justizministerium in Wiesbaden: Engler wurde „der Schlüssel zur Anstalt vorenthalten“ („FR“, 30.1.78). Durch diese Hinhaltenaktik soll offensichtlich vermieden werden, daß Engler überhaupt noch einmal das Anstaltsgelände betritt und seine Kontakte zu den Gefangenen wieder aufnimmt.

Enger Kontakt mit Inhaftierten – insbesondere, wenn es sich um politische Gefangene handelt – soll nach Ansicht der Kirchenleitung und des Justizministeriums ausgeschlossen werden. Geistliche, die ihren christlichen Auftrag ernst nehmen, sich besonders den Benachteiligten und Rechtlosen in dieser Gesellschaft anzunehmen, deren Partei zu ergreifen, geraten fast ausnahmslos in die Müh-



EINE TYPISCHE KRIMINELLE VEREINIGUNG

len kirchlicher Disziplinierung, staatlicher Verfolgung und öffentlicher Verhetzung durch die Springerpresse. Der Frankfurter Gefängnispfarrer Engler ist da kein Einzelfall.

Der ehemalige Westberliner Bischof Scha sah sich einer ungeheuren Hetztause ausgesetzt, nachdem er im Oktober 1974 Ulrike Meinhof in der Moabiter Untersuchungshaftanstalt besucht hatte. Von Kreisen aus der Kirche wurde sein Rücktritt gefordert und die „Boulevardblätter berichteten von einem Briefschmuggel des Bischofs.“ (U. Kleinert, „Seelsorger oder Bewacher“, rororo-Taschenbuch).

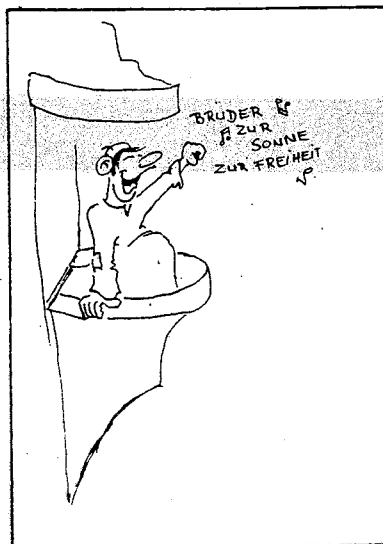
Die gute Stellung in der Kirchenhierarchie bewahrte den Bischof vor Disziplinarmaßnahmen. Anders ging es der Sozialarbeiterin Undine Z., die den Bischof bei seinem Besuch bei Ulrike begleitet hatte und die durch ihren Beruf ständigen Kontakt mit den Häftlingen hatte. Sie wurde im November 1974 verhaftet, weil die Staatsanwaltschaft glaubte, in ihr eine heiße Spur zu denjenigen gefunden zu haben, die für den Tod von Kammergerichtspräsident Drenkmann verantwortlich sind. Obwohl sich diese Vermutungen als unberechtigt herausstellten, ging die Hetzkampagne gegen Undine weiter. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen wurden die drei Anstaltsgeistlichen der Moabiter Untersuchungsanstalt

gefeuert, nachdem Verhöre und diskriminierende Maßnahmen gegen sie stattgefunden hatten, in denen ihnen keine Verfehlungen nachgewiesen werden konnten!

In Bayern wurde der Anstaltsseelsorger der Justizanstalt Bernau nach drei Jahren Tätigkeit entlassen, weil er sich „zu sehr mit den ihm anvertrauten Gefangenen solidarisiert“ hatte (Kleinert). Er schreibt selbst dazu in einem Brief an den bayerischen Justizminister Held: „Nur eines erkenne ich an, und das ist der Vorwurf, ich hätte mich zu sehr mit den zu Betreuenden solidarisiert. Ich glaube immer noch, daß ein Pfarrer, der sich als eine Art Advokat der Gefangenen versteht, trotzdem im Dienst der Justiz handelt und ihr damit nicht in den Rücken fällt“ (zit. nach Kleinert). Er kritisierte Verordnungen des Strafvollzuges, „weil man Menschen nicht nur verwalten darf. Die Justiz ist besessen von Sicherheitsgedanken. Da ist menschliches Empfinden schon eine Ordnungswidrigkeit“ (zit. nach Kleinert).

Ebenfalls entlassen wurde die Anstaltspfarrerin Jutta J., die zwei Jahre lang in dem Frankfurter Frauengefängnis tätig war. Ihr wurde zu starke emotionale Nähe zu den Inhaftierten vorgeworfen, die sie auch den Gefangenen der Bewegung 2. Juni nicht entzog, wenn sie es wünschten. Jutta J. sieht die besonderen Möglichkeiten des Pfarrers so: „Die Gefangenen sehen im Pfarrer eine Person, die nicht in die Hierarchie des Justizvollzuges hineingehört... Sie sehen in ihm die einzige Person im Haus, die Schweigepflicht hat“ (Kleinert). Zu den von Jutta J. betreuten Frauen gehört auch Ilse Jandt. Als Ilse nach Berlin verlegt wurde, schrieb Jutta J. ihr einen Brief mit ermutigenden Worten. Der Brief landete jedoch in den Händen der alliierten Geheimdienste in Westberlin. Obwohl nach einigen Auseinandersetzungen mit der Justizbehörde und der Kirchenleitung die Vorwürfe als erledigt angesehen und Jutta weiterhin das Vertrauen ausgesprochen wurde, mußte sie wenig später gehen und darf das Anstaltsgelände nicht mehr betreten, wozu sie eigentlich das Rechte hätte, da sie einen Auftrag zur Betreuung von Straftlassenen hatte.

Kirchenkommission



Disziplinarverfahren gegen Pastoren wegen Besetzung der Petri-Kirche in Hamburg

Schon wenige Tage nach Beendigung der Besetzung der Hamburger Petri-Kirche wußte das „Hamburger Abendblatt“ (HA) zu berichten, daß gegen vier von den an der Besetzung beteiligten Pastoren ein Verfahren wegen Verletzung der Amtspflichten eingeleitet würde (HA vom 28.4.79). Zu diesem Zeitpunkt waren weder die genannten Pastoren von einem entsprechenden Beschluß der Kirchenleitung in Kiel informiert, noch hatte die Kirchenleitung ihre Ermittlungen darüber, welche Pastoren nun beteiligt waren, endgültig abgeschlossen.

Das Springer-Blatt hat zweifellos das Interesse, die Stimmung gegen fortschrittliche Pastoren durch gezielte Hetze in der Öffentlichkeit anzuhetzen. Entweder nun hat sich die Kieler Kirchenführung durch Springers Aufruf zum Disziplinarverfahren anregen lassen oder aber die Springerpresse bekommt die Beschlüsse der Kirchenleitung zugespielt, noch ehe sie gefaßt sind. — Wie es auch sei, die Zusammenarbeit klappt vorzüglich. Die genannten Pastoren und noch einige darüber hinaus erhielten inzwischen die Mitteilung, daß gegen sie ein Verfahren wegen „Verletzung der Amtspflichten“ eingeleitet sei.

Nun fragt sich der AK-Leser wahrscheinlich genauso wie die betroffenen Pastoren, wieso eigentlich für Geistliche der Aufenthalt in einer Kirche eine Verletzung der Amtspflicht sein könne.

Für die Pastoren, die die Besetzung aktiv unterstützten und mittrugen, war es — wie sie immer wieder betonten — eine neue und außerordentlich wohlthuende Erfahrung, daß ein solches Kirchengebäude, das sonst meistens leer steht oder gelegentlich von wenigen Besuchern zu sterilen Gottesdiensten aufgesucht wird, endlich einmal mit Leben gefüllt war und sich für die vielfältigen Aktionen und Unternehmungen der Besetzer wegen seiner Architektur und auch seiner Größe ausgesprochen gut eignete. Deswegen und besonders wegen ihres Engagements in der Anti-AKW-Bewegung war eine große Anzahl von Pastoren und anderer kirchlicher Mitarbeiter von Anfang an mit viel Elan an der Besetzung beteiligt.

Die Führungsspitzen der Kirche und auch der Kirchenvorstand reagierten zunehmend mit Druck auf die Besetzungsaktion, wobei es ihnen ein besonderer Dorn im Auge war, daß ihre eigenen Funktionäre sich nicht nur neben, sondern mitten unter die Besetzer stellten. Anfänglich bestand

offenbar bei der Kirchenbehörde die Hoffnung, ihre Seelsorger zu einer Art Geheimpolizei in der Petri-Kirche benutzen zu können: sie sollten für Ruhe und Ordnung sorgen und möglichst darauf hinwirken, daß die Besetzung abgebrochen würde. Anfängliche Zugeständnisse, wie das Bemühen des Petri-Pastors von Schlippe, eine Begnadigung für den verurteilten AKW-Gegner Eso zu erwirken, Bereitstellung der Lautsprecheranlage für öffentliche Diskussionen und die Versicherung, auf einen Polizeieinsatz zu verzichten, waren schnell wieder zurückgenommen, als sich herausstellte, daß die Besetzung längerfristig angelegt wurde und daß die Pastoren jede Form des Auftragsdienstes für die Kirchenführung ablehnten.

Ein erstes Gespräch mit dem Hamburger Bischof Wölber endete damit, daß dieser die Flucht ergriff, als er auf folgende Parallele hingewiesen wurde: zum Hitlerfaschismus habe die Kirche zunächst auch geschwiegen, sie habe daraus zu lernen und müsse ihre Aufgabe darin sehen, dafür zu sorgen, daß hinterher keiner sagen könne, er habe von den Gefahren des Atomprogramms nicht gewußt. Wölbers Reaktion wirft auch ein Licht auf seine damalige politische Haltung.

Die Kirchenführer zielten nun darauf, einen Anlaß zu finden oder zu provozieren, der die Besetzer zum Verlassen der Kirche zwingen würde.

Willkommen war dafür der nach einiger Verzögerung in Hamburg eingetretene Haftbefehl gegen Eso, der möglicherweise einen Polizeieingriff unumgänglich machte. Als Eso dann verschwunden war, setzten sie alles daran, den Straftatbestand der „Störung der freien Religionsausübung“ herzustellen. Dies war allerdings nicht ganz einfach, weil die Besetzer Wert darauf legten, daß die Gottesdienste in der Petri-Kirche störungsfrei verlaufen konnten. Auch ein Kirchenkonzert, die Johannispassion, konnte reibungslos durchgeführt werden — die Besetzer nahmen auf Wunsch des Dirigenten eigens ihre Transparente ab. Als nach dem Verklingen des Schlußaktes dann wieder ein Spruchband entrollt wurde, meinten die Petri-Pastoren, dies könnten sie endlich als die ersehnte Gottesdienststörung auslegen. Ähnlich wurden einige Zwischenrufe, die der Prediger Kopfermann provozierte, beim Gottesdienst am Freitag vor Ostern ausgelegt. Er brach seine Veranstaltung wegen angeblich tumultartiger Störung ab. Ein gefundenes Fressen in diesem Zusammenhang war dann schließlich das Auftreten einiger Neo-

faschisten, die einen Besetzer krankenhausreif schlugen. Nun wollten die Kirchenfürsten und die Springer-Redakteure plötzlich bei den Besetzern Waffen gesehen haben. Aus dem Versuch, den Angriff der Faschisten abzuwehren, wurde nun der faden-scheinige Anlaß genommen, die Ostergottesdienste nicht mehr in der Kirche stattfinden zu lassen, um endlich behaupten zu können, die Religionsausübung sei in der Kirche gestört.

Der Tod eines Kirchenvorstehers der Petri-Gemeinde wurde dann schließlich ausschlaggebend für die Räumung der Kirche. Angeblich müßte die Trauerfeier nun unbedingt in der Kirche stattfinden, obwohl solche Veranstaltungen üblicherweise in den eigens dafür gebauten Friedhofskapellen abgehalten werden.

Die Besetzer verließen dann am Mittwoch, den 18.4., nach mehr als zwei Wochen ihr Asyl. Weil die Pastoren weder der Empfehlung noch der Aufforderung, für die Räumung der Kirche zu sorgen, nachgekommen waren, sondern immer betont hatten, sie seien Besetzer wie alle anderen auch, werden sie nun vor die kircheninterne Gerichtsbarkeit gezerrt. Diese Verfahren sollten genutzt werden, auf breiter Basis auch im Bereich der Kirche die Auseinandersetzung um das Atomprogramm der BRD-Regierung verschärft zu führen.

In Fällen wie Militarisation, Tode-schuß für die Polizei, Euthanasie u.ä. übernimmt die Kirche mit ihrer Militärseelsorge, Polizeiseelsorge und als gesellschaftlicher Garant für „richtige“ ethische Entscheidungen die Funktion vor der Öffentlichkeit, durch Bourgeoisie und vom Staat gesteuerte politische Entwicklungen moralisch zu rechtfertigen. Diese Rolle spielt sie auch in der Debatte um Atomkraft. Inzwischen gibt es schon eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Christen, die sich eindeutig gegen Atomenergie ausgesprochen haben und die es für ihre Christenpflicht halten, gegen das Atomprogramm der BRD Stellung zu beziehen. Die Auseinandersetzungen um die Amtszuchtverfahren gegen die Hamburger Pastoren können dazu beitragen, das traute Miteinander von Kapitalisten, Staat und Kirche zumindest in der Frage der Atomkraft erheblich zu beeinträchtigen.



Katholische Kirche: „Homosexuelle und Perverse“

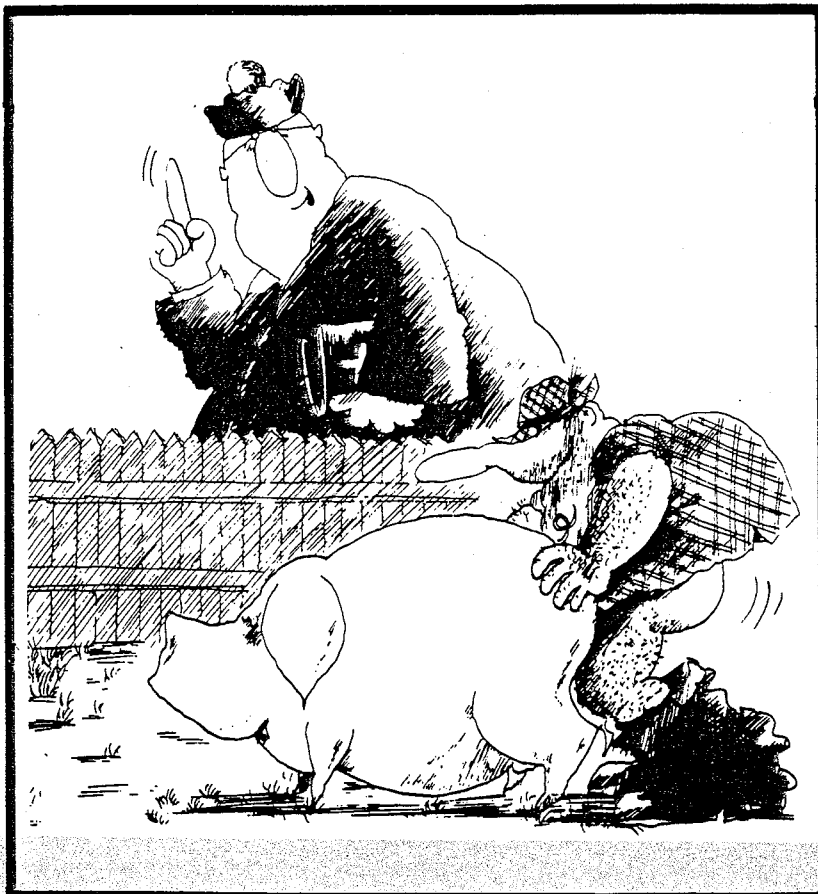
Zwei katholische Theologieprofessoren traten als Sachverständige auf, als der kultur-politische Ausschuß des bayrischen Landtags über einen Gesetzentwurf zur Sexualerziehung an Schulen beriet. Beide sprachen sich entschieden gegen Sexualkundeunterricht an den Schulen aus. Dieser würde die „sexuelle Verwahrlosung“ der Jugend begünstigen: *„Frühabtreibungen, Geschlechtskrankheiten, Kinderlosigkeit, Scheidungen und Impotenz 17-jähriger Schweden seien letztlich die Folgen der sexuellen Erziehung an der Schule“* (FR, 24.1.79). Der Moraltheologe Franz Gaar aus Regensburg faßte seine Moral in direktem Anschluß an den *„Maria Goretti Kreis“*, der selbst noch den bayrischen Kultusminister Maier als *„Schul-Sex-Maier“* brandmarkt, folgendermaßen zusammen: Der Geschlechtsverkehr sei eine *„geistig-personale Versenkung“* in *„keuscher Reinheit“*, *„die Selbstbefriedigung sei pervers und Homosexualität ein Mißbrauch“* (FR). Johannes Bökelmann, Theologieprofessor aus Bad Honnef, äußerte kraft seines Sachverständigen, die Schule solle generell auf *„Sexualkunde verzichten und sich mit blanker biologischer Information bescheiden“* (FR).

Kurz zuvor schon hatte die bayrische Bischofskonferenz die Probleme der Sexualerziehung erörtert und war zu folgendem Ergebnis gekommen: *„Eine Sexualerziehung, die ihre Maßstäbe nicht der christlichen Wertordnung entnehmen würde, stünde nicht im Einklang mit dem geltenden Recht und könnte daher nicht von uns akzeptiert werden“* (FR, 20.1.). In Richtlinien befassen sich diese Bischöfe mit den beliebten Themen wie Selbstbefriedigung, voreheliches Sexualverhalten, Empfängnisverhü-

zung und Geburtenregelung bis hin zu *„Homosexualität und anderen Perversionen“* (FR, 23.1.). Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang der *„Unterführer“* des Augsburger Priesterseminars, Dietmar Bernst; er ist Leiter der bischöflichen Kommission für schulische Sexualer-

ziehung und gleichzeitig Mitglied der Richtlinienkommission für Sexualerziehung im bayrischen Kultusministerium. Übrigens, es herrscht eine strenge Trennung von Thron und Altar in diesem unseren Lande.

Kirchenkommission



Schwarzes Bayern

Einem Religionslehrer an einem Nürnberger Gynasium wurde Anfang Oktober die Lehrerlaubnis vom Erzbischof Bamberg entzogen. Begründung: Er habe seine beiden Töchter noch nicht taufen lassen. Der Religionslehrer, Bernd Organ, berief sich dabei auf das Elternrecht und auf die Bibel.

In einer Stellungnahme — er hat inzwischen dem Erzbischof von Bamberg, Elmar Maria Kredel, ein Gerichtsverfahren angedroht — schreibt er: *»Zu den Theologen, die einen Taufaufschub für möglich bzw. empfehlenswert halten, zählen u. a. A. Kirchgässner, P. Schoonenberg, P. Lengsfeld, der Augsburger Neutestamentler H. Leroy, und insbesondere der renommierte Dogmatiker*

Walter Kasper, also Namen, die sich nicht einfach in die linke Ecke abdrängen lassen ...

Es ist nicht einzusehen, daß die Inanspruchnahme des Elternrechts auf eine angemessene, kindgerechte und sachgemäße religiöse Erziehung der eigenen Kinder dem Auftrag eines Religionslehrers widersprechen soll. Das Gegenteil ist genau der Fall.«

Darauf der Schulleferent des Bischofs, Johann Krauser, rotzfroh: *»Ein Religionslehrer könne sich nicht auf das Elternrecht berufen, da er sich an die Weisungen der Kirche zu halten habe.«*

Das erzbischöfliche Ordinariat sieht in dem Vorfall ein *»Ärgernis«* und verweist auf die *»Lehre und Dis-*

ziplin«, gegen die der Studienrat verstoßen habe. Das Kirchenrecht lege fest, daß Kinder *»möglichst bald«* zu taufen seien.

Aber auch in anderen Bereichen will das Bamberger Bistum *»härtere Maßstäbe ... anlegen«*. Nach im Mai verabschiedeten Richtlinien darf ein katholischer Religionslehrer, der mit einem Partner anderer Konfession verheiratet ist, nur mit Sondergenehmigung des Bischofs Unterricht halten. (Laut *»Frankfurter Rundschau«*, 21.10.78, *»Nürnberger Nachrichten«*, 19.10.78).

KB/Gruppe Nürnberg

Katholikentag Freiburg

Im letzten AK haben wir schon kurz auf den Katholikentag vom 13.-17.9. in Freiburg hingewiesen. Es scheint uns ganz nützlich zu sein, in Form einer kleinen Nachlese einen Eindruck über eine solche kirchliche Großveranstaltung zu vermitteln. Offenbar waren selbst die Veranstalter über den großen Besucherstrom erstaunt — beim letzten Katholikentag in München-Gladbach kamen 5.000 — diesmal sollen es 30.000 Dauergäste und insgesamt 100.000 Besucher gewesen sein. Spekulationen über das ungewöhnliche Interesse können wir uns nicht hingeben. Keineswegs handelt es sich allein um eine rapide Zunahme tiefer Religiosität und Weltabgewandtheit, denn es war eine große Zahl kritisch eingestellter, vor allem auch junger Christen, anwesend.

Kirche und CSU/CDU

Ohne Frage ist die Leitung, Programmgestaltung und Durchführung des Katholikentages fest in der Hand reaktionärer Kräfte — Klerus und Laien. Verantwortlich für die Durchführung zeichnet das „Zentralkomitee deutscher Katholiken“ (ZdK), das ein von der deutschen Bischofskonferenz anerkanntes „Organ der Laien“ sein soll. Allerdings handelt es sich dabei nicht um ein demokratisches, von der gemeindlichen Basis bestimmtes Gegenüber zur katholischen strengen Kirchenhierarchie, sondern ist eher ein Hebel für die gute Zusammenarbeit von Kirche, Staat und Kapital. Präsidenten des ZdK sind Politiker aus CSU oder auch mal aus der CDU. Zur Zeit ist es der bayerische Kultusminister Hans Maier, CSU.

Die Katholikentage scheinen eine gewisse demokratische staats- und kirchenkritische Tradition zu haben. Die „Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands“ 1848 ist als erster Katholikentag anzusehen, von daher hätten die Katholikentage „etwas Widerständiges, um nicht gleich zu sagen etwas Revolutionäres behalten“ („Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“ — „DAS“ — 17.9.78). „Das hat sich gelegentlich in aktuellem Widerstand gegen den Staat verdichtet, so daß dann auch von den damaligen Obrigkeiten die Katholikentage 1872 im Zusammenhang mit dem Kulturkampf und 1933 wegen Verweigerung der ‚Treueerklärung zu Führer und Reich‘ aufgelöst, bzw. verboten wurden“ („DAS“, 17.9.78).

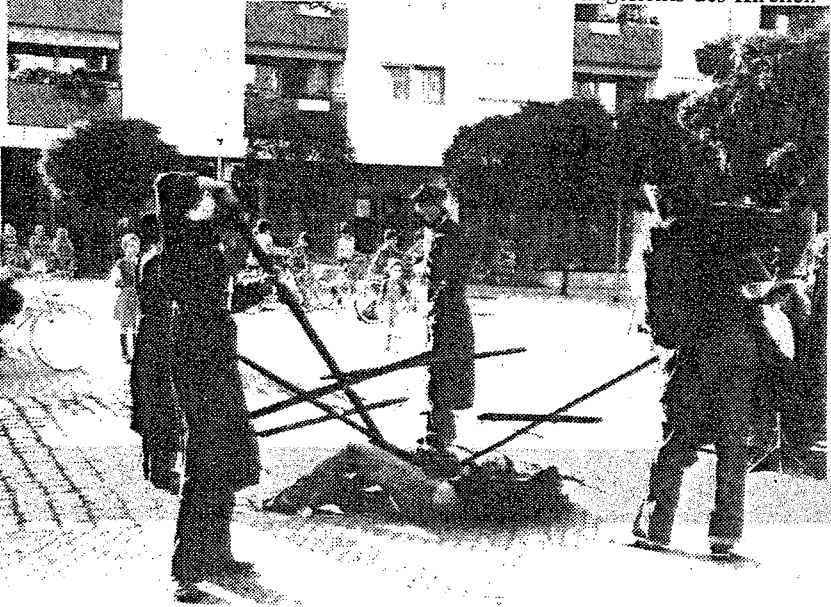
Heute fest in der Hand der CSU, rückt der Katholikentag allein durch die Initiative von Basisgruppen, kirchenkritischen und oppositionellen Christen in ein anderes als nur reaktionäres Licht. Hans Maier gab in seinem Hauptreferat bei der Abschlußkundgebung deutlich zu verstehen, wofür Religion und Kirche heute von der herrschenden Klasse gebraucht und genutzt wird. Gegen die Unsicherheiten, in denen der Mensch

heute lebe, sei es notwendig die verlorengegangenen Grundwerte wieder zu beleben. Für den Verlust dieser Werte seien vor allem die derzeitigen Regierenden verantwortlich, die insbesondere in Fragen des Schutzes ungeborenen Lebens, der Ehe und Familie und des Elternrechtes „Sicherheit und Zukunft für den Bürger“ vernichten. Deswegen lobte Maier die Menschen, „die vertrauensvoll aus Gottes Zusage hin ein Ja zum Leben: ein Ja zu ehelichen Treue, ein Ja zum Kind, ein Ja zum Priestertum, zum Ordensstand zu einem Leben der Einsamkeit und Selbstverleugnung, der Krankheit und des Verzichts“ („FR“, 27.9.78). Dafür wird die Religion gebraucht, die Menschen freiwillig in Unfreiheit, Demut, Gehorsam und Schicksalsgläubigkeit zu versetzen. So hat die CSU offenbar einen direkten Draht zu Gott selbst, denn Maier weiß: „Gott braucht Menschen ... bei aller Verschiedenheit der Interessenlagen (zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten — Anm. AK) ... bedarf es eines Minimums an Solidarität zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und zwischen den Generationen“ (ebenda). „Gott braucht uns in der Politik. Spätestens die Herausforderung bewaffneter Anarchie hat uns klargemacht, daß wir diesen Staat im täglichen Leben geduldig und offensiv vertreten müssen“. „Gott braucht uns in Europa. ... Wir wollen mithelfen, daß die ersten Direktwahlen zu einem europäischen Parlament in ihrer Be-

Gebäude, das den jeweiligen Notwendigkeiten der Zeit angepaßt ist. Franz Böckle (Moraltheologe aus Bonn) meinte in seinem Vortrag auf dem Katholikentag, daß der Mensch nur frei sei, wenn er sich nach „vernünftigen Regeln und Normen richtet“ (ebenda); wobei nicht die Vernünftigkeit problematisiert zu werden braucht, denn „letztlich ist es nur der ganz andere, der freilassende Gott, der unsere Freiheit garantiert“. Auf dieser Grundlage entwickelte Böckle dann relativ mühelos Rechtfertigungen für den Todesschuß, das Leistungsprinzip (verschärfte Ausbeutung), den Kriegsdienst. „Berufung ist nicht eigenmächtige Leistung (Wer beruft? Gott-Fink, Gott-Strauß, Gott-Schmidt, Gott-Maier, Gott-Kapitalismus oder wer? — Frage d. Verf.). Ein Jeder von uns hat seine Berufung in Demut zu leben“ (ebenda).

Andere Stimmen des Katholikentages

Beachtenswert war die Teilnahme des anfangs zunächst ausgeladenen Theologen J.B. Metz aus Münster am Katholikentag. Metz ist bekannt wegen seiner kritischen Haltung gegenüber der katholischen Kirche und für sein Eintreten für die Befreiung in Lateinamerika. Er setzt sich kritisch mit der „bürgerlichen Religion“ und „bürgerlichen Theologie“ auseinander und stellte angesichts des Kirchen-



Dies ist eine Aufnahme der Gruppe, kurz bevor der Polizeiüberfall stattfand.

deutung in unserem Land recht verstanden werden“. „Gott braucht uns in der dritten Welt. ... Europa muß mithelfen, daß diese Länder sich nicht durch zerstörerische innere Kämpfe selbst vernichten, daß sie nicht von einem marxistischen Neokolonialismus ins Schlepptau genommen werden“ (alle Zitate „FR“, 27.9.). Reaktionäre Theologieprofessoren verhelfen zudem zu einem ideologischen

tagmottos — „Ich will euch Hoffnung und Zukunft geben“ — fest: „Die messianische Zukunft wird so vielfach zur feierlichen Überhöhung und Verklärung vorgefaßter bürgerlicher Zukunft und — angesichts des Todes — zur Verlängerung dieser bürgerlichen Zukunft und des in ihr mächtigen Ich ins Transzendente“ („FR“, 21.9.). Metz macht an vielen Beispielen deutlich, daß die

„bürgerliche Religion“ eine totale Entstellung der Aussagen der Bibel sei und eine völlige Nutzbarmachung für die bürgerliche Ideologie. So wandte er sich gegen die religiöse Absicherung von Herrschaftsordnung und Hierarchie und meinte, die einzig Privilegierten seien bei Jesus die Unterprivilegierten gewesen. Er wandte sich gegen die „rigorose“ Haltung der Kirche in den Fragen der Ehescheidung, der Sexualmoral und des Pflichtzölibats für Priester (es wurden übrigens 5.000 Unterschriften gegen das Zölibat — Ehelosigkeit für katholische Priester — auf dem Kirchentag gesammelt).

Besonders lobend hob er die Entwicklung der Kirche in Lateinamerika hervor, wo es in den letzten zehn Jahren „einen Aufbruch, der sich als Umbruch von einer Kirche gegen das Volk zu einer Kirche mit dem Volk“ gebe. Metz ist der Meinung, daß Christentum, das sich an der Bibel orientiere, „in Zeiten der himmelschreienden sozialen Gegensätze in der Welt den Verdacht des Klassenverrats an den vermeintlich plausiblen Interessen der Besitzenden“ auf sich ziehe. „War Jesus nicht selbst in den Geruch des Verräters geraten? ... Würde er nicht als Verräter an allen scheinbar plausiblen Werten gekreuzigt? Müssen wir uns deshalb nicht darauf gefaßt machen, ... als Verräter an der bürgerlichen Religion angesehen zu werden?“ („FR“, 21.9.78).

Christen gegen AKW

Daß sich unter den Katholikentag - besuchern eine Menge AKW-Gegner befanden, zeigte sich schon bei der Eröffnungskundgebung. Als AKW-Gegner am Turm des Freiburger Münsters eine riesige weiße Anti-AKW-Fahne hielten, stieß dies auf große Zustimmung. Zu einem offiziellen Forum — „Atomzeitalter, Fortschritt oder Bedrohung“ — waren über 3.000 Besucher gekommen. Das Podium bestand aus sechs AKW-Befürwortern und zwei Skeptikern (FDP-Landtagsabgeordneter Schöttle und Freiburger Moraltheologe Stöckle), das wirft ein besonderes Licht auf die immer beschworene „Ausgewogenheit“ kirchlicher Veranstaltungen. Es war unübersehbar, daß die AKW-Skeptiker des Podiums und vor allem die AKW-Gegner aus dem Plenum, die zu Worte kamen, tosenden Beifall erhielten. Anti-AKW-Material, Broschüren etc. stieß auf großes Interesse bei den Katholikentagbesuchern.

Auch bei anderen Forumsveranstaltungen ist es zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Viele Antimilitaristen und Todesschußgegner meldeten sich bei dem Thema „Gewalt“ zu Wort. Besonders angegriffen wurde die herrschende Praxis der Menschenjagd mit Todesfolge im Zusammenhang der „Terroristenfahndung“.

Alternatives Programm

Bereits Monate vor dem Katholikentag hatten sich fortschrittliche

kirchliche Initiativen mit dem Ziel zusammengeschlossen, geplant in die offiziellen Veranstaltungen einzugreifen und ein alternatives Programm auf die Beine zu stellen. Im Haus der Evangelischen Studentengemeinde und im Jugendzentrum konnten die Initiativen auf Infotischen und Stellwänden ihre Arbeit vorstellen. Hier erstellte eine Gruppe eine alternative Katholikentagszeitung, in der kritische Artikel zum offiziellen Programm und weitergehende Informationen veröffentlicht wurden. Die Gruppe „Christen für den Sozialismus“ lud zu einer Veranstaltung „Christen in der Massengesellschaft“ ein, dazu hatten sie eine Gruppe von Arbeiterpriestern und Laien zu einem Bericht über ihre Arbeit gebeten. Ein Aufruf von Ernesto Cardenal an Gemeinden und Pfarrer in Deutschland, für den Freiheitskampf in Nicaragua zu spenden, wurde in Freiburg zusammen mit einem Info-Blatt über die Situation in Nicaragua verbreitet. DM 10.000 kamen daraufhin zusammen. Die „action 365“ — eine Gemeinschaft von christlichen Basisgruppen beider Konfessionen („wollen sich für andere engagieren (action) und ihr Tun jeden Tag im Jahr (365) am Evangelium ausrichten“) — lud zu einer Veranstaltung mit der Fragestellung „Brauchen wir einen neuen Lebensstil?“ ein. Als Star war Herbert Gruhl aufgefordert worden, über das Thema „Unser Leben in den Grenzen der Schöpfung“ zu sprechen. Ca. 1.500 Besucher kamen zu diesem Vortrag. Da von vornherein die Diskussion im Plenum ausgeschlossen war, stellten Freiburger AKW-Gegner in aller Eile ein Flugblatt her, auf dem sie kritische Fragen an Gruhl und die GAZ stellten. Die Ordner der Basisgruppen versuchten mit z.T. unsanften — sicher nicht evangeliumstreuen — Mitteln, die Flugblattverteiler aus dem Saal zu befördern; dabei gab es nicht unerheblichen Protest von Seiten der Veranstaltungsteilnehmer.

Stellenanzeige

Alleinstehender, seriöser älterer Herr mit Bibelgrundkenntnissen gesucht, zwecks sofortiger Amtsübernahme als Aushilfspapst. Tadelloser Gesundheitszustand erwünscht. Interessenten halten sich bitte reisefertig für Abflug nach Rom. Möbliertes Zimmer mit heiligem Stuhl wird gestellt, Berufskleidung ist ebenfalls vorhanden.

Bezahlung nach Tarif (momentan noch unklar, da die Tarifverhandlungen vor den Schlichtungsausschuß nach Wolke 61 verlegt wurden).

Interessenten im Raum Hamburg melden sich bitte am Heiligengeistfeld, Luftschutzbunker, Dachgeschoß.

Antiklerikale Front

Die „Claude Helvetius Gesellschaft“ eine Gruppe der „Marxistisch-Reichistischen Initiative“ (MRI) hielt zum Katholikentag eine antikleri-

kale Kampagne für angezeigt. In zwei Flugblättern stellten sie den reaktionären Charakter der Kirche dar — ihre Verbindung zum Faschismus, die Kriegshetze einiger Kirchenfürsten, die Sexualunterdrückung der Kirche bis in die heutige Zeit usw. Sie folgern daraus als Konsequenz, aus der Kirche auszutreten. Unter dem Aufruf „Treten Sie aus der Kirche aus!“ fand eine Demo in Freiburg statt, an der außer den MRlern einzelne Vertreter der Freiburger Linken beteiligt waren. Angesichts der vielen fortschrittlichen Aktivitäten auf dem Katholikentag mag diese Aktion sektiererische Züge getragen haben. Es ist nicht bekannt, wieviele Menschen zum gemeinsamen Kirchenaustritt am 14.9.78 um 10.00 Uhr am Rathaus gekommen sind.

Bullenüberfall auf Antiklerikale

Eine weitere Aktion der MRI sollte eine Kundgebung sein, bei der mit schauspielerischen Mitteln über die Verbrechen der Kirche in ihrer 2000-jährigen Geschichte aufgeklärt werden sollte. Für die Veranstaltung war der Gruppe ein Platz weitab vom Katholikentagsgeschehen zur Verfügung gestellt worden. Entsprechend kamen nur ganz wenige Besucher zu diesem sicher sehr einfallreichen Schauspiel. Nach ca. 20 Minuten „sahen sich Passanten in ihren religiösen Gefühlen verletzt“ („Badische Zeitung“) und alarmierten die Polizei. Was die „Badische“ nicht erwähnt, ist, daß es sich bei diesen Passanten um zwei Uniformierte handelte, die von Anfang an dabei waren und über Sprechfunk Verstärkung anforderten. Binnen kurzer Zeit umzingelten 60 Bullen die kleine Gruppe, beschlagnahmten die Requisiten und nahmen eine Darsteller fest. Nach einigem Hin und Her legte sich der Einsatzleiter darauf fest, es habe „Verunglimpfung religiöser Gefühle vorgelegen“, festgemacht daran, daß ein Darsteller eine Bischofsmütze und andere Kreuze trug (nach dem Flugblatt der Veranstalter). Dieser brutalen Unterdrückung der Meinungsäußerung stellte die „Claude Helvetius Gesellschaft“ einen Spruch von Maier aus seiner Eröffnungsrede gegenüber und zeigte damit die Verlogenheit auf: „Da wir deutschen Katholiken wissen, was es heißt, frei reden, frei sich versammeln zu können, denken wir in dieser Eröffnungsstunde auch an die Kirche in vielen Ländern der Welt, die zum Schweigen verurteilt ist“ (aus dem Flugblatt der „Claude Helvetius Gesellschaft“).

DKP begrüßt die Teilnehmer des Katholikentages

Mit einer „Sonderbeilage“ ihrer Freiburger Zeitung „Unsere Stadt“ war die DKP bemüht, ihre Gesprächsbereitschaft mit den Christen zu betonen. „Wir stellen uns freimütig der Diskussion über alle Fragen, die das Verhältnis von Christen und Kommunisten betreffen. Nehmen Sie unser Angebot wahr — zu unser aller

Nutzen" („Unsere Stadt"). Diese Freimütigkeit zu beweisen, veranstaltete die Freiburger DKP eine Podiumsdiskussion zu dem Thema „Christen und Marxisten — Möglichkeiten gemeinsamer Zukunftsbe-wältigung". Ca. 100 Personen besuchten diese Veranstaltung, darunter offenbar auch eine ganze Reihe DKP-Kritiker von links. Den eher etwas tristen Ausführungen des DKP-, SDAJ-, CAJ- („Christliche Arbeiterjugend", örtlich oft SDAJ-nahe) Podiums über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Christen und

Kommunisten folgte eine belebende Diskussion über das Verhältnis von Kirche und Staat, die Ausweisungen von Biermann und Bahro aus der DDR und die Unvereinbarkeitspolitik der DKP gegenüber Linken. Nach „Unsere Stadt" scheint es im Verhältnis von Kirche, Christen und Staat in der DDR überhaupt keine Probleme zu geben oder gegeben zu haben. — Wahrscheinlich hat die DKP es gar nicht wahrgenommen, daß sich in den Kirchen der DDR ein großer Teil der Reaktionäre und Antikommunisten gesammelt hatte und massives Boll-

werk gegen die DDR war und auch noch ist — vergleiche Brüsewitz.

Kirchliche Massenveranstaltungen bieten also offensichtlich eine ganze Menge Möglichkeiten, fortschrittliche Aktivitäten zu entfalten. Dies ist in Freiburg von den linken politischen Gruppen nicht besonders stark ausgenutzt worden. Für den evangelischen Kirchentag im Sommer 1979 in Nürnberg sollten daraus Lehren gezogen werden.

Kirchenkommission

Leserbrief zum Artikel über den Katholikentag

„Kirche ist nicht gleich Kirche" — oder das Herz der Kirche ist so weit, daß auch der AK hoffen mag, dort einen Platz zu finden — verdient hätte er sich den redlich mit seiner Seite zum Katholikentag in Freiburg. Er findet in der Kirche da vielfältig Fortschrittliches und redet den „linken Christen" ihre Berufung auf die Pluralität der Basis nach, auf den ewigen Alibi — Helder Camara —, deren hartnäckigste Ausflucht vor einem wirklich fruchtbaren Engagement, mit dem man auf dem Kirchentag dauernd zu tun hatte. Die klare Aufforderung zum Kirchenaustritt dagegen scheint ihm eher „abgehoben" oder „sektiererisch".

Warum ist die Parole „Kirchenaustritt" richtig?

Kirche ist 1. eine mächtige Organisation, die ihren Einfluß und Geld darauf verwendet, menschliche Lehnslust und Sexualität zu bekämpfen, vorzugsweise reaktionäre Regimes, Kriege und Faschisten zu unterstützen. Das ist die gewollte materielle Wirkung der Kirche nach aller historischen Erfahrung (die grausigen Einzelheiten lese man bei Deschner nach). Gründe genug, die kläglichen Phrasen von wegen christlicher Hoffnung und

Nächstenliebe in ihrer Hohlheit zu erkennen und dieser menschenfeindlichen Organisation jede Unterstützung durch Mitgliedschaft und Beiträge zu entziehen. Kirche basiert zweitens mit der Religion auf einer Ideologie, die wie jede Ideologie die Funktion hat, die Energie potentiell fortschrittlicher Menschen auf Irrwegen verpuffen zu lassen. Viele Basischristen nehmen die „guten Ansätze" der Kirche sicher ernst. Sie sind Opfer der Ideologie. Für den Marxisten kann es keine Ideologie guter oder schlechter Moral geben. Jede Ideologie ist reaktionär und muß bekämpft werden, da sie durch die Verkenntnis der Realität deren planvolle Veränderung unmöglich macht. Aber nicht jeder Anhänger einer Ideologie ist damit nur reaktionär. Die fortschrittlichen Tendenzen in ihm zu stärken und aus ihrer ideologischen Bindung heraus für einen fortschrittlichen Kampf freizusetzen heißt: die Ideologie schonungslos zu entlarven. Nicht umgekehrt, wie der AK, seine Ideologie aufzuwerten und als geistige Heimat akzeptabler zu machen, indem man die unterdrückten fortschrittlichen Tendenzen hochjubelt und betont, daß ihr auch potentiell Fortschrittliche

anhängen!

Die Aufforderung zum Kirchenaustritt heißt nicht, gegen die Kirchenmitglieder zu kämpfen (die oft eben nur deren subjektiv ehrliche Opfer sind), sondern heißt, um sie kämpfen.

Der Kirchenaustritt ist nur äußeres Zeichen einer Bewußtseinsänderung. Nun wissen wir (spätestens mit der Psychoanalyse), daß unbewußte Hemmungen bestehen, das, was noch so klar zutage liegt, wirklich und sofort zu akzeptieren oder die logisch nicht so zwingenden praktischen Konsequenzen zu ziehen. Bewußtseinsänderung ist deshalb ein langwieriger Prozeß. Für Marxisten heißt das: geduldig aufklären.

Eine äußere Handlung läßt sich aber leichter bestimmen, als sich falsches Bewußtsein aus dem Kopfe reissen läßt. Sie wirkt aber unweigerlich bestärkend auf das sich entwickelnde Bewußtsein zurück. Das wollen wir, darum haben wir auf dem Katholikentag mit jungen Menschen diskutiert, darum Kirchenaustritt.

Ein Freiburger Antiklerikaler

Anmerkung der Kirchenkommission des KB zum Leserbrief des Freiburger Antiklerikalen

Der Genosse wirft uns vor, daß wir es begrüßen, wenn auf einer klerikalen Massenveranstaltung, deren reaktionäre Stoßrichtung wir kennzeichnen, christliche Gruppen und Einzelpersonen politische Aktivitäten entwickeln, daß wir dabei gegenüber dem Kampf gegen Atomkraftwerke, der Unterstützung der Befreiungsbewegungen in Lateinamerika und Afrika, den Diskussionen über das Verhältnis von Christentum und Sozialismus die Aufforderung zum Kirchenaustritt dagegen für abgehoben und sektiererisch halten.

Wir meinen, daß die Unterstützung und Zusammenarbeit in solchen politischen Aktionen Vorrang vor dem Kampf gegen die Religion haben sollte, wobei wir keinesfalls in Opportunismus gegenüber Kirche und Religion verfallen und ihre Menschenfeindlichkeit vergessen, ganz im Gegenteil.

Lenin schreibt: „Ein Marxist muß Materialist sein, d.h. ein Feind der Religion, doch ein dialektischer Materialist, d.h. ein Materialist, der den Kampf gegen die Religion nicht abstrakt, nicht auf dem Boden einer abstrakten, rein theoretischen, sich stets gleichbleibenden Propaganda führt, sondern konkret, auf dem Boden des Klassenkampfes, wie er sich in Wirklichkeit abspielt, der die Massen am meisten und am besten erzieht" (Lenin Werke Bd. 15, S.410).

Wir werden sicher die Christen dem Einfluß des reaktionären Klerus und der religiösen Ideologie und Moral erfolgreicher entreißen, wenn wir uns in konkret stattfindenden Kämpfen und politischen Aktionen mit ihnen zusammenschließen, ohne jedoch dabei unsere grundsätzliche Haltung gegenüber der Religion — „Opium für das Volk" — zu verheimlichen. Kir-

chenaustritt allein bedeutet dagegen nicht so zwangsläufig einen Ansatz zu fortschrittlichem Bewußtsein. Der Bruch mit der kirchlichen Ideologie bedeutet keineswegs automatisch Parteinahme für den Sozialismus, da diese nur eine von diversen reaktionären imperialistischen Ideologien ist. Die Nazis haben 1933 zunächst massiv zum Kirchenaustritt und Kampf gegen das Christentum aufgerufen, bis sie merkten, daß Führerprinzip und Kirche für die meisten Kirchenmitglieder keineswegs ein Widerspruch waren und daß die Kirchenführer selbst einen arischen Christus kreierten.

Gegenüber einem Bewußtsein, das lediglich zum Kirchenaustritt führt, sind christliche Atomkraftgegner, Antifaschisten, Antimilitaristen u.a.m. wesentlich fortgeschritten in ihrem politischen Bewußtsein.

Wieviel Päpste braucht der Mensch?

Nachdem Paul VI verblichen war, hätte man auf die Idee kommen können, daß es auch ohne Papst geht. Gegen das Entstehen solcher Gedanken haben die katholische Kirche und diejenigen, die Interesse an diesem hierarchischen Machtinstrument haben, sich mächtig ins Zeug gelegt. Als Paul tot war, wurde die große weltweite Trauer angesagt, niemand konnte sich dem entziehen, der noch irgendein Informationsmittel zur Kenntnis nimmt. In der BRD war wegen des Todes eines gewissen italienischen Herrn Montini in Funk und Fernsehen Trauermusik für den Abend und die Nacht verordnet. Während der nächsten Tage konnte man erfahren, daß jede wichtige Persönlichkeit der imperialistischen Welt den Verstorbenen rühmte als einen Menschen der für Frieden und Gerechtigkeit eingetreten sei, wie es jedem bekannten Toten der Regel nachgesagt wird. Wenige Tage später wurden wir mit Detailinformationen darüber gefüttert, wie der neue Papst gewählt wird, in was für Betten die würdigen Herren schlafen, wie es sich mit dem Rauch verhält etc. Dies war dargestellt wie ein exotisches Gebilde, vor dem man staunend und bewundernd verweilen kann. Verschleierte allerdings wird, daß ein Mensch mit weitreichender vor allem ideologischer Wirkungskraft an die Spitze eines weltweiten Imperiums auf völlig undemokratische Weise gelangt.

Diesem heiligen Herrscher huldigen nicht nur fromme katholische Kirchenkreise, sondern auch „weltliche“ Führungskräfte betrauern den Verstorbenen und beglückwünschen den Neuen und bestätigen seinen ideologischen Einfluß. Carter (USA): „Ich bete dafür, daß Ihre Stimme von allen Menschen in der Welt, die guten Willens sind, gehört werde.“ (FR 28.8.) Helmut Schmidt (SPD) (BRD) verweist bezüglich der Verantwortung für den Frieden in der Welt wieder an die richtige Stelle, nachdem frühere Theoretiker seiner Partei behaupteten, der Mensch mache die Geschichte: „Möge Gott dem Wirken Eurer Heiligkeit für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt reichen Erfolg schenken“ (FR 28.8.).

Der neue Papst – Albino Luciano – nennt sich Johannes-Paul I und warnt denn auch davor, „Gott zu rsetzen“ und „das brüderliche Leben in eine geplante Kollektivierung“ umzuwandeln (FR). Auf dieser Grundlage kann er dann gut auch Appelle loslassen, damit die Menschen für „Wahrheit, Gerechtigkeit, Frieden, Eintracht und Zusammenarbeit innerhalb der Staaten und unter den Menschen eintreten“ (FR), denn sind erst einmal die Menschen der letzten Verantwortung für die Zustände in der Welt enthoben und ist eine grundsätzliche Absage an den Kommunis-

mus gemacht, hat die Kirche ihren Dienst für den Imperialismus erfüllt und kann sich in bedauernden Worten über Elend, Armut und Ungerechtigkeit in der Welt ergehen.

Vor dem Abschluß der Papstwahl wird ordentlich spekuliert, ob es nun einen konservativen, einen reformerischen-progressiven oder einen Mann der Mitte geben werde. Johannes-Paul scheint nun nicht gerade ein Fortschrittler zu sein: während der Wahlen 1975 und 76 in Italien bezog er entschieden Stellung gegen Kommunisten und Sozialisten und kritisierte auf das schärfste die Priester, die sich für die Zusammenarbeit mit ihnen entschieden. Ebenfalls entschieden ist er gegen die Ehescheidung und für die Unauflöslichkeit der Ehe eingetreten, und selbstverständlich sprach er sich entschlossen gegen die Freigabe der Abtreibung aus. Eine fortschrittlichere Fraktion italienischer Katholiken bezeichnet ihn deswegen als strengen Moralisten, Konservativen und Antikommunisten.

Insbesondere konnten fortschrittliche Christen in der 3. Welt bei ihrer Unterstützung der Befreiungsbewegungen eine gewisse Autorität für ihre Haltung geltend machen. Nach dem Konzil allerdings ist die offene Diskussion auch wieder abgeschlossen gewesen, und Pöllen-Paul ist bewußt als konservatives Gegengewicht eingesetzt worden. Dennoch wird in Nachrufen betont, er habe konsequent an den Beschlüssen des 2. Konzils festgehalten.

So besagt es auch überhaupt nichts, wenn Johann-Paul sich auf seine Vorgänger und das Konzil be ruft.

Daß es im Grunde auf die individuelle Person des Papstes nicht ankommt, wird daran deutlich, daß Konservative und „Progressive“ gewisse Hoffnungen in den neuen Papst setzen. Der Erzreaktionär Lefebvre ist zwar durch die Namenswahl des neuen Papstes „leicht beunruhigt“, hofft aber, „er wird unserer Sache aufgeschlossener gegen-



Nun muß man mit großer Berechtigung die Frage erheben, wieso jemand die Hoffnung hegen kann, in der Funktion eines Papstes, die ja selbst schon Ausdruck finsterster Reaktion ist, noch einen progressiven Menschen zu treffen. Der vorletzte Papst, Johannes XXIII., galt als ein solcher. Tatsächlich haben sich viele Christen durch die Ergebnisse des von ihm einberufenen 2. Vatikanischen Konzils ermutigt gefühlt, ein wenig mit dem erzreaktionären Geist der katholischen Kirche aufzuräu-

überstehen“ (FR 28.8.) als Paul VI der Lefebvre seiner Ämter enthoben hat.

Der neue Papst sei ein „konsequenter Christ, ausgezeichnete Priester und sicherer Theologe“ (FR 28.8.), so Lefebvre-Anhänger, Faschist Almirante: „Als Katholik und Italiener begrüße ich die Wahl Lucianis zum Papst“ (FR).

Die progressiveren Katholiken können zwar nicht übersehen, daß Jo-P I eine solide konservative Vergangenheit hat, sie trösten sich aber

damit, daß man die „Vergangenheit eines Papstes nicht überbewerten“ dürfe, und daß er aus einer armen Familie stamme.

Zur Papstwahl hatten 10 fortschrittlichere namhafte Theologen (Rahner, Greinacher, Küng u.a.) Kriterien für einen Papst nach ihrem Geschmack aufgestellt: echter Seelsorger, weltoffener Mensch, wirk-

licher Christ, kollegialer Mitbischof, wahrer geistiger Führer und ökumenischer Vermittler. Küng sieht alle diese Forderungen erfüllt, während Greinacher gewisse Zweifel hegt, die sich besonders auf die Haltung des neuen Papstes zur Situation in den Ländern der 3. Welt bezieht. Erstaunlich ist, daß fortschrittliche Katholiken alle möglichen Forderun-

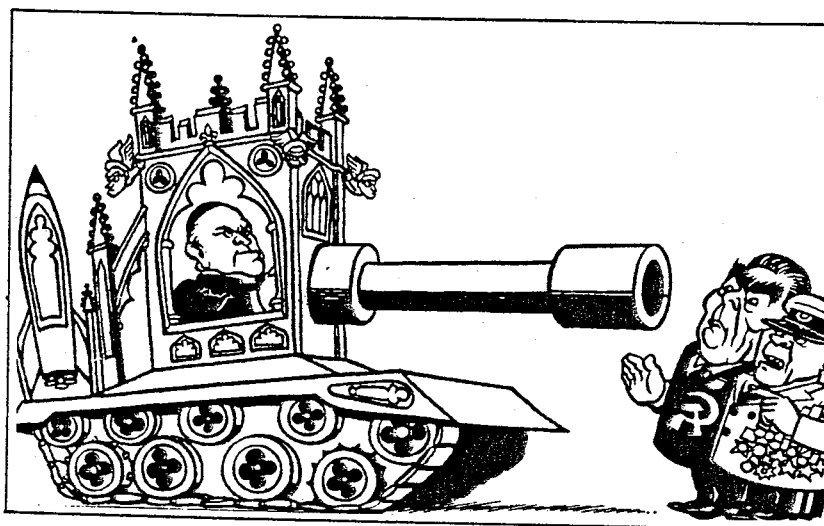
gen an den Papst haben und Kritik an der Situation der katholischen Kirche formulieren (Ehelosigkeit der Priester, Ehescheidung, Abtreibung usw.), aber niemals für die Abschaffung des Papstes plädieren, der schließlich in allen diesen Fragen die letzte Entscheidung trifft.

Kirchenkommission

Jeder neue Papst wieder eine Überraschung

Die 120 papstwählenden Kardinäle mit ihren weißen Wölkchen halten immer wieder die ganze Welt in Atem und erzielen jeweils umwerfende Ergebnisse. Nach dem kurzen Zwischenspiel des Proletarier- und Sozialistensohnes Joh.-Paul I nun gar ein Papst aus dem „kommunistischen“ Ausland! Gab es an der Wahl von Joh.-Paul I noch einige „linke Kritiker“, so sind offenbar mit der Wahl des Polen Wojtyla, Joh.-Paul II, rechte und „linke“ Katholiken vollauf zufrieden. Die einen erhoffen von dem polnischen Papst eine Öffnung der katholischen Kirche zum Sozialismus, eine Liberalisierung in Fragen des Zölibats, der Ehescheidung, der Sexualität und der Abtreibung; außerdem eine Stellungnahme für die Theologie der Befreiung in den Ländern der dritten Welt insbesondere für Lateinamerika, wo zur Zeit gerade während der Bischofskonferenz darüber verhandelt wird.

Wie kaum anders zu erwarten, bestärken sich hingegen die Hoffnungen der Rechten. Die „sozialistischen“ Staaten werden zur Öffnung für den Einfluß der katholischen Kirche gezwungen. Hatte die polnische Regierung Paul VI vor kurzem noch die Einreise zu einer klerikalen 1000-Jahrfeier verweigert, so wird jetzt triumphierend festgestellt: „Dem Papst kann die Warschauer Regierung nicht wie 1967 dem Kardinal Wyszyński, vor seiner Reise nach Rom den Paß konfiszieren. Dem polnischen Papst kann sie auch kaum — wie Paul VI. ... — die Einreise verwehren, wenn es ihn in die Heimat zieht“ („Spiegel“ 43/78). Die polnische Regierung muß diese Papstwahl als „Sicherung der Friedenspolitik“ öffentlich begrüßen, wohl wissend, daß es sich hierbei um einen geschickten Schachzug der Reaktion und der Antikommunisten handelt. Die Macht der ohnehin in Polen schon starken oppositionellen katholischen Kirche wird jetzt noch enorm gesteigert und überträgt sich auch auf die Kirchen in den anderen RGW-Staaten.



Wojtyla hatte schon im letzten Jahr sein Programm im Bereich des Erziehungswesens angekündigt: „Die Schulen würden von der Nation finanziert, die Nation aber sei nicht atheistisch sondern katholisch. Die ‚kleine Minderheit‘ an der Spitze der Nation dürfe nicht dem ganzen Volk ihren Atheismus aufzwingen“ („Spiegel“ 43/78). Von Rom aus ist die Autorität dafür natürlich wesentlich größer. Wojtyla steht nicht als Zeichen für eine gewisse Öffnung zur Auseinandersetzung mit dem Marxismus, sondern eher als Zeichen für die grundsätzliche Beendigung noch bestehender Ansätze dieses Dialoges. „Man sollte nicht erwarten, dieser Papst werde gestatten, daß Christen zu Marxisten und Leninisten werden. ... Zum ersten Mal kommt nun ein Papst nach Rom, der den Marxismus nicht nur aus Büchern kennt, sondern ihn in jahrelanger Praxis erlebt hat“ (Jesuitenpater Bartolomeo Sorge im „Spiegel“ 43/78).

Gemeint ist, daß Wojtyla kampferprobter Antikommunist ist und als

solcher für diesen Posten gewählt wurde. Anscheinend haben sich gerade die westdeutschen katholischen Kardinäle mit als erste für Wojtyla auf der Konklave stark gemacht („FR“ v. 26.10.78). Zu allen in der katholischen Kirche immer diskutierten Fragen nimmt Wojtyla selbstredend genau dieselben Positionen ein, wie seine Vorgänger: auch in der katholischen Kirche, einem wesentlichen Stützpfeiler des Imperialismus (durch den Vatikan gleichzeitig Teil desselben), hat durch die Wahl eines polnischen Papstes eine erhebliche Ausweitung erfahren. Deswegen der Augsburger Bischof Stimpfle: „Ein Meisterwerk des Heiligen Geistes“ („FR“, 18.10.78).

Kirchenkommission

Der neue Papst: Politik unter dem Banner des Glaubens

Alle Welt war begeistert, als im Oktober letzten Jahres ein Nicht-Italiener zum Papst gewählt wurde, dazu noch aus einem „sozialistischen Lande“. Als „Zeichen des Friedens und der Versöhnung“ wurde diese Papstwahl von rechts bis hin zur DKP bezeichnet. Aus ersten Verlautbarungen und Aktivitäten von Johannes-Paul II (Jo-P II) lassen sich Ansätze dieser „Versöhnungsbestrebungen“ erkennen.

— Schon im November 1978 hat Jo-P II die Nonnen in aller Welt aufgerufen, sich nicht von feministischen Bestrebungen anfechten zu lassen und an „*einem Leben im Sinne der Kirche in Keuschheit, Armut und Gehorsam festzuhalten*“. Das muß sich natürlich auch in der Kleidung der Nonnen niederschlagen; sie solle stets so sein, „*daß sie keinen Zweifel an ihrem religiösen Status lasse*“ („FR“, 18.11.78).

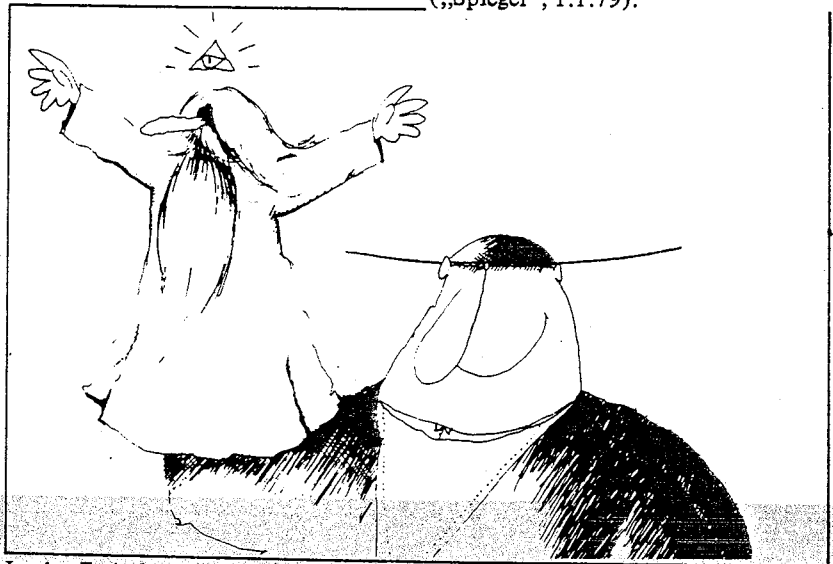
— Den rechtsradikalen, vom Vatikan suspendierten Erzbischof Marcel Lefebvre, der gegen alle Reformen auftritt, den Kommunismus für die größte Gefahr der Kirche erklärt und besonders lobend argentinische Verhältnisse hervorhebt, wird von Jo-P II Anfang dieses Jahres zum zweiten Mal empfangen. Lefebvre hat „*vollstes Vertrauen in das Verständnis des neuen Kirchenoberhauptes*“ („FR“, 26.12.78), und glaubt fest daran, daß der Papst seine Bewegung unterstützen wird.

— In seiner Weihnachtsbotschaft an seine früheren Schäfchen in der Erzdiözese Krakau provozierte Jo-P II den ersten Konflikt mit dem revisionistischen Polen, voll Vertrauen auf die Macht der katholischen Kirche in diesem Lande. Er behauptete — wohl gegenüber allen, die meinen, daß das Volk Garant der Demokratie und der Freiheit sei —, daß der Heilige Stanislaw Fürsprecher der Rechte der Menschen sei. „*Wir können in dem Heiligen Stanislaw einen Sprecher für die wichtigsten Menschenrechte und die Rechte der Nation sehen — Rechte, die die Würde, Moral und tatsächlich Freiheit ausmachen. ... Er (Stanislaus) ist der Patron einer moralischen Ordnung in unserem Lande. Es gibt genügend Hinweise in unserer Zeit über den Mangel an moralischer Ordnung, was unsere gesamte Gemeinschaft gefährdet*“ (zit.: nach „FR“ vom 23.12.78). Polnische Behörden verlangten von der katholischen Wochenzeitschrift „Tygodnik powszechny“, diese beiden Sätze aus dem Abdruck der Papstrede zu streichen. Der heilige Stanislaus steht in Polen als Symbol für den Machtkampf zwischen Kirche und Staat; am 11.4.1079, vor 900 Jahren, wurde er angeblich von dem König Boleslaw II ermordet, woraufhin dieser ins Exil gehen mußte und Stanislaw heiliggesprochen wurde. Die groß angelegte 900-Jahrfeier zu Ehren die-

ses Heiligen wird zweifelso eine Machtdemonstration der katholischen Kirche in Polen. Wojtyla setzt seinen neuen Papstthut ungeniert für diese reaktionären Zwecke ein.

— In Puebla (Mexiko) findet vom 26.-31. Januar die Konferenz aller Lateinamerikanischen Bischöfe (CELAM) statt. Jo-P II wird an dieser politisch nicht unwichtigen Konferenz teilnehmen.

Vor 10 Jahren hat sich bei der letzten CELAM-Konferenz selbst unter den höheren Würdenträgern durchgesetzt, daß die Kirche in Lateinamerika Position für die Unterdrückten und Ausgebeuteten und unter faschistischen Diktaturen Leiden den beziehen müsse. Diese Haltung von Christen in Lateinamerika drückt sich in einer „Theologie der Befreiung“ aus, die eindeutig für die Armen Stellung nimmt; sie schließt Widerstand und Kampf gegen die Ausbeuter und diktatorischen Herrscher ein.



In der Zwischenzeit haben die Freunde der Militärdiktaturen unter den Klerikern nicht geruht, sondern mit Unterstützung des CIA und lateinamerikanischer Geheimdienste ihre Wühlarbeit betrieben. Besonders hervorgehoben werden immer wieder Pater Vekemaans und der bolivianische Bischof Trujillo — Vorsitzender der CELAM. Besondere Unterstützung erhielten die rechtsradikalen Kleriker von westeuropäischen Kirchenführern. Der von Militärbischof Hengsbach geleitete Arbeitskreis „Theologie und Befreiung“ führte 1976 zusammen mit Vekemaans, Trujillo und westeuropäischen Kirchenführern vor allem aus der BRD ein „Minikoncil“ in Rom durch, das zum Ziel hatte, die „Theologie der Befreiung“ und die Bewegung „Christen für den Sozialismus“ als Mittel zur marxistischen „Infiltration“ in Lateinamerika zu denunzieren. Darüberhinaus wurde eine „konkrete Liste von Menschen vor-

gelegt, die es zu beseitigen gelte“ (Kirche in Lateinamerika, Sondernummer der „Chile-Nachrichten“); diese Liste sollte den Nachrichtendiensten und dem jeweiligen nationalen Sicherheitsrat weitergegeben werden. Während der CELAM-Konferenz in Puebla werden Entscheidungen über die Tendenz der Katholischen Kirche für die Zukunft getroffen. Jo-P II hat bisher noch nicht bekanntgegeben, ob er mehr für Militärdiktaturen als für den Kampf um Befreiung zu haben ist. Aus seinen vagen Äußerungen ist zu schließen, daß er mit Sprüchen über Versöhnung und Frieden die Position der fortschrittlichen Christen in Lateinamerika schwächen wird. „*Zwar gebe es, noch zuviel physisches und moralisches Elend, aber zu seiner Verminderung wolle die Kirche nur, mit friedlichen Mitteln, durch Erziehung der Sitten, durch legales Handeln der Christen beitragen*“ („Spiegel“, 1.1.79).

— Mit den Problemen der faschistischen Diktaturen befaßt sich Jo-P II ausführlich, seit er zur Schlichtung des Konflikts zwischen den Machthabern in Argentinien und Chile aufgerufen ist. Er wird sich besondere Lorbeeren damit verdienen, den Krieg der Faschisten untereinander um die Inseln Picton, Lennox und Nueva und die Hoheitsrechte im Beagle-Kanal an der Südspitze des Kontinents zu verhindern. Die sonst sich als Friedensengel gern feiern lassende US-Regierung gab die Empfehlung, dieses schmutzige Geschäft den Papst wahrnehmen zu lassen. So wurde denn auch der Abgesandte des Papstes, Kardinal Samore, erfreut von den Faschisten empfangen, die durch die kirchliche Mission ihre Diktaturen im internationalen Ansehen aufmöbeln zu können glauben.

Kirchenkommission

„Adveniat“-Gelder für Diktaturen in Lateinamerika

Jedes Jahr zu Weihnachten veranstaltet die katholische Kirche in der BRD große Sammelaktionen angeblich für notleidende Menschen in der Dritten Welt. Seit einigen Jahren gibt es Hinweise darauf, daß die Spenden für „Misereor“ und „Adveniat“ zum Teil reaktionären kirchlichen Kräften zur Verfügung gestellt werden, die in direkter Unterstützung lateinamerikanischer Diktaturen eine fortschrittliche Bewegung von Priestern und Bischöfen bekämpfen.

Seit Beginn der sechziger Jahre haben katholische Geistliche Lateinamerikas, die es nicht mehr ertragen wollten, der unter katastrophalen Bedingungen lebenden Bevölkerung Duldsamkeit und Demut zu predigen, eine Bewegung mit dem Ziel gebildet, daß die ganze katholische Kirche sich auf die Seite der Unterdrückten stellt. In Medellín fand 1968 eine Versammlung der lateinamerikanischen Bischöfe statt, bei der sich die „Theologie der Befreiung“ durchsetzte. Danach ist es die neue Mission der Kirche, die „Armen zu befreien“. Zu dieser Entscheidung kamen die Bischöfe, nachdem ihnen Dokumente vorgelegt wurden, die einen Kontinent beschreiben, „der unterdrückt ist, kolonialisiert, Opfer einer ‚institutionalisierten Gewalt‘, deren Ursprung ebenso innerhalb wie außerhalb der Gesellschaften bei dem amerikanischen Beschützer zu suchen ist“ (Kirche in Lateinamerika, Sonderr. d. „Chile Nachrichten“). Theologie der Befreiung ist eine „Entscheidung für die Unterdrückten“, das Einnehmen eines eindeutigen Klassenstandpunktes. „Von Befreiung zu reden hat darum gerade auch als Theologe nur das Recht, wer an den Befreiungskämpfen der unterdrückten Völker und Klassen teilnimmt“ (Kirche in Lateinamerika). Daß sich diese Haltung größtenteils durchsetzt und die gesamte Kirche nun nicht mehr Instrument der Militärdiktaturen war, hatte die Folge, daß eine vom CIA unterstützte Gegenbewegung entstand. Diese stützte sich auf die reaktionärsten Teile der lateinamerikanischen Kirchenführer und deren Freunde im Ausland, vor allem in der BRD.

Mitte November 1977 gaben namhafte fortschrittliche katholische Theologen wie die Jesuiten Karl Rahner und Johann Baptist Metz in der BRD ein Memorandum heraus, in dem sie aufdeckten, daß Adveniat engste Verbindung zum reaktionärsten Teil der katholischen Kirche Lateinamerikas hat, der mit Unterstützung der Diktatoren und des CIA die „Theologie der Befreiung“ scharf verfolgt: „Die Belege dafür mehrten sich, daß die seit langem von einflussreichen Kreisen der katholischen Kirche der Bundesrepublik geführte Kampagne gegen die Theologie der Befreiung und viele ihr nahestehende

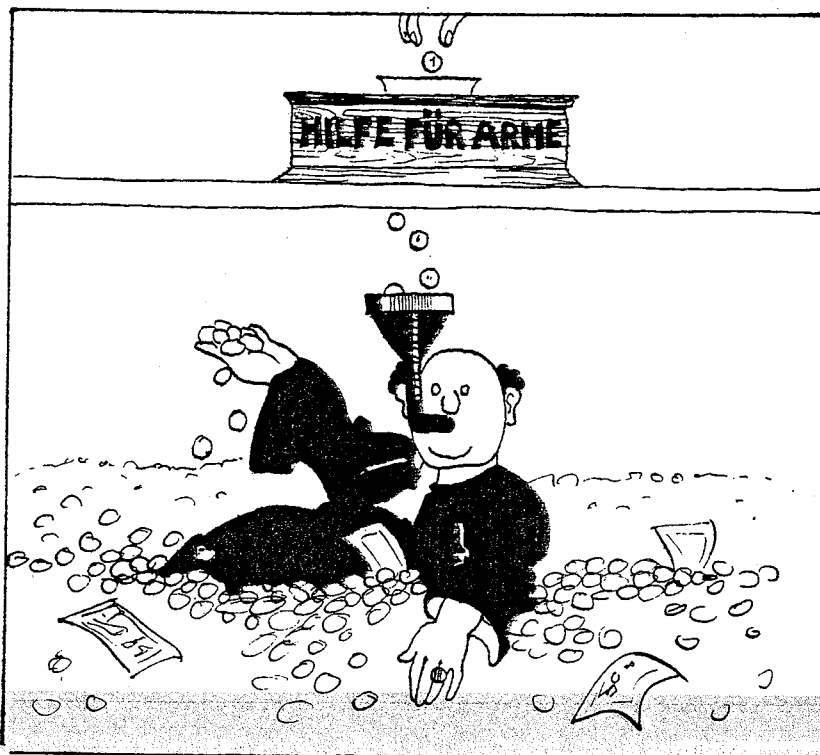
Bewegungen der lateinamerikanischen Kirche mittlerweile so scharfe Ausmaße angenommen hat, daß ein öffentlicher und nachdrücklicher Protest unumgänglich erscheint“

Der Vorsitzende von 'Adveniat', Militärbischof Hengsbach, ist gleichzeitig Vorsitzender eines „deutschsprachigen“ und „lateinamerikanischen“ „Studienkreises Kirche und Befreiung“. Dieser Studienkreis ist 1973 in Bogota (Kolumbien, dem einzigen Land, dessen Bischöfe sich der Theologie der Befreiung grundsätzlich widersetzen) entstanden und

zu vergleichen.

Hengsbach selbst, im Mai 1977 von seiner 5. Lateinamerikareise zurückgekehrt gab folgende Wertung:

„Die sogenannte Theologie der Befreiung führt ins Nichts. In ihrer Konsequenz liegt der Kommunismus. Revolution ist kein Weg zu Besserung der Verhältnisse.“ Er kündigte an, daß die nächste lateinamerikanische Bischofskonferenz 1978 in Mexiko sich mit den Fehldeutungen der Beschlüsse von Medellín werde befassen müssen. Für diese Haltung ist Hengsbach in Bolivien durch die fa-



hat es sich zur Aufgabe gemacht, eine Kampagne gegen die ‚Theologie der Befreiung‘ und die sie vertretenden Priester zu entwickeln. 1973 und ’74 traf sich dieser Studienkreis in Mülheim an der Ruhr und er veranstaltete 1976 in Rom ein mit Mitteln der deutschen Kirche aufwendig gestaltetes Kolloquium. „Die Tagung hatte sich zum Ziel gesetzt, jede Umdeutung des christlichen Glaubens in ein soziales oder politisches Programm zu verhindern“ (Memorandum). Außer Bischof Hengsbach und anderen Mitgliedern des Leitungsteams von ‚Adveniat‘ traten die Theologieprofessoren Rauscher Weber und Lothar Bossle innerhalb dieser Kampagne hervor. Bossle gehört zu den rechtsradikalen Kreisen der katholischen Kirche, die 1974/75 den Putsch und die Militärdiktatur in Chile lobten; Bossles ‚Glanzleistung‘ war es, Allende mit Hitler

schistische Militärdiktatur mit dem höchsten Verdienstorden „Condor der Anden“ belohnt worden. Im Memorandum wird darauf hingewiesen, daß „diese Ordensverleihung geradezu groteske Züge erhält, wenn man sie vor dem Hintergrund eines 1975 bekanntgewordenen Dokuments des CIA betrachtet, in dem der bolivianischen Polizei eingeschärft würde (Banze-Plan), sie soll sich nicht an der Kirche als Institution, noch viel weniger an der Gesamtheit der Bischöfe vergreifen, sondern einzig und allein etwas gegen den fortschrittlichsten Sektor der Kirche unternehmen.“ (Memor.)

Auf lateinamerikanischer Seite wird als treibende Kraft der rechtsradikalen Kampagne der belgische Jesuitenpater Vekemans genannt, der 1964 für die Wahlkampagne Freis in Chile gegen Allende arbeitete und

10 Mio. Dollar vom CIA dafür erhielt. Seit 1970 leitet er in Kolumbien ein üppig ausgestattetes „Studienzentrum für die Entwicklung und Integration Lateinamerikas“, ein Kristallisationszentrum des Feldzuges gegen die „Theologie der Befreiung“. Vekemans war auch maßgeblich an dem Kolloquium in Rom beteiligt, wo er in einem Bericht sagt: „Die Theologie der Befreiung und die Christen für den Sozialismus sind die objektiven Verbündeten des Feindes, seine besten Agenten für die Infiltration der ‚freien Welt‘. Man muß den Basilus und seine Träger vernichten, bevor sie alles verseucht haben“ (Kirche in Lateinamerika). Im Memorandum wird hervorgehoben, daß nicht nur Vekemans selbst erhebliche

Zuwendungen durch ‚Adveniat‘ erhalten hat, sondern durch seinen Einfluß, vorwiegend rechtsradikale Gruppierungen wie z.B. das spanische Opus Dei (Werk Gottes), die seine Politik unterstützen, Gelder bekommen, während „den vielen, die für Selbstbefreiung der Armen und Unterdrückten arbeiten, eine ebenso großzügige Unterstützung versagt bleibt“ (Memorandum).

Das Memorandum schließt mit den Worten: „Wir können nicht ruhig hinnehmen, daß gerade die deutsche Kirche wieder einmal in den Verdacht gerät, es mit den Mächtigen zu halten und bewußt oder unbewußt das menschenfeindliche Verhalten sich christlich nennender Diktatoren zu übersehen oder aus taktischen

Gründen umzudeuten. Wir fordern daher auf das entschiedenste einen sofortigen Abbruch jeglicher Unterstützung der Kampagne gegen die Theologie der Befreiung“.

Das von katholischen Theologen verfaßte Memorandum ist auch von fortschrittlichen evangelischen Theologen wie Gollwitzer, Käsemann und Moltmann unterzeichnet worden.

Gegen seine Verfasser startete die Spitze der katholischen Kirche eine Hetzkampagne: Die Feststellungen im Memorandum seien erlogen usw. Dennoch gab es einen ersten kleinen Erfolg: Hengsbach kündigte seinen Rücktritt aus dem Studienkreis „Theologie und Befreiung“ an.

Kirchen-Kommission

Theologen fordern: Keine kirchlichen Gelder für Diktaturen in Lateinamerika

Im November 77 veröffentlichten mehrere bekannte katholische Theologen zusammen mit evangelischen Christen ein Memorandum, in dem sie nachwiesen, daß Gelder aus der katholischen Sammlung ‚Adveniat‘ zur Unterstützung von Diktaturen in Lateinamerika verwandt werden. Unter besonderen Beschuß kam der Militärbischof Hengsbach, Vorsitzender von ‚Adveniat‘ und gleichzeitig Vorsitzender des „Studienkreises Theologie und Befreiung“, der seine Aufgabe darin sieht, fortschrittliche Ansätze der Kirche in Lateinamerika (Theologie der Befreiung) zu zerschlagen. Hengsbach wurde zum Rücktritt aus diesem Arbeitskreis aufgefordert (siehe AK 120).

Die Katholischen Kirchenführer versuchten, ‚Adveniat‘ von allen Verdächtigungen reinzuwaschen – u.a. zitierten sie den lateinamerikanischen Kardinal Lorscheider, der sich herzlich für die Spendengelder bedankte, aber sich nicht zu dem „Studienkreis“ äußern wollte – so weit ließ er sich nicht erpressen.

Ende Februar 78 fand ein Gespräch zwischen Hengsbach und einigen Verfassern des Memorandums statt, von dem Hengsbach erhoffte, es würde eine versöhnliche Erklärung zum Ergebnis haben.

Darauf aber ließen die Unterzeichner sich nicht ein. Sie fordern weiter den Rücktritt Hengsbachs aus dem „Studienkreis“ und „wollen sich nicht damit abfinden, daß nur Gelder nach Lateinamerika fließen, ohne daß damit auch eine politische Willensbekundung verbunden ist“ („FR“, 2.3.78). Sie kritisieren mit aller Schärfe, daß Mitglieder der ultrarechten „Opus Dei“ – Bewegung (Werk Gottes) – sich gleichzeitig bei „Adveniat“ engagieren. Dieser Geheimorden hat seine Lorbeeren für den Faschismus in Spanien und Chile durch massive Unterstützungsmaßnahmen verdient. Zwei Mitglieder von „Opus Dei“ sind gleichzeitig Mitglieder der Militärjunta in Chile, andere besetzen entscheidende Posten in der Regierung – u.a. Wirtschaftsminister, Zentralbank.

„Viele Nachforschungen machen das riesige wirtschaftliche Netz offenbar, das – nicht nur in Spanien – die materielle Basis für seine (Opus Dei) Penetrationspläne im Weltmaßstab darstellt. Eine große Anzahl von Banken, Industrieunternehmen, mit der modernsten Technologie, Landgüter, Luft und Seetransportfirmen bilden einen Teil seiner transnationalen Wirtschaftsmacht. In

den USA unterhält es über den Magnaten David Kennedy enge Verbindungen mit der Hochfinanz und über MC CANN Erikson mit den Weltmetropolen“ („Kirche in Lateinamerika“, Sondernummer der „Chile Nachrichten“, Mai 77). Der wichtigste Ideologe von „Opus Dei“, der Spanier Calvo Serer, schlägt schon seit langem vor, eine breite internationale faschistische Front unter Leitung von „Opus Dei“ zu schaffen (Sondernr. „Chile Nachrichten“).

In Bezug auf Chile soll die Denkungsart dieses „Gotteswerkes“ an den Worten des Ideologen Juan Carlos Ossandon deutlich werden: „Die katholische Kirche war einmal aufrichtig. Sie erklärte die Inquisition für heilig. Wenn wir das ungeheuerlich finden, ist das ein Beweis für die Schäden, die der Krebs der Demokratie in uns verursacht hat. Möge Gott, daß die Freiheit für Verbrecher, die Demokratie und das Parlament nie wieder nach Chile zurückkehren. – Von Ewigkeit zu Ewigkeit“ (zitiert nach Sondernr. „Chile Nachrichten“).

Kirchenkommission

Bischofskonferenz in Lateinamerika

Im Oktober findet in Puebla in Mexiko die Konferenz aller lateinamerikanischen Bischöfe statt. Die letzte Konferenz 1968 in Medellín vor 10 Jahren erbrachte eine deutliche Stellungnahme der katholischen Kirche für den Kampf gegen Armut und Unterdrückung in Lateinamerika. Es wird befürchtet, daß in diesem Jahr reaktionäre Kräfte für eine Kursänderung sorgen werden. In einem Memorandum warnen bekannte katholische Theologen (Rahner, Metz, Greinacher, Vorgrimler) und christliche Gruppen (Pfadfinderinnen, St. Georg, Katholische Landesjugend, katholische Hochschulgemeinde und

Arbeitskreis Christen für den Sozialismus) davor, daß sich die Kirche in Lateinamerika „unter Berufung auf eine angeblich ‚rein geistliche‘ Sendung des Christentums mit den bestehenden Herrschaftsverhältnissen arrangiere“ („FR“, 12.9.78). Die Kirche dürfe nicht vor der Gefahr zurückschrecken, in die sie durch „eine radikale Parteinahme für die Unterdrückten gerate“ (FR). In dem Memorandum wird ein „ursächlicher Zusammenhang zwischen Armut und Unterdrückung in Lateinamerika und dem Wohlstand hierzulande hergestellt“. Die Teilung der Welt in Arme und Reiche spiegelt sich in der

Kirche wider und wird so zu einem Ärgernis angesichts ihrer Mahlgemeinschaft“ (FR). Von den Hilfswerken „Adveniat“ und „Miseror“ wird eine entschiedene Parteinahme für den Weg der letzten Bischofskonferenz verlangt. Dieses Memorandum fordert die Katholiken auf, nicht zuzulassen, daß es im Westen eine Religion des „Wohlstandes und der Satttheit“ gebe und in anderen Teilen der Welt „eine Volksreligion der Unglücklichen“. Die Katholiken sollen in ihren Aktivitäten dem Thema Armut und Unterdrückung mehr Platz einräumen.

DER VORHANG ZERREISST

Hinter der Glastür haben sie gegessen
Die mit Indianerhaar und Flickenjeans
Die nicht schießen wollen auf Befehl
Und wer verfolgt ist in seinem Land
'Evangelische'

'Studenten',
'Gemeinde' -

in Hamburg viel mehr
War das: Wo wir uns anfassen konnten
Mit Sätzen und wirklich.
Wo wichtig war, wer kam
Und was er gesagt hat.

Um Mitternacht bin ich noch da bei der Besetzung
Nach der Schließung wegen 'zu links' für da oben -
Was kann ich denn helfen (bei der Arbeit am Morgen)
Als Marion anruft: Die hätten jetzt alle
Registriert, fotografiert, abtaxiert, einsortiert -
Wem
Nützt meine Wut? Die keine ist:
Scham ist da, Peinlichkeit, das sind keine Gegner.
Da schreit keiner mehr, bleibt die Faust in der Tasche,
Kein Stein unterwegs,
Und der Knüppel, der fliegt nicht.
Festnahme, Abtransport, Aufbewahrung - wer
Von euch regt sich da auf? Bekämpft jetzt
Die Dummheit, benennt die Heuchelei
Schmeißt wütend die Tische um
Der geistlichen Falschmünzer?

Zugemacht nach und nach
Die letzten Nischen der freien Sprache -
Rausgeschmissen Bonhoeffer, Niemöller,
Abserviert Gollwitzer, Scharf und Ensslin sowieso,
Keine Chance für Dom Helder Camara
Kein Gedicht von Ernesto Cardenal.

es blüht
Sonntagvormittagsmildtätigkeit von Herren in Grau
Es blüht
Die Theologie aus verstaubten Papieren
Es blüht
Die verfluchte Kopfnickerei mit Ewigkeitshoffnung
Es blüht
Das Gefühl: Wir haben die richtige Fahrkarte
Der Lokführer ist unser Freund
Und wir schmeißen die Schwarzfahrer raus:
Hasso, faß!
Und peinlichberührt
Geht die Polizei hin, ihr brot zu verdienen.

(Steve B. Peinemann.)